Die Britische Arbeiterpartei und ihre Entwicklung von 1918–1931

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde genehmigt von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

Ottilie Doll

Diplom-Volkswirt aus Berg a. Würmsee Obb.

Referenten:

Prof. Dr. Heinrich Herkner

Prof. Dr. Ludwig Bernhard

Tag der Prüfung: .... 12. Dezember 1931

Tag der Promotion: ..... 2. März 1934

Druckerei St. Georgsheim Birkeneck 1933

127

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsverzeichnis

Seite

Kurze Einführung. 1

I. Teil: Die britische Arbeiterpartei nach ihren Besonderheiten und Zielen

I. Organisation und Verwaltung der Partei. . . 4

II. Aufbau der Partei

1. Die Gewerkschaften (Erzeuger) 7
2. Die Konsumgenossenschaften (Verbraucher) . . . 11

III. Der Sozialismus der Labour Party

1. Theoretische Grundlagen 14
2. Das Gesellschafts- und Wirtschaftsprogramm . . . 18
3. Die Beziehungen der L. P. zur internationalen Arbeiterbewegung 23
4. Die L. P. und die Kommunisten 25
5. Die L. P. und die Unabhängige Arbeiterpartei . . . 28

II. Teil: Die Entwicklung der L. P. von 1918 bis Ende 1924

I. Die neuen Statuten und das erste Parteiprogramm 31
II. Die L. P. in den Jahren 1918 bis 1922 und als offizielle Opposition 34
III. Von der Opposition zur Regierung 38
IV. Die erste Arbeiterregierung in Großbritannien . 40

A. Regierungsarbeit

Auswärtiges 40
Der Weg zum Dawesplan 41
Die Beziehungen zu Rußland 42
Abrüstung 42
Innere Politik 42
Die allgemeine Vermögensabgabe 47

B. Schluß der Regierung 49
V. Die L. P. und ihre Beziehungen zur Liberalen Partei 50

III. Teil: Von den Novemberwahlen 1924 bis zu den Maiwahlen 1929

1. Die L. P. wiederum als officielle Opposition . . . 58
Der General- und Kohlenstreik im Jahre 1926. . . 59
Das Gewerkschaftsgesetz von 1927 61

2 Die Parteitage von 1925—28 und das neue Parteiprogramm 62
a. die Parteitage von 1925—29 62
b. das neue Parteiprogramm 67

IV. Teil: Die zweite Labour-Regierung von Mai 1929 bis August 1931

1. Die Uebernahme der Regierung und vordringliche auswärtige Angelegenheiten 70
a. die Besserung der auswärtigen Beziehungen . . . 71
b. das Problem Indien und die L.P. 72
c. die L.P. und die ägyptische Frage 75
2. Die L.P. und das Britische Commonwealth of Nations. . 75
a. die Reichssiedlung 76
b. die Reichskonferenz im Herbst 1930 77
3. Die Zollpolitik der L.P. 78
4. Die L.P. und das Problem der Arbeitslosigkeit. . . 80
5. Die großen Gesetzeswsrke der zweiten L. Regierung vor dem Parlament 88
Das Aenderungsgesetz zum Gewerkschaftsgesetz von 1927 88
Das neue Wahlgesetz 89
Das Landsteuergesetz 90
6. Rückblick auf die Regierungsarbeit und Ausgang des zweiten L.Kabinetts 92

V. Rückblick und Ausblick

1. Wird die L.P. endgültig die Stellung der Liberalen Partei einnehmen können? 96
2. Die L.P. eine sozialistische nationale Partei . . . 97

Literaturverzeichnis 99

Als in den englischen allgemeinen Wahlen im November 1918 von den abgegebenen ca. 10,5 Millionen Stimmen etwas über ein Fünftel auf die Labour Party entfallen waren, da mag wohl manchem, vom augenblicklichen Siegestaumel weniger ergriffenen Politiker der Gedanke an ein vorläufiges Ende des altgewohnten Zwei-Parteien-Systems in England aufgestiegen sein. Im Jahre 1922 wurde die Labour Party zur offiziellen Opposition im Unterhause, und jener Gedanke wird dadurch nur an Raum gewonnen haben. Auch im Ausland konnte die allmähliche Umschichtung in der englischen Politik nicht unbemerkt bleiben, so wenig man sich bis dahin um die politische englische Arbeiterbewegung gekümmert haben mag. Die Sozialisten sahen die Entwicklung mit Zuversicht, die Demokraten mit gespannter Erwartung.

Die sozialistische Zuversicht besteht mit Recht noch heute auf dem Kontinent; das Urteil bewährter englischer Arbeiterführer über den Einfluß marxistischen Geistesgutes auf die Entwicklung der Labour Party kann ihr wegweisend sein. „Meine Ansicht ist", so schreibt der Abgeordnete Clynes im Vorwort zum englischen Standardwerk über die Partei, „daß, obwohl die Gedanken dieser Männer (ausländische Sozialisten) gewiß ihren Platz gefunden haben, die britische Arbeiterbewegung sich durch die Macht britischer Auffassung und britischer Ideen durchgesetzt haben würde, auch wenn in anderen Ländern Forscher dieser Art niemals geboren worden wären."[1] An anderer Stelle wird die Labour Party zwar ausdrücklich als sozialistische Partei bezeichnet, aber hinzufügt, daß der von ihr bekannte Sozialismus durchaus englischer Herkunft sei, wie auch zugegeben wird, daß nicht alle Sozialisten die gleichen Ansichten haben.[2] Nicht bloß „eine eigentümliche Mechanik" unterscheidet demnach die Britische Arbeiterpartei „von der übrigen politischen Arbeiterbewegung der Welt,"[3] es sind daneben geistige Unterschiede vertreten, die nicht übersehen werden dürfen. Als deren tiefste Ursache darf vielleicht die besondere englische Eigentümlichkeit bezeichnet werden, denn der Wesenszug eines insularen Volkes pflegt sich immer von dem kontinentaler Völker zu unterscheiden. Die Engländer werden darin außerdem von dem Gedanken unterstützt, vor nicht gar zu langer Zeit Herren der Welt ge-

[1]) The Book of the Labour Party, ed. by H. Tracey, Ldn. 3 Bde., 1925.

[2]) A. Greenwood, the Labour Outlook, S. 19 u. 26, Ldn. 1929.

[3]) E. Wertheimer, Das Antlitz der britischen Arbeiter P. Bln. 1929, Vorwort S. 7.

wesen zu sein.[4] Dies scheint sich auch in den nachfolgenden Worten des bereits zitierten Labourführers Clynes widerzuspiegeln „obwohl die Labour Party auf die Zusammenarbeit mit gleichgerichteten Bestrebungen in anderen Ländern den größten Wert legt, und in ihren Ansichten über die Weltprobleme durchaus international eingestellt ist, so hält sie doch an ihrem nationalen Charakter derart fest, daß die britischen Neigungen und die britische Einstellung in keiner Weise von dem Wunsche beeinflußt werden, etwa ohne Rückhalt Prinzipien internationaler Verbrüderung durchzuführen."[5]

Auch die Erwartung der Demokraten ist noch nicht erloschen und ihnen mag, das an der gleichen Stelle ausgesprochene Wort zur Ermutigung dienen: „In Großbritannien sind wir auf dem Wege zu einer wirklichen Arbeiterdemokratie," „die britische Neigung drängt auf dem Felde der Politik zu einer verfassungsmäßigen, friedlichen Aktion und deshalb ist die demokratische Methode und demokratischer Geist in der Politik der Britischen Arbeiterpartei vorherrschend."

Die Gründung der Britischen Arbeiterpartei war zu Beginn des gegenwärtigen Jahrhunderts möglich geworden durch den Rückhalt, den ein Großteil der englischen Gewerkschaften den verschiedenen sozialistischen Gesellschaften bot, die die Sammlung der englischen Arbeiterschaft zu einer bestimmten politischen Einheit seit Anfang der achtziger Jahre verfolgten. Unter diesen Gesellschaften sind vorallem zu nennen die Fabian Society (Gesellschaft der Fabier), sowie die Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei), letztere ist trotz ihres Namens über den Rahmen einer Gesellschaft numerisch nicht hinausgewachsen, aber sie hat der Bewegung bis auf den heutigen Tag begeisterte Apostel und unentwegte Kämpfer für die eigenen Ideen zur Verfügung gestellt.

Trotz der Stützung durch die mächtige englische Gewerkschaftsbewegung ist die britische Arbeiterpartei in den Vorkriegsjahren zu keiner ausschlaggebenden Bedeutung gelangt.[6] Freilich, die Partei war da, sie hatte im Jahre 1910 bereits 42 Sitze im Unterhause, ihre Abgeordneten opponierten unermüd-

[4]) André Siegfried, La Crise Britannique au XXe siècle, Paris 1931, Einleitung, bes. S. 9—11.

[5]) Book of the L.P., S. 3.

[6]) Die im Gewerkschaftskongreß vereinigten Gewerkschaften wiesen 1912 an Mitgliedern 2001633 auf, von denen 1858178 der L.P. durch kollektiven Beitritt angehörten. (The Labour Year-Book 1925, S. 21 u. 480.)

lich gegen jede Art von arbeiterfeindlichen Maßnahmen, die Partei bemühte sich nach besten Kräften in den Streikjahren nach 1910 um Erfolg und Ordnung, aber sie bedeutete keine Macht.

Vor die Entscheidung gestellt, für oder gegen die britische Kriegserklärung zu stimmen, stellten sich im August 1914 die Mehrheit der Arbeiterabgeordneten hinter die damalige Regierung, nur ein kleiner Teil blieb dem Gedanken des Friedens treu.[7]

So wurde schlecht und recht, wie von den Arbeiterparteien in den anderen kriegsbetroffenen Ländern, das Frühjahr 1918 erreicht. Die Mitgliederzahl, die nach dem Bestande der Gewerkschaften zu oscillieren gezwungen war, hatte zu Kriegsbeginn eine kleine Minderung erfahren, betrug aber bereits 1915 über zwei Millionen und stieg bis Kriegsende langsam weiter an. Und nun, da der Friede nicht mehr fern sein konnte, galt es daranzugehen die Kräfte zu sammeln, zu messen und sie vor allem auch zu erweitern. Die vorliegende Arbeit zeigt im ersten Teil wie dies versucht und durchgeführt worden ist, die ganze Arbeit aber will dem Thema gemäß eine Uebersicht geben darüber, wo die Grenzen des Erstrebten und wo die des Erreichten liegen. Die kurze Vorbemerkung über die Entstehung der Partei erfolgte lediglich aus dem Grunde, weil die darin genannten Tatsachen ihr ein Gepräge gegeben haben, das auch für die in dieser Arbeit untersuchte Entwicklung der Labour Party von Bedeutung geblieben ist.

[7]) J. R. Mac Donald trat im Unterhaus scharf gegen den Eintritt in den Krieg auf, was man ihm in der Arbeiterbewegung in den ersten Jahren nach dem Kriege noch nicht ganz verziehen hatte, und im August 1931 warf man ihm in Erinnerung daran, beim Auftauchen des Gerüchtes von einer nationalen Regierung, Inkonsequenz vor, allerdings diesmal von der anderen Seite gesehen (vergl. New Statesman, vol. II (neue Folge) Nr. 27, v. 29. 8. 1931).

I. Teil: Die Britische Arbeiterpartei nach ihren Besonderheiten und ihren Zielen

I. Die Organisation und Verwaltung der Partei

Die nachstehende Darstellung des Parteiapparates ist ein Versuch, die Zeichnung der dritten großen Partei des englischen Unterhauses möglichst auch durch einen Blick in ihre Technik zu vervollständigen. Dazu ermutigt einesteils auch die Tatsache, daß, wie es scheint, in deutscher Sprache eine solche Darstellung nicht vorhanden ist, andernteils der Umstand, daß die Organisation der Partei schon oft die Bewunderung der Außenstehenden hervorgerufen hat. [8]

Oberstes Organ der Labour Party ist der Parteitag, der sich aus den von den angeschlossenen Körperschaften entsandten Delegierten zusammensetzt. Er wird jährlich einmal abgehalten,[9] die gesamte Betätigung der Partei untersteht seiner Leitung und Kontrolle. Auf je 5000 Mitglieder, für die im letzten Finanzjahre Beiträge bezahlt worden sind, kann ein Delegierter entsandt werden. Wenn man nun bedenkt, daß die der Partei angeschlossenen Gewerkschaften den Großteil der Mitglieder stellen, (von den angeschlossenen sozialistischen Gesellschaften sind wohl bisweilen mehr Delegierte auf dem Parteitag als nach der Mitgliederzahl zustehen würden, doch dann natürlich in Vertretung einer Gewerkschaft oder einer Ortsgruppe) ergibt sich ohne weiteres ein starkes Uebergewicht der Gewerkschaften bei den Beratungen.

Die Parteiarbeit leitet und überwacht der Nationale Exekutivausschuß, der aus 23 Mitgliedern und einem Schatzmeister besteht und jährlich vom Parteitag gewählt wird. Er stellt nach den vom Parteitag festgelegten Richtlinien und unter dessen Kontrolle die administrative Autorität der Partei dar. Der Exekutivausschuß hat besonders dafür zu sorgen, daß die Partei überall, wo dies möglich ist, durch eigene Ortsgruppen vertreten ist; er hat ferner die Beschlüsse des Parteitages zur Durchführung zu bringen und in jedem Streitfalle die Statuten und Parteivorschriften auszulegen. Die Nationale Exekutive soll jeweils vor Oeffnung einer Sitzungsperiode (und sonst, wenn dies nützlich erscheint) mit der parlamentarischen

[8]) Vgl. Round Table, vol. XIV, S. 324.

[9]) Die Parteistatuten und Standings Order, an die der Parteitag gebunden ist, finden sich im Anhang zu jedem Bericht über die Parteitage.

Fraktion über alles beraten, was die Arbeit und den Fortschritt der Partei betrifft oder für die Verwirklichung des allgemeinen Programms der Partei von Nutzen sein kann. Die Nationale Exekutive wirkt mit den Ortsgruppen bei der Aufstellung der Wahlkandidaten zusammen, es kann kein Wahlkandidat ohne Gutheißung durch die Exekutive als rechtmäßig anerkannt werden.

Mit bewundernswerter Straffheit ist das Netz der Ortsgruppen über ganz Großbritannien gespannt. Diese Ortsgruppen gleichen Zellen von beinahe unbegrenzter Regenerationskraft. Dies zeigt sich besonders in außergewöhnlichen Fällen. So wurden auf einem Appell der Parteileitung für den Wahlfonds 1929 den „Bid for Power" Fund, 49.195 Pfund, 16 s, 5 d (gleich 983.916 Mk.) gesammelt.

Die ständigen Geschäfte der Partei werden von einem vom Parteitag berufenen Parteisekretär mit einem festen Mitarbeiterstab geführt. Neben dem Hauptbüro sind ständige Kommissionen eingesetzt für die Abteilungen: Publizität und Literatur, Internationales, Nachrichten und Auskünfte.

Eine Sonderstellung nimmt die parlamentarische Fraktion ein, die zum Zeichen ihrer Selbständigkeit den Namen Parlamentary Labour Party führt. Sie bildet in der Tat innerhalb der Partei eine selbständige Körperschaft mit voller Autonomie für die eigenen und parlamentarischen Angelegenheiten.[10] Die Beziehungen zur eigentlichen Partei beschränken sich nach den Wahlen hauptsächlich auf die bereits angeführten Beratungen mit der Nationalen Exekutive. Doch läßt sich beobachten, daß die Beziehungen zwischen Fraktion und Partei, besonders unter der zweiten Labour Regierung rein gefühlsmäßig engere geworden sind. Es scheint, daß das infolge der Gebundenheit einer Regierung ohne eigentliche Macht an die gegebenen Möglichkeiten und den drängenden Wünschen des linken Flügels nach einer baldigen Verwirklichung der sozialistischen Grundsätzen mehr und mehr zutage tretenden Auseinanderstreben innerhalb der Fraktion, die Führer derselben angetrieben hat, öfters und genauer auf den Pulsschlag in der Partei selbst hinzuhorchen. (Bei Uebernahme der zweiten Regierung wurde außerdem ein konsultativer Ausschuß eingesetzt, der die Aufgabe hatte, zwischen den Kabinettsmitgliedern und der Partei den Kontakt aufrechtzuerhalten).

[10])Werth., Antlitz d. br. A., S. 33 u. Book of the L. P., S. 24

Es sei an dieser Stelle, da von der Parteiorganisation die Rede ist, noch auf die seit 1921 mit dem Generalrat der Gewerkschaften, der Nationalen Exekutive der Labour Party und der Parlamentarischen Fraktion bestehende Arbeitsgemeinschaft, die den Namen National Joint Council (Gemeinsamer Nationalrat) führt, hingewiesen, eine Möglichkeit zu sofortiger und engster Fühlungnahme mit der industriellen Arbeiterbewegung ist für die politische Bewegung natürlich von größter Bedeutung; aber auch umgekehrt, wie die Ereignisse besonders während des großen Streiks 1926, es bewiesen haben.

Die Finanzierung der Partei erfolgt, abgesehen von seltenen besondere Zuwendungen [11] durch die Mitgliederbeiträge. Paragraph 8 der Statuten bestimmt, daß jede angeschlossene Gewerkschaft, sozialistische Gesellschaft und Konsumgenossenschaft 3 d pro Mitglied jährlich oder ein Minimum von 30 s an den Parteifonds abführen muß. Hierbei kommt bei den Gewerkschaften das Gewerkschaftsgesetz von 1913 mit dem „contracting out" und das neue Gesetz von 1927 mit dem „contracting in" in Anwendung: Die Ortsgruppen haben für jedes männliche Mitglied 1 s und für jedes weibliche Mitglied 6 d jährlich an die Parteikasse abzuführen, bei einem jährlichen Minimum von ebenfalls 10 s. Wo außer den Ortsgruppen noch selbständige Trades Councils (örtliche Arbeiterinteressenvertretungen) bestehen, die der Partei schon vor 1917 direkt angeschlossen gewesen sind, so haben auch diese 30 s Jahresbeitrag zu leisten; es geht jedoch das Bestreben dahin, diese Trades Councils möglichst mit den Ortsgruppen der Partei zu verschmelzen, damit so die industriellen Interessen der Arbeiterschaft zusammen mit den politischen von einer Körperschaft vertreten werden können. - Für den Parteitag wird ein Sonderbeitrag von 10 s pro Kollektiv erhoben.

[11])1923 hat eine adelige Dame (Lady Warwich) der Partei einen herrlichen Sommersitz zur Verfügung gestellt (Schloß Easton Lodge) Labour Magazine, vol. 1, Nr. 12.

II. Aufbau der Partei

1. Die Gewerkschaften (Erzeuger)

Die Gewerkschaften werden politisiert. — Bis zum Jahre 1918 bestand die L.P. ausschließlich aus kollektiv angegliederten Körperschaften, unter denen die Gewerkschaften, wie schon erwähnt wurde, der Zahl nach bei weitem die erste Stelle einnahmen. Es muß als eine besondere Eigentümlichkeit der Britischen Arbeiterpartei bezeichnet werden, daß ihr Grundstock aus so gewaltigen Gruppen besteht, wie sie die Gewerkschaften, die meist wieder in Gruppen zusammengeschlossen sind, mit ihren in die Hunderttausende gehenden Mitgliederzahlen darstellen.[12] Häufig stellt der Beitritt zur Partei nicht einmal den Entschluß einer einzelnen Gewerkschaft dar, sondern ging von einer der Gruppen aus und vollzog sich für die Gewerkschaftsmitglieder automatisch kraft der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe. (Es wurde natürlich eine Abstimmung unter den Führern der einzelnen Gewerkschaften gehalten, aber die Mitglieder selbst nahmen nicht direkte Stellung zu dem Beitritt.) Freilich nicht alle englischen Gewerkschaften haben sich der politischen Arbeiterbewegung angeschlossen, es sind hauptsächlich die im Gewerkschaftskongreß zusammengefassten, die die Partei stützen, während ca. 25Proz. der Gewerkschaftsmitglieder der Partei fernstehen.[13] Durch den im Januar 1928 in Kraft getretenen Trade Dispute and Trade Union Act (Gewerkschaftsgesetz von 1927) hat die Partei bedeutend an Mitgliedern unter den Gewerkschaftlern verloren (man schätzt den Verlust auf ca. 40 Proz.); einerseits ist der Verlust auf den durch das Gesetz erzwungenen Austritt der Staatsbeamten und Staatsangestellten, andererseits auf die bereits erwähnte Klausel des „contracting-in" (der einzelne Gewerkschaftler muß seinen Willen zur Zugehörigkeit zur Partei a u s d r ü c k l i c h durch eine schriftliche Erklärung kundtun) zurückzuführen. Es hatten die Gewerkschaften ihre Mitglieder ja nicht auf Grund von politischen Ansichten und Neigungen gewonnen, sondern sie stellen an und für sich eine rein berufsmäßige Interessenvertretung dar. Deshalb finden und finden sich in einer Gewerkschaft oft Leute der verschiedensten politischen Färbung zusammen, vom streng Konservativen über den Liberalen und Labourmann bis hinein in die Reihen der von Moskau

[12]) Cole, G. D. H., Organised Labour, Ldn. 1924, S. 157.

[13]) E. Wertheimer, The Portrait of the British Labour Party, Ldn. 1929, S. 2 (engl. Ausgabe d. Antlitz d. br. Ab. P.)

abhängigen Kommunisten. Gewiß hat es einer taktisch besonders feinfühligen Führung bedurft und der großen Kompromißfreudigkeit, wie sie in England zu finden ist, um die unvermeidlichen Reibungen, die sich aus der Politischen Zusammenfassung (wie sie der Gewerkschaftskongreß durch seinen Anschluß an die Labour Party vollzogen hat) einer so ungleichen Masse ergeben, immer wieder zu einem friedlichen Ausgleich zu bringen.

Die Gewerkschaften waren bis zum Kriege an eigentlichen politischen Fragen wenig interessiert. Sie wünschten von den Abgeordneten der von ihnen ermöglichten und gestützten Partei vor allem die Wahrung ihrer Berufsinteressen; ihre augenblickliche Lage sollte keine Verschlechterung erfahren, die möglichen Verbesserungen sollten erstrebt werden. Zukunftsfragen kann sich der Idealist leisten, der sich nicht im täglichen Kampf um des Lebens Notdurft aufzureiben hat. Heute und morgen das sichere Brot, das ist besser, als die schönste Zukunftsmusik, das war in etwa der Grundton, der durch alles politische Interesse der Massen der britischen Gewerkschaftler durchdrang und noch durchdringt. Aber der Sozialismus der Labour Party ist opportunistisch genug, um solchen Wünschen gerecht zu werden. Will er allerdings einmal von dieser Linie abweichen, dann lockern sich nur allzuleicht und zu schnell die Bande zwischen Arbeiterpartei und Gewerkschaften. Kühl und voll Eigennutz wird der Partei dann entgegengehalten, daß man „einem Tag des Mythus, wo alles einmal gut sein wird, vorzieht, den eigenen Weg zu gehen, ohne viel Interesse darum, wie weit das politisch nützt oder [14] schadet". Seit die Labour Party nicht mehr eine ausschließliche Arbeiterpartei sein will, sondern als nationale Partei mit einer breiten bürgerlichen Basis sich anschickt mehr und mehr das Erbe der Liberalen Partei anzutreten, muß sie oft Interessen vertreten, die der industriellen Arbeiterschaft gleichgültig sind. Besonders zeigten die Gewerkschaften sich unzufrieden mit den Erfolgen der ersten Labour-Regierung. Das ganze Auseinanderstreben zwischen Gewerkschaften und Partei ist freilich im Grunde nichts anderes als nach außen sichtbar werdende Zeichen des in den Jahren 1924/25 stark vorhandenen Wunsches eine Welteinheitsfront der Gewerkschaften incl. der russischen zustandezubringen. [15]

[14]) Vgl. Round Table, vol. XVI, S. 141 über die Prädominanz der Kommunisten auf dem Gewerkschaftstag 1925.

[15]) Wertheimer, Portrait, S. 35.

Nicht einmal die bald nach dem Wahlsieg der Konservativen 1924 auftauchenden Gerüchte einer arbeiterfeindlichen Gesetzgebung vermochten die Einheit unter den Arbeitervertretern herzustellen, das Hie Arbeiterpartei — Hie Gewerkschaftsinteressen, auszugleichen. Unermüdlich bestrebten sich die führenden Labourmitglieder aussöhnend zu wirken. Durch den Parteitag im Herbst 1925 wies man „die großen nationalen Gewerkschaften" mit eindringlichen Worten auf ihre „verantwortliche Aufgabe hin an der Formulierung der politischen Ziele der Arbeiterbewegung" sich wieder reger zu beteiligen.[16] Erst der General- und Bergarbeiterstreik im Mai 1926 brachte die Ernüchterung der Gewerkschaften. Für die Labour Party aber bedeutete das Einvernehmen mit den Berufsorganisationen der Arbeiter ebenfalls eine Lebensfrage.[17]

Die Gewerkschaftsgesetzgebung der Konservativen hat schließlich, nach der Voraussicht aller Einsichtsvollen, die Arbeiterfront in Großbritannien wieder zusammengeschmiedet. Auf dem Parteitag 1929 gedenkt der Vorsitzende, angesichts des guten Ausfalls der Maiwahlen, voll Dankbarkeit der Stützung durch die Gewerkschaften. „Den Gedanken an das siegreiche Weiterschreiten der Labour Party will ich nicht verlassen", so führt er aus, „ohne den aufrichtigsten und herzlichsten Dank unsern Verbündeten aus der Gewerkschaftsbewegung entboten zu haben. Die Gewerkschaften haben nicht nur zur Finanzierung der Partei wesentlich beigetragen, sie haben auch ein wertvolles politisches Erziehungswerk an den Millionen ihrer Mitglieder vollbracht. Ihre Funktionäre, die einmal so sehr gegen eine eigene politische Aktion gewesen sind, haben ihr Bestes geleistet um die Massen der industriellen Arbeiterschaft in die Reihen der Labour Party zu bringen. Es ist für die englische Arbeiterbewegung ein Quelle der Kraft und durchaus kein Zeichen von Schwäche, daß die Labour Party so eng mit der Gewerkschaftsbewegung zusammenhängt".[18] Wenn man bedenkt von welcher Bedeutung für ein so durchindustrialisiertes Land, wie England es ist, große und häufige Streiks sein müssen, so ist es ohne weiteres zu verstehen, daß eine Regierung, die durch die eigene Partei eng mit der industriellen Organisation der Arbeiterschaft verbunden ist,

[16]) Labour Magazine, vol. VI, Nr. 7, S. 296 ff.

[17]) 1928 hatte die Partei 2077199 Mitglieder, davon gehörten 2025139 den Gewerkschaften an, vgl. Labour Year Book 1930, S. 39.

[18]) Report of the 29th Annual Conference of the L. P. S. 151.

Vorteile daraus ziehen kann:[19] Die Gewerkschaften haben dabei ja immer noch die Freiheit, die ihnen mehr am Herzen liegende Augenblickspolitik zu verfolgen, soweit dieselbe im Rahmen der Parteipolitik bleibt. Charakteristisch bezeichnet die diesbezügliche Stellungnahme der Gewerkschaften die Rede des Vorsitzenden auf dem Gewerkschaftstag 1930: Es heißt da u. a. „unter dem System kapitalistischer Produktion ist es nicht möglich gewesen, die produzierten Güter unterzubringen. Das kapitalistische System kann natürlich aus der Welt geschafft werden; wenn dies durch Großsprecherei geschehen könnte, so würde es in einigen Jahren getan sein. Aber ich glaube nicht, daß wir augenblicklich eine Gesellschaftsform zur Verfügung hätten, die eine solche Umwandlung durchzuführen fähig wäre, ohne daß das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben der Nation in die größte Unordnung geraten würde. Wir haben „Labour and the Nation" (das zweite Parteiprogramm der L. P.) als Führer erwählt, aber nicht darauf, wie auf eine Bibel geschworen. Vielleicht belehrt uns die Erfahrung, das unsere Pläne vergeblich waren, sobald es sich darum handelt, dieselben auf die Probleme, die für sie aufgestellt worden sind, anzuwenden. Würde das der Fall sein, so müssten wir als Menschen mit einem gesunden Verstand entweder unsere früheren Pläne aufgeben oder sie entsprechend ändern."[20] Der Redner betont dann ausdrücklich, daß diese Worte besonders an jene gerichtet seien, die an das Wort vom „Sozialismus in unserer Zeit" ernstlich glauben. Die Arbeit der Labour Party im Parlament vergleicht er hierauf mit der Erneuerung einer Eisenbahnbrücke, die vor sich geht, ohne daß der Verkehr gänzlich eingestellt werden muß. „Die Tausende der Gewerkschaftler" hätten an die Richtigkeit einer solchen „Methode" bisher vertraut und vertrauten ihr auch weiter.

Klarer hätte von der höchsten Stelle der politisch interessierten Gewerkschaftsbewegung der Labour Party die Gefolgschaft und Treue nicht zugesichert werden können, und dies sogar auch für den Fall, daß der gesunde Menschenverstand eventuell einen anderen Kurs für ratsam erklären müßte. Jedenfalls kommt es für die weitere Entwicklung der Labour Party sehr viel darauf an, inwieweit die radikalere Strömung in den Gewerkschaften bedeutungslos bleibt. Was der Sprung

[19]) Labour Magazine, vol. IX, Nr. 5, S. 199.

[20]) New Statesman, vol. 22, S. 358.

im August 1931 für die englische Arbeiterbewegung und eventuell auch für die Beziehung zwischen der Gewerkschaft und Labour Party bedeutet, das ist noch nicht abzusehen.

2. Die Konsumgenossenschaften (die Verbraucher)

Daß es gerechtfertigt ist, in einer Studie über die politische Entwicklung innerhalb der englischen Arbeiterbewegung auch einen Abschnitt über die Konsumgenossenschaften zu bringen, dafür mögen zwei Tatsachen Zeuge stehen. Die erste ist die Zahl der Mitglieder, die sich doch vorwiegend aus Arbeiterkreisen rekrutieren: sämtliche englischen Konsumgenossenschaften haben zusammen etwas über 4,7 Millionen Mitglieder, davon sind 1.282 Genossenschaften mit 4,6 Millionen Mitglieder in der Co-operative Union zusammengeschlossen.[21] Als zweite Tatsache mag der Umstand gelten, daß die Genossenschaftsbewegung seit dem Jahre 1917 eine eigene politische Partei hat, die in ihren Zielen und ihrer Politik stark mit der Labour Party übereinstimmt. Daß die Genossenschaftler sich in ihrer Geschlossenheit auch für die Politik interessieren, braucht nicht wunderzunehmen. „Das ko-operative Ideal ist die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung und bildet aus sich selbst eine Herausforderung des, und eine absolute Alternative zum kapitalistischen System oder zur kapitalistischen Zivilisation, die ihren Ursprung in der industriellen Revolution dieses Landes hat. Jeder überzeugte Genossenschaftler wünscht die Errichtung einer genossenschaftlichen Ordnung, in der das Privatunternehmen, das nach privatem Gewinn strebt, durch das Ideal „des Dienstes für alle" ersetzt wird".[22] Mit diesen Worten ist eine knappe, aber klare Definition der Notwendigkeit für die direkte politische Betätigung der Genossenschaftler gegeben, denn eine neue Ordnung kann nicht erstehen durch Wünsche, sie will erobert und geschaffen werden. In einem demokratischen Land führt der Weg dazu durchs Parlament. Nun sind freilich die meisten Mitglieder der Genossenschaften bereits auf eine andere Art und Weise mit der politischen Bewegung direkt verbunden durch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder zu einer sozialistischen Gesellschaft, aber die Genossenschaftsbewegung hat natürlich neben

[21]) The Co-operative Movement and Party Politics, 2. Ed. (Flugblatt kons. Richtung) Ldn. o. J., S. 5.

[22]) A. V. Alexander, M.P., The Business Value of Political Action to the Co-operative Movement, Ldn. 1925, S. 1 (eine kleine Broschüre)

und vor den rein politischen Zielen auch die Gegenwartsinteressen der Mitglieder zu wahren. Auch hier gibt es manche Anlegenheit wie z.B. die Besteuerungsfrage, für die eine Verhandlungsmöglichkeit im Parlament unbedingt erforderlich ist. Schließlich spielt noch ein dritter Gesichtspunkt herein: im Jahre 1918 bekamen die Frauen gleiches Stimmrecht wie die Männer (bis 1928 noch eine Ausnahme im Alter), die Frauen sind gerade am meisten an der Genossenschaftsbewegung interessiert und gehören am seltensten einer andern Organisation an, die sie mit der Politik in Verbindung bringt. Durch der Frauen Hände fließen jährlich ca. 165,5 Millionen [23] durch die Verkaufsstellen der Konsumvereine, eine ungeheuer Summe, zusammengetragen aus den Pennies der Arbeiter. Die Frauen sind deshalb wohl interessiert daran, ob sie für diese Pfennige mehr oder weniger bekommen können. Hinter dem Schlagwort vom „Feldzug mit dem Marktkorb" steckt mehr als es auf den ersten Blick scheint. „Sehr wahrscheinlich zählen die Frauen schwer in den Wahlen, sie haben aber ihre eigenen Ideale und zwar sehr wichtige", [24] mit diesem Wort hat ein Freund der Labour Bewegung dem obigen Schlagwort bereits etwas Leben eingehaucht.

Die Co-operative Party, die eine Art politische Abteilung der Co-operative Union darstellt (nur ca. die Hälfte der Genossenschaften beteiligten sich an der Politik) [25] ist in den Jahren 1917—19 ins Leben gerufen worden. Die neue Partei suchte von Anfang an Anschluß bei „den anderen demokratischen Gebilden, wie dem Parlamentskomitee der Gewerkschaften (jetzt General Council) und der Exekutive der Labour Party. [25]a Es war eine Frage der Zeit, ob dieser Anschluß mit einer Koordination enden sollte oder ob er sich mit einer Korrelation begnügen würde. Bis zum Jahre 1925 war es ausschließlich letzteres. Die Co-operative Party stellte eigene Wahlkandidaten auf und errang für gewöhnlich 4—6 Sitze im Unterhaus (ein Abgeordneter der Genossenschaftsbewegung wurde Mitglied des ersten Labour Kabinetts). Die Abgeordneten der Co-operative Party vereinigten sich im Unterhaus dann jeweils mit der Labour Fraktion. Nachdem nun die Co-operative Party die gleichen Ziele verfocht, wie die Labour Party, letztere auch den

[23]) Labour Year-Book 1925, S. 319.

[24]) Viscount Haldane in Labour Magazine, vol. I, Nr. 1, S. 3.

[25]) W. H. Watkins, The Co-operative Party, its aims and works, Manchester, 1921, S. 3.

[25]a) New Statesman, vol. 29, S. 266.

größten Teil der Gewerkschaften umschloß, außerdem es doch immer die Labour Party in ihrer Einheit war, die für die Forderungen und Interessen der Genossenschaften im Parlament eintrat, mehrten sich die Stimmen innerhalb der beiden Körperschaften, die den bisherigen ideellen Zusammenschluß durch einen reellen bekräftigt zu sehen wünschten. Auf der Konsumvereinstagung 1925 wurde deshalb eine Resolution eingebracht, und angenommen, die dem Ziele der Einigung näherbringen sollte. Es kam daraufhin zu einer Vereinbarung auf Grund der ein gemeinsames Komitee eingesetzt wurde, das regelmäßige Zusammenkünfte abhält und auf denselben über die Entschlüsse ihrer Exekutivausschüsse berät. Die Genossenschaftsbewegung hat aus dieser Vereinbarung besonders den Vorteil gewonnen, daß ihre Kandidaten nun überall von der Labour Party gestützt wurden. Das hatte einen Schritt vorwärts zur vollen Verschmelzung, die doch das Endziel sein sollte, bedeutet. Auf der Tagung der Genossenschaften im Jahre 1927 weist der Vorsitzende erneut auf die Vorteile hin, die der Bewegung erwachsen würden, wenn eine entgültige Bindung mit der Labour Party erreicht würde. Auch die Labour Party hätte den vollständigen Beitritt der Co-operative Party gern begrüßt, derselbe ist jedoch bis heute nicht erfolgt. Einige Genossenschaften haben den Wunsch ihrer Mitglieder nach Verschmelzung durch selbständigen Beitritt zur Labour Party verwirklicht, darunter die an Mitgliederzahl bedeutende Royal Arsenal Co-operative Society.

Bezeichnend war im Jahre 1927 die Erklärung der Co-operative Union, ihre finanzielle Hilfe für die Bekämpfung des Gewerkschaftsgesetzes zu leihen, obwohl gerade immer die Zusicherung, daß ein Zusammenschluß mit der politischen Arbeiterbewegung keine finanziellen Folgen haben werde, als Werbemittel auf den Genossenschaftstagungen hatte dienen müssen.

Wenn man bedenkt, daß die Gewerkschaften und die Genossenschaften zusammen über einen Mitgliederstamm von 10 Millionen verfügen, daß also im Falle eines Zusammengehens innerhalb dieses großen Kreises eine einheitliche politische Zielrichtung verfolgt werden könnte, so wird man die Bedeutung verstehen, die eine Verbindung dieser beiden großen Bewegungen: Erzeuger- und Verbrauchergruppen, für das englische politische Leben haben würde. Dann erklärt sich auch die Alarmierung der Anti-Labourfront bei jedem neuen Aufblitzen dieser Unierungsfrage.

Es wäre in diesem Abschnitt noch einiges zu sagen über die

Sozialistischen Gesellschaften, die zusammen mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften den Grundstock der Labour Party bilden. Da deren Wirken aber so eng mit dem Parteileben verflochten ist, daß es überall zu verspüren ist, so erübrigt sich eine besondere Darstellung. Der Independend Labour Party wird außerdem an einer anderen Stelle eine kleine Abhandlung gewidmet sein, bezgl. der Fabian Society, deren Geist der Labour Party Werden und Wirken so entscheidend beeinflußt hat, darf auf die Monographie aus der Feder ihres langjährigen Sekretärs verwiesen werden.[26]

III. Der Sozialismus der Labour Party

1. Theoretische Grundlagen

Am Eingang zu diesem Abschnitt kann man mit einiger Berechtigung die Frage stellen: ist der Sozialismus der Labour Party marxistisch oder nicht? A. Greenwood hat in seinem Buche „Ausblick der Arbeiterbewegung" wiederholt darauf hingewiesen, daß der Sozialismus der Labour Party durchaus englischer Abstammung sei: er hat sogar den Marxismus selbst auf englische Wurzeln zurückzuführen versucht, indem er darauf hinweist, daß Marx ganz unter dem Einfluß der Väter des englischen Sozialismus, Godwin, Hall, Tompson, Grey, Hodgskin, Bray gestanden habe. Was den Marxismus besonders vom englischen Sozialismus unterscheide, sei dort das Vorherrschen theoretischer Ideen, hier das der praktischen Fragen.[27] Greenwood führt somit den Sozialismus der Labour Party auf den gleichen Ursprung mit dem Marxistischen zurück und scheidet dann nur auf der einen Seite die Auslese von Gedanken, auf der andern die praktischer Verwirklichung, das Derivat von Gedanken letzten Endes. Aber die Frage selbst bleibt unentschieden, ja unberührt beinahe. Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, welche Quellen Marx gedient haben und ein Unterschied, der nur darin liegt, daß auf der einen Seite die Theorie, auf der andern die praktische Anwendung überwiegt, sagt nichts über die Wesensverwandtheit.

Mac Donald selbst erkennt einerseits den Einfluß von Marx an, „aber die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung haben seit dem Werke von Marx sich wesentlich verändert, außerdem sind die Ideen von der sozialen Evolution, wie Marx sie vertritt, überhaupt nie Gemeingut der englischen Soziali-

[26]) E. R. Pease, The History of the Fabian Society, Ldn. 1925.

[27]) Greenwood, The Labour Outlook, S. 26.

sten geworden".[28] Hier zeigt sich ein Anschnitt der Frage „Marxismus oder nicht". Mac Donald kam über die Biologie zur Philosophie, seine Anschauungen über den Aufbau der Gesellschaft hat er dem Darwinismus entlehnt, die materialistische Geschichtsauffassung lehnt er deshalb ab, denn er sieht in ihr ein wesentliches Produkt Hegelscher Dialektik, die „bis auf diesen Tag mit ihren philosophischen und logischen Fehlern die Theorie und die Dogmen einer sozialistischen Schule — der Marxistischen — verdorben hat. Diese Hegelsche Dialektik ist ungeeignet zur Beschreibung biologischer Entwicklung. Sie beschreibt lieber oberflächliche Erscheinungen, als daß sie tiefwurzelnden Ursachen nachspürt (besonders wenn sie ohne Idealismus benützt wird, wie Marx und Engels dies getan haben).... Die industrielle und wirtschaftliche Unvermeidlichkeit sind ein Hirngespinnst. Unvermeidlich ist der Sozialismus nur, wenn der Verstand ihn dazu macht."[29] Mac Donald will somit auf keinen Fall Marxist sein. Die Zitate in der englischen sozialistischen Literatur, die sich gegen den Marxismus richten, ließen sich ohne Mühe zu Dutzenden sammeln. Einmal ist es der Atheismus der Marxisten gegen den sich die „Ethik christlicher Moralität in den Massen der großbritannischen Bevölkerung")[30] zu wenden genötigt sieht, ein anderes Mal widerstrebt die Einsicht, daß der Marxismus doch zum größten Teil nur jüdisches Ressentiment sei, einer Anfreundung: ein drittes Mal wieder ist es der Abscheu vor den marxistischen Dogmen, der einen Erfolg von bodenständischen, eigenvölkischen Einflüßen allein erhoffen zu können glaubt. „Marx hat eine zweifelhafte ökonomische Formel benützt, den Mehrwert, und eine zweifelhafte historische Formel, den Determinismus, um die gesellschaftliche Entwicklung zu erklären". so sagt Mac Donald an anderer Stelle[31] vom Marxismus. Von zweifelhaften Lehren aber will wohl niemand die eigene abgeleitet haben. Die Antwort auf die zu Beginn dieses Abschnittes gestellte Frage, wird deshalb zu verneinen sein. Es sei denn, daß man Sozialismus und Marxismus gleichsetzt, wie dies in der einschlägigen deutschen Literatur leider nur zu oft geschehen zu sein scheint. Es soll dabei nicht geleugnet sein, daß marxisti-

[28]) Mac Donald J. R., Socialism and Society, Ldn. 1907,

[29]) Mac Donald J. R., ebda. S. 101 u. 102.

[30]) J.Clayton, The Rise and Decline of Socialism. in Great Britain, Ldn. 1926. S. 181 ff.

[31]) Mac Donald, Socialism: Critical and Constructive, Ldn. 1924, S. 47.

stisches Gedankengut bei der Formulierung gar mancher Labourforderung Pate gestanden ist.[32]

Welches ist nun aber die Grundlage des Sozialismus der Labour Party? Die Engländer sind theoretischen Formeln abgeneigt, ihr Sinn richtet sich mit Vorliebe auf das Praktische und das Zunächstliegende. Das heißt freilich nicht, daß dem britischen Sozialismus eine grundlegende Idee ermangle; er hat sie, wie eine jede geistige Bewegung sie haben muß. Es ist dies die Idee der sozialen Gerechtigkeit. Eine neue gesellschaftlich und wirtschaftliche Ordnung will die Labour Party erreichen, deren Grundlage Gerechtigkeit in Produktion und Verteilung sein wird. Der Weg hierzu führt durch das Parlament, Wegbereiterin ist die echte Demokratie auf allen Lebensgebieten. Snowden hat im Unterhaus 1922 den Antrag gestellt, daß „auf gesetzlichem Weg die allmähliche Verdrängung des kapitalistischen Systems durch eine industrielle und gesellschaftliche Ordnung erfolgen soll, die sich auf das öffentliche Eigentum und die demokratische Kontrolle der Produktionsmittel und der Güterverteilung stützt“ [33] und hat hinzugefügt, daß dieser Antrag eine öffentliche Indentifizierung der Labour Party mit sozialistischen Dogmen darstellen wolle. Eine deutliche Fixierung dieser Dogmen vermißt man; welche Länge wird der gewünschte gesetzliche Weg haben können, welcher Mittel soll er sich bedienen, in welche Formen gekleidet sein? Es scheint dies alles dem englischen Sozialismus gleichgültig zu sein, es scheint ihm zu genügen, wenn seine Weltanschauung Tag für Tag irgendwo ein wenig an Boden gewinnt. „Der Sozialismus ist eine Tendenz, nicht ein offenkundiges Dogma, deshalb ändert er von Generation zu Generation seine Ausdrucksformen“, so Mac Donald einmal. So könnten auch die Beispiele über den Opportunitätscharakter des britischen Sozialismus nach Belieben gehäuft werden. Sicherlich hat ihm die geschickte Anpassung an die nationale Eigentümlichkeit des Anpassens ein Plus verschafft, um das ihn die Sozialisten anderer Länder mit Recht beneiden. Besitzt er doch neben den Freunden aus dem eigenen Lager, auch im gegnerischen gar manchen, freilich diese werden nur so lange zu ihm stehen, als seine Distanzierungsbeweise vom Bolschewismus mit Erfolg gelingen. Bisher ist ihm das

[32]) Wertheimer, Antlitz, S. 88, meint die L.P. habe in ihrem Socialismus lediglich für „die Sprache der Agitation gewisse marxistische technische Ausdrücke übernommen“. Snowden sagt einmal in einem Interview „wir erkennen es an, daß der Marxismus zu unserer ökonomischen Lehre beigesteuert hat, aber wir haben sie nie darauf gründen wollen“.

[33]) Report of the Annual Conference 1923, S. 113.

nicht schwer gefallen. Eindeutig genug hat sich die Labour Party in gewissen Abständen immer wieder gegen kommunistische Permeationspolitik mit scharfen Maßnahmen gewandt, und Mac Donalds „Brief an einen jungen Kommunisten"[34] ist in weiten Kreisen genug bekannt. „Wirtschaftlichkeit besteht nicht in der Eile, sondern in der Sicherheit..... Gewaltmittel und sozialistisches Ziel sind unvereinbar. Die Leidenschaften sagen Gewalt, der Kopf sagt Sozialismus," so heißt es darin. Und MacDonald, seit mehr als einem Vierteljahrhundert der Führer der Labour-Party, sagt das nicht das seinem jungen Freunde allein, er sagt das der englischen Nation und zeichnet ihr damit ein schreckensfreies Bild vom Sozialismus seiner Partei.[35]

Entschieden lehnt der britische Sozialismus jede Art von Klassenkampf ab. „Im Klassenkampf findet sich kein konstruktiver Wert",[36] „Der Klassenkampf hat immer die Tendenz für eine besondere Schicht einen Sieg zu verfolgen, der Sozialismus aber will der Allgemeinheit dienen".[37] „Allerdings drehen sich die industriellen und politischen Bestrebungen der L. P. um das Wohl einer Klasse, aber sie wird in ihrem positiven Kampf um die Herbeiführung eines Gemeinwohls, das auf die Cooperation sich stützt, und durch ihre Betätigung als politische Partei über den Gegensatz der Klassen hinausgehoben. Die L. P. kämpft nicht gegen Klassen, sondern gegen gesellschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse, gegen die Umstände, die die Klassen haben erstehen lassen."

[34]) Mac Donald, Ein Politiker unterwegs, Luzern, (Montana Verlag) 1930.

[35]) Mac Donald sagt treffend (Socialism & Society S. 14) „Nichts ist schwerer für einen Ausländer, der unsere politischen Verhältnisse studiert, als das charakteristische Kennzeichen unserer britischen Politik zu verstehen. Er denkt eine Partei müsse ein politisches Dogma verkörpern, und findet, daß unsere Parteien die zeitweiligen Exponenten einer Methode sind. Er sucht nach was Beständigem und genau Fixiertem und findet etwas, das ständig im Flusse ist. Diese charakteristischen Kennzeichen . . . sind von der größten Bedeutung für die sozialistische Bewegung. Sie zeigen, daß in diesem Lande der Sozialismus nicht für sich eine eigene Partei haben kann, die sich auf seine Dogmen stützt er kann nur hoffen zum Geist einer Partei zu werden, die zwar den Sozialismus nicht bekennt wie eine Glaubenslehre, die aber sich die sozialistische Hoffnung aneignet und sozialistische konstruktive Ideen für die praktische Gesetzgebung benützt."

[36]) Ders., Socialism & Society, S. 120.

[37]) Ders., Unsere Politik, übers. v. A. Vallentin, Bln. 1924 S. 51.

2. *Gesellschafts- und Wirtschaftsprogramm*

Ziel der L. P. ist der sozialistische Staat, der durch die Inbesitznahme der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft als Staat in eine „neue Phase seiner Tätigkeit" treten wird. Die Gesellschaft wird also auch in der sozialistischen Wirtschaftsordnung in einem Staate zusammengefaßt sein. Auch für die Ordnung der sozialistischen Beziehungen und der Organisation des sozialistischen Güterumlaufs ist der Staat eine Vorbedingung.

In der sozialistischen Gesellschaft wird das Privateigentum als solches nicht abgeschafft werden, nur jene wirtschaftlichen Kräfte, die geeignet sind sich zu Monopolen zu verdichten, werden umgelagert werden, um so jegliche Knechtschaft unmöglich zu machen. Ein Hauptaugenmerk des Staates wird sich auf die Harmonie von Erzeugung und Verbrauch zu richten haben, weil daraus die schwersten Schäden für die Gesellschaft sich zu ergeben pflegen; es wird deshalb im sozialistischen Staate eine umfassende Organisation der wirtschaftlichen Kräfte und der industriellen Prozesse vorhanden sein mit der Aufgabe, „Wirtschaftlichkeit und gerechte Belohnung der Dienstleistungen in der Gesellschaft zu sichern." Auch im sozialistischen Staate wird es weiter getrennte Interessenvereinigungen geben; auch die Gewerkschaften werden, wenn auch in anderer Form, weiter bestehen. Die Munizipalverwaltungen werden weitgehend entlastet werden, weil viele ihrer jetzigen Aufgaben nicht ihnen, sondern dem Staate zustehen.

Bezüglich der Staatsform hat die L. P. keine besonderen Wünsche. Es kann weiter einen Monarchen geben, solange sich dieser nicht mit den sich bedroht fühlenden Interessen verbündet, denn sehr wahrscheinlich wird in England die Macht der Legislative eine Republik überflüßig machen.

Das ist im wesentlichen das Bild des sozialistischen Staates, wie es Mac Donald zuerst gezeichnet hat[38] und wie es in der Literatur der Bewegung immer wiederkehrt. Natürlich muß dieser sozialistische Staat auf demokratischer Grundlage von Grund auf neu gebaut werden, man „kann ihn nicht etwa von oben nach unten bauen."[39] Die Lokalbehörden sollen darin ruhig eine eigene Politik verfolgen, sie mögen „durch ihre eigenen Fehler lernen."[40] Die Grafschaften müssen möglichst er-

[38]) Mac Donald, Sozialismus & Regierung, S. 157—170.

[39]) Ders., Soc. Crit. u. Constr. S. 233.

[40]) Ebda., S. 234.

halten bleiben: ihre kulturellen und historischen Werte sind aus der Tradition geboren und sollen erhalten bleiben, weil sie den Bürgersinn des Volkes stärken. Man opfere lieber einen administrativen Vorteil als eine historische Grafschaft. „Ein Volk, das von seiner Vergangenheit abgeschnitten ist, ist wie ein Kind, das in einer liebsarmen öffentlichen Anstalt großgezogen worden ist".[40a] An die Stelle des Oberhauses tritt im sozialistischen Staat besser ein Senat zur Nachprüfung der Form, Abfassung und des Aufbaus der Gesetze, er kann ferner beratend um öffentliche Angelegenheiten sich kümmern. Weiter soll eine höchste industrielle Kammer gegründet werden, die mit beschränkter Autorität auszustatten ist, und als Berater und Verwalter für die industrielle Aktivität der Gesamtheit tätig ist.[40b] Diese Andeutungen über den gewünschten Aufbau des Verwaltungsapparates lassen die Konstruktion des sozialistischen Staates zugenüge erkennen. Die Gesetzgebung soll Sache des Unterhauses allein bleiben, ausgenommen die beratende Mitarbeit des Senats. Zu den kleineren Gruppen, die in der großen Gruppe des sozialistischen Staates weiterexistieren werden, zählt Mac Donald auch die Kirchen. „ Die große Gruppe wird in ihrer Lebensfähigkeit gar sehr von den kleineren Gruppen abhängen und eine kirchliche Gemeinschaft die mit Begeisterung nicht bloß die christlichen Dogmen, sondern auch das Leben umfaßt" wird dem Staate viel zu geben haben.[41] Keith Hutchison sagt über dieses Problem (L. P. und die Religion) „die britische Arbeiterbewegung schöpft seine Kraft, im größten Gegensatz zu den kontinentalen Bewegungen, aus den Quellen der Religion, besonders aus den nonkonformistischen Bekenntnissen. Es gibt natürlich Menschen, jeder religiösen Richtung unter ihren Anhängern, auch Agnostiker und Atheisten, doch niemals hatte irgend eine feindliche Haltung

[40a]) Hessel Tiltman, Labour's man o. D., S. 18.

[40b]) Mac Donald, Socialism & Society, S. 185 u. ff.

[41]) Ebda., Keith Hutchinson, Labour in Politics, S. 9. Interessant ist die Auseinandersetzung, die in England auf Grund der in der Enzyklika „Rerum Novarum" enthaltenen schroffen Verurteilung des Sozialismus durch den Papst stattgefunden hat. Kardinal Bourne, Erzbischof von Westminster, nahm dazu in einer öffentlichen Versammlung Stellung und führte aus, daß die Katholiken Englands keinerlei Gewissensbisse zu haben bräuchten wegen ihrer eventuellen Zugehörigkeit zur L. P. . . . „Ich glaube, man darf annehmen, daß nur sehr wenige Mitglieder der L.P. Englands den Wunsch nach sozialen Reformen auf Grundsätze stützen, die S. Heiligkeit so berechtigterweise und so kraftvoll verurteilt", so der englische Kirchenfürst (Manch. Guardian Weekly, 1931, Nr. 24, S. 484).

gegen die Kirchen eingenommen..... Auf jeden Sozialisten, der durch das Kapital dazugekommen ist, kommen Tausend, die durch die Bibel Sozialisten wurden".

Man wird in der Literatur der L. P. vergebens nach andern (außer dem Atheismus) spezifisch sozialistischen Kulturforderungen suchen. Man kann aber beobachten, daß sie grundsätzlich alles bejaht, was das Leben verschönert, die Gesundheit fördert: Grenzen, die auf dem Festlande „sozialistische" und „bürgerliche" Forderungen trennen, kennt man in England nicht. Auf jeden Fall läßt sich die L. P. in Kulturforderungen mit moralischem Einschlag auf keine prinzipielle Festlegung ein, begnügt sich vielmehr mit einer weitgehenden Toleranz und Neutralität. Anfeindungen von der einen oder der anderen Seite kann sie jederzeit mit Belegen aus ihrem Mitgliederkreis entgegentreten. Man vergleiche die etwas humoristische Auslassung in Labour Magazine (Nr. 11, März 1928, S. 501) „der und der ist ein Agnostiker, er ist Sozialist, also sind die Agnostiker Sozialisten, so urteilen manche Leute. Da könnte man ja gleicherweise erwarten, daß alle Sozialisten, wie Bernhard Shaw einen roten Bart haben".

Die L. P. will, daß die Güter der Bildung und Wissenschaft allen, die danach hungern, zugänglich gemacht werden. Immer wieder hat sie nach dem Kriege darum gekämpft, daß das allgemeine Schulalter verlängert, daß die Schulen besser ausgestattet, daß der Ausbildung der Lehrerschaft mehr Augenmerk zugewandt werde.

In ihrem ersten Parteiprogramm verlangt die L. P., daß der Reichtumsüberschuß der Nation neben den sozialen Zwecken besonders auch für die Kunst und Wissenschaft dienstbar gemacht werden soll, da diese „in der Zeit des Kapitalismus so weitgehend vernachläßigt worden sind, auf ihnen aber jeder wahre Fortschritt in der Zivilisation zu tiefst beruht. Die Gesellschaft lebt, wie der einzelne Mensch, nicht vom Brot allein, sie ist nicht bloß zur Schaffung des Reichtums da."[42]

Den ersten Platz im Wirtschaftsprogramm der L. P. nimmt die Nationalisierung ein, die Ueberleitung der für das Gemeinwohl wichtigen Erzeugerzentren, sowie der sich daran knüpfende Dienste (Transport, Eisenbahnen, Elektrizitätsversorgung) bahnen, Elektrizitätsversorgung) in das öffentliche Eigentum.

Ein anderer wichtiger Gegenstand, dessen Nationalisierung im Interesse des Gemeinwohls bald durchgeführt werden sollte, ist das Bankwesen. Die Absicht der L. P. ist hierbei, es unmög-

[42]) Labour and the new sozial Order, Ldn. o. J., S. 21.

lich zu machen, daß eine besondere Schicht der Bevölkerung auf die Festlegung der Geld- und Kreditpolitik einen ungebührlichen Einfluß habe. „Keine Gesellschaft kann sich frei fühlen, wenn sie nicht die Macht hat, ihre finanziellen Organisationen zu kontrollieren.[43] Eine öffentliche Körperschaft die neben den Direktoren Vertreter des Schatzamtes, des Wirtschaftsministeriums, der Industrie, der Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung umfaßt, soll die Kontrolle über die Bank von England übernehmen. Es würde dadurch erreicht werden, daß die Zentralbank des Landes unter öffentliche Kontrolle kommt und nicht länger einzelnen Individuen (Aktionäre) gegenüber verantwortlich ist, sondern der ganzen Nation.[44] Der Errichtung von Stadt- und Genossenschaftsbanken (als ein Beispiel für das gute Wirken solcher wird stets die seit 1919 bestehende Birminghamer Stadtbank angeführt) muß besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden, damit die so breiten Massen mit kleinen Mitteln auch die Vorteile des Bankverkehrs genießen können. Das Bank- und Finanzsystem muß so geändert werden, daß das Verfügbare für solche Zwecke reserviert bleibt, die für die Allgemeinheit von Nutzen sind.[45] Ein anderer wichtiger Zweig im nationalen Leben bilden die Versicherungen, auch hier soll durch Ueberführung der Kontrolle auf die Allgemeinheit die Sicherheit für die Policehalter erhöht werden.[45a]

Wenn die Nationalisierung dieser wichtigen Zweige (Bergwerke, Transporte, Kraftversorgung und Kredit- und Versicherungsinstitute) verwirklicht worden ist, dann wird es wenig Schwierigkeiten machen, die ganze Produktion des Landes einheitlich zu organisieren. Das nach dem Motto „Dienst nicht Verdienst" aufgebaute Transportsystem wird es ermöglichen, daß die Produktionszentren in engere Verbindung miteinander gelangen. Der Sozialist baut sein System als ein wohlorganisiertes auf, es darf die Nation nicht tyrannisieren weder durch gesetzliche noch gewerkschaftliche Gewaltmittel, es wird regieren durch seine Organisation..... Die sozialistische Auffassung vom industriellen Wiederaufbau wurzelt in der Idee einer möglichst vollkommenen Kombination der erzeugenden Kräfte..... Neben den großen Unternehmungen werden auch kleinere weiter-

[43]) Mac Donald, Soc.: Crit & Constr. I. Band. S. 279.

[44]) Mac Donald, ebda., S. 192, S. 197.

[45]) Supplement zum 2. Parteiprogramm „Labour & the Nation", Ldn. o. J.

[45a]) Vergl. New Statesmann vol. 33, S. 203 über die Nützung dieses Arguments im Wahlkampf 1929 von Seiten der Konservativen.

bestehen bleiben, soweit sie sich in die neue Ordnung einfügen. Für die Organisation der Verteilung liegt der Anfang in einer Verstaatlichung von Grund und Boden, der beste Uebergang hierzu liegt in einer Grundwertsteuer. Es wird in der neuen Ordnung keine Bodenzinse an private Eigentümer mehr zu zahlen geben, die Bodenrente wird ein Teil des nationalen Einkommens sein. Da in England nur wenig eigentliche Bauerngüter vorhanden sind, wird die Bauernschaft am besten nach gildensozialistischen Gedanken zu organisieren sein, wo Bauerneigentum im Interesse der Bevölkerung besser bestehen bleibt (Irland), kann dies geschehen.[46] Die Bauern, die sich bewährt haben, sollen die Sicherheit erhalten, daß sie auf dem bewirtschafteten Gut bleiben können. Um die landwirtschaftlichen Preise möglichst stabil zu halten, sollen die Importe, die zur Ergänzung der inländischen Erzeugung notwendig sind, kollektiv aufgekauft werden.[47] Für die inländischen Produkte soll ein Marktsystem ausgebaut werden (wozu durch die Marketing Bill der zweiten L. Regierung bereits der erste Schritt getan worden ist.) Die Verbraucher wird ein nationales Komitee für Ernährung (Food Council) zu schützen suchen, (ein solches ist von der konservativen Regierung eingesetzt worden, aber wegen der geringen Bedeutung von der zweiten L. Regierung in ein Consumer Council (Verbraucher-Rat) mit weitgehenden Kontrollbefugnissen umgewandelt worden). Abschaffung der privaten Bodenrente und eine Revolution des Steuersystems, wie sie schon im ersten Parteiprogramm angekündigt worden ist, sollen eine radikale Aenderung der Einkommensverteilung bewirken. Die steuerlichen Forderungen der L.P. haben jederzeit eine Erhöhung der Erbschaftssteuer auf großem Nachlaß umfaßt. Es soll dadurch verhindert werden, daß sich stets wieder von neuem große Vermögensmassen ohne eigene Anstrengung in einer Hand sammeln. Weiter ist eine größere Durchstaffelung der Einkommensteuer mit einer Verschiebung der unteren Grenze nach oben und einer Verbreiterung der Steuersätze für sehr hohe Einkommen verlangt. Seit 1927 wird von der Partei mit allem Nachdruck die Einführung einer Zusatzsteuer auf Einkommen aus Besitz von über 500 Pfund vertreten. Das dadurch geschaffene zusätzliche Steuereinkommen soll vorwiegend für soziale Zwecke Verwendung finden. (Man rechnete hierbei mit 85 Millionen Pfund jährlich und wollte damit den Arbeits-

[46]) Mac Donald, Socialism: Crit. & Constr., S. 143—162.

[47]) E. F. Wise, M. P., Der Staat und die Getreideeinfuhr in Labour Magazine, vol. VIII, Nr. 12, S. 564ff.

losen helfen, öffentliche Parks und Spielplätze anzulegen, die Kohlenindustrie organisieren und eine Organisation der Güterverteilung aufbauen, die den Verbrauchern die Waren ohne die oft sehr hohe Belastung durch den Zwischenhandel vermitteln soll.[48] Auf die Besteuerung der Bodenwerte wird noch an anderer Stelle näher eingegangen werden.

Der Ueberblick über das Gesellschafts- und besonders auch das Wirtschaftsprogramm der L. P. kann vielleicht nicht ganz mit Unrecht durch einen Ausspruch beschlossen werden, den Goethe einmal über die Liberalen getan hat: „Der Liberale sucht mit den Mitteln, die ihm zugebotestehen soviel zu bewirken als immer er kann; aber er hütet sich, die oft unvermeidlichen Mängel sogleich mit Feuer und Schwert vertilgen zu wollen. Er ist bemüht durch ein kluges Vorschreiten die öffentlichen Mängel nach und nach zu verdrängen, ohne durch gewaltsame Maßregeln oft ebensoviel Gutes mitzuverderben. Er begnügt sich in dieser stets (für die L. P. „noch") unvollkommenen Welt solange mit dem Guten, bis ihn das Bessere zu erreichen, Zeit und Umstände begünstigen".[49] Mit diesen Worten ist in der Tat zutreffend die Art und Weise beschrieben, wie die L. P. zum sozialistischen Staate und zu einer sozialistischen Wirtschaft zu gelangen sucht: auf gesetzmäßigem Weg, durch Nützung des bereits vorhandenen Guten, unter Schonung und Achtung der Tradition des Landes, unentwegt hoffend auf eine Zeit, wo das „Bessere" an die Stelle des Guten getreten sein wird. (Ein Beleg dafür kann auch der Wahlsieg von 1929 genannt werden: die Konservativen und z. T. auch die Liberalen fochten ihn unter der Devise „Kampf gegen die rote Gefahr" und Mac Donald siegte! Das Land war also nicht zu überzeugen gewesen, daß ein Sieg der L. P. eine rote Gefahr bedeute.[50])

3. Die Beziehungen der L.P. zur internationalen Arbeiterbewegung

Durch den Krieg waren die internationalen Beziehungen zwischen den Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder zwar nicht ganz abgebrochen, aber sie ruhten in erheblichem Masse. Eine Wiederbelebung der internationalen Beziehungen gelang

[48]) New Statesmann, vol. 30 S. 236

[49]) Eckermann, Gespräche mit Goethe, herausgegeb. von Houben, Lpz. 1925, S. 5.

[50]) New Statesmann, vol. 33, S. 172.

erst durch den Sozialistenkongreß im Januar 1919 in Bern. Dort saßen die Sozialisten der feindlichen Länder mit denen der neutralen, einschl. der russischen, nach dem Völkerringen wieder zusammen und beratschlagten über die Stellungnahme zu den in Versailles entstehenden Friedensbedingungen, und es wird keine Uebertreibung sein, wenn man behauptet, daß die L. P. am Zustandekommen dieses Kongresses sich ein bleibendes Verdienst erworben hat. Die Partei war ein treibendes Element gewesen um die Sozialisten wieder zur Zusammenarbeit zu bewegen; in dem Bericht, den die Vertreter der englischen Arbeiterschaft über ihre Teilnahme an ihre Gruppen machten, hieß es ausdrücklich: „die Konferenz wurde vorbereitet durch Arthur Henderson (damals Leiter der L. P.), Emile Vandervelde und Albert Thomas.[51] Auch in den folgenden Jahren hat die L. P. stets einen entscheidenden Anteil an den Verhandlungen genommen, die die Einigung der zersplitterten internationalen Arbeiterbewegung herbeizuführen suchten. Ein Resultat dieser Bemühungen war das Aufgehen des Wiener Internationalen Sozialisten-Komitees in der zweiten Internationale,[52] während eine Einigung mit der unter der Diktatur Moskaus stehenden dritten Internationale nicht erreicht werden konnte. Die Stärke der internationalen Organisation der Arbeiterschaft wurde schließlich noch vermehrt durch die Einigung auf Zusammenarbeit zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Zweiten Internationale, es blieben nur die kommunistischen Organisationen abseits. Der britische Einfluß blieb auch weiterhin unverkennbar in der Internationale. In den Jahresberichten über die Parteitage wird nunmehr regelmäßig über die Tätigkeit der Internationale berichtet und in verschiedene Länder werden jährlich Delegierte zu Arbeiter- oder Sozialistenveranstaltungen abgeordnet.

Das Interesse der englischen Arbeiterbewegung an einem wirksamen Zusammenschluß der Arbeiterschaft der Welt will sich nicht auf Worte allein beschränken. Bereits auf dem Parteitag 1920 wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, den Kampffonds der Partei zu stärken, denn „es ist schwierig vorauszusehen, welche Ausgaben der Partei infolge ihrer internationalen Beziehungen erwachsen können, auf jeden Fall muß

[51]) Report of the Annual Conference, 1919, S.12.

[52]) Report of the Annual Conference, 1922, S,4; die Einigung erfolgte auf dem Internationalen Arbeiter- u. Sozialistenkongreß 1923 (Mai) in Hamburg unter dem Namen Arbeiter- u. Sozialisten Internationale.

erkannt werden, daß diese Seite unserer Aktivität eher ausgedehnt als beschränkt werden muß."[53]

Im Hinblick auf das stets wahrhaft brüderliche Verhalten gegen die internationale Arbeiterbewegung kann man von der L. P. sagen, sie habe sich von dem Grundsatz leiten lassen „keine Nation kann eine dauernde gesellschaftliche Erlösung innerhalb ihrer eigenen Grenzen allein finden, sondern muß sie erstreben in Verbindung..... mit dem ganzen Menschengeschlecht."[54]

4. Die Labour Party und die Kommunisten

Der Frage über die Stellungnahme der L. P. zu den Kommunisten ist hier ein eigener Abschnitt gewidmet, weil diese Frage für die Partei innerhalb der englischen Nation von größter Tragweite ist, denn nur zu sehr ist man in England geneigt gewesen, Sozialismus gleich Bolschewismus zu setzen. Die L. P. aber hat stets im größten Gegensatz zum Kommunismus gestanden.

Der Herausgeber der Communist Review hat den Gegensatz zwischen der L. P. und den Kommunisten einmal mit folgenden Worten herausgestellt: „Wir glauben an die parlamentarische Aktion als ausdrückliches und letztes Mittel für das Agitations- und Zerstörungswerk; die L. P. sieht darin ein aufbauendes Mittel für die Arbeiterbewegung. Diese beiden Ansichten sind sich diametral entgegengesetzt, eine Verschmelzung ist unmöglich. Die Kommunisten müssen deshalb ihre Ansichten in eine endgültige politische Opposition zu der (L.) Regierung und zu dem bürgerlichen Führertum der L. P. herauskristallisieren..... Die kommunistische Methode ist der L-Methode direkt entgegengesetzt."[55] Als im Jahre 1928 die Unabhängige Arbeiterpartei einen letzten Versuch unternahm mit den Kommunisten eine gemeinsame Arbeiterfront zu bilden, da erhielt sie zur Antwort: „Eine Einigung der kommunistischen Internationale mit der Zweiten Internationale, oder die Verschmelzung einer kommunistischen und einer sozialistischen Partei in irgend einem Lande ist ebenso unmöglich wie die Mischung von Feuer und Wasser."[56]

[53]) Report of the Annual Conference, 1920, S. 13.

[54]) H. Langhaw, Socialism and the historic function of Liberalism, Ldn. 1925, S. 120.

[55]) J. R. Clynes, Labour and the Communists, Labour Mag. vol. III, Nr. 8, S. 346

[56]) Antwort in der Internationalen Komm Pressekorrespondenz, zit. in Labour Mag., vol. VII, Nr. 2, S. 73.

Als die Kommunisten im Frühjahr 1928 ein Flugblatt gegen Mac Donald herausgegeben haben, entgegnete dieser gelassen „die Politik der beiden (L. P. und K. P.) ist unvereinbar. Es kann keinen Kompromiß zwischen den beiden geben. Sie fußt auf zwei absolut verschiedenen Grundsätzen. Unser Grundsatz ist der der Demokratie, der ihrige der der Autokratie. Unsere Methode ist die, daß wir die öffentliche Meinung durch einen Appell an den Verstand, das Gewissen und das Herz zu ändern suchen, die ihrige läuft daraus hinaus, das Individuum zu verhärten und zu verhetzen durch Dogmen,, damit es seinen Weg über Barrikaden nehme und die diktatorische Gewalt aufrichte."[57] Mit dem Hinweis auf die Demokratie scheint der schärfste Unterschied herausgestellt zu sein. Die Demokratie strebt nicht nach Gewalt und Herrschaft, sondern sucht Verständnis und Gleichheit. Die Kommunisten aber machen kein Hehl daraus, daß sie ihren Weg über die Revolution zur Diktatur, als dem letzten Ziel, zu nehmen gewillt sind.

Wie klar aber auch der Unterschied sein mag, der die L. P. von den Kommunisten trennt, in der engen Verquickung der L.P. mit der Gewerkschaftsbewegung, welche ihre Mitglieder aus beruflichen Gründen und nicht wegen gleicher politischer Interessen gewinnt, konnten Konflikte, die in dem Problem (Labourist und Kommunist) wurzelten, nicht ausbleiben. Bereits auf dem Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Bern 1919 lag eine Resolution zur Abstimmung vor, daß infolge der Verbundenheit der Internationalen Bewegung mit dem Prinzip der Demokratie vor der Gefahr der Klassendiktatur gewarnt werden müsse, die Abstimmung darüber wurde jedoch verschoben, bis man über die Ereignisse in Rußland sichere Kenntnis habe.[58] In den folgenden Jahren machten sowohl Einzelmitglieder der Kommunistischen Partei Englands, als auch die Partei als Gesamtorganisation wiederholt den Versuch sich der L. P. anzuschließen. Augenscheinlich wollte man sich auf diesem Wege einen Einfluß im Parlament sichern, der anders, bei dem geringen Anklang der kommunistischen Ideen bei der englischen Arbeiterschaft, nicht zu erreichen war. Die L. P. faßte bereits auf ihrem Parteitag 1920 den Beschluß, daß Mitglieder, die sich offensichtlich weigern, das Programm derL. P. anzunehmen, nicht in die Partei aufzunehmen bezw. wieder auszuschließen seien. Auf das wieder-

[57]) Mac Donald in Sunday Graphic vom 18. März 1928, zit. in Hessel Tiltmann, Labour's man o. d , S. 214.

[58]) Labour & Internationalism, by L. L. Lorwin, Ldn. 1929, S. 167.

holte Ansuchen um kollektiven Anschluß beschloß der Parteitag 1923 ablehnend.[59] Ein Jahr darauf lag dem Parteitag dennoch wieder der gleiche Antrag vor, der jedoch erneut ablehnend beschieden wurde.[60] Auf dem gleichen Parteitag wurde gegen die Aufstellung von kommunistischen Arbeitervertretern als L. Kandidaten mit großer und gegen den Einzelbeitritt von Kommunisten zur Partei mit knapper Mehrheit beschlossen.[61] Diese drei Resolutionen auf dem Parteitag 1924 waren der große Schlag gegen die kommunistischen Annäherungsversuche. Ihm folgte 1925 ein weiterer, durch den der kommunistische Einfluß auf Beschlußfassungen innerhalb der L. P. auf das mögliche Mindestmaß beschränkt wurde. Es handelte sich um die mit großer Mehrheit angenommene Resolution, „daß die Gewerkschaften nur dann den Beschlüssen der Parteitage der L. P. gemäß handeln, wenn sie ihre Mitglieder auffordern, sich bei der Wahl von Delegierten für Versammlungen der nationalen oder lokalen Parteien davor zu enthalten für Mitglieder zu stimmen, die offenkundig einer der L. P. nicht angeschlossenen Partei, einschließlich der kommunistischen, angehören."[62] Durch diese Resolution wurde der Penetrationspoletik der Kommunisten, innerhalb der Labour-Kreise ein wirkungsvoller Damm gesetzt; die Gewerkschaften waren bislang ja noch der einzige Weg gewesen, durch den sie an die offizielle politische Bewegung herankommen hatten können. In der Unerbitterlichkeit mit der die Scheidungslinie zwischen Labour und den Kommunisten gezogen werden mußte, konnte man schließlich auch nicht umhin die eigenen Reihen nach Möglichkeit zu säubern. Im Herbst 1927 gibt die Exekutive der L. P. bekannt, daß sie gezwungen gewesen sei, 10 lokale Parteigruppen, die sich geweigert haben, die Parteibeschlüsse bezüglich der Kommunisten durchzuführen, aus der Partei auszuschließen.[63]

So sehr die L. P. jedoch ihre Wesensverschiedenheit mit den Kommunisten betont, durch die eine gemeinsame Front undenkbar ist und unter allen Umständen verhindert werden muß, so läßt sie es doch auch den Kommunisten gegenüber nicht an Loyalität fehlen. So protestierten Labourabgeordnete im Unterhaus im Herbst 1925 gegen die Beschränkung der

[59]) Report of the Annual Conference 1923, S. 189.

[60]) Derselbe 1924, S. 131.

[61]) Ebda.

[62]) Report of the Annual Conference 1924, S. 181 ff.

[63]) Labour Magazine, vol. VI, Nr. 6, S. 255.

politischen Freiheit, die die Konservativen gegen einige Kommunisten durchgesetzt hatten, weil dies „eine Verletzung der traditionellen britischen Rechte auf freie Meinungsäußerung in Rede und Schrift" sei.[64]

Die britischen Kommunisten, obwohl an Zahl in Großbritannien bedeutungslos, aber angewiesen und angefeuert von der Leitung der kommunistischen Internationale, verharren natürlich keineswegs untätig, so daß ein friedliches Nebeneinander nicht möglich ist. Deshalb sah sich die L. P. im Jahre 1930 sich gezwungen, ihre Gruppen auf eine Reihe von Organisationen in England aufmerksam zu machen, damit nicht etwa durch die Zulassung der einen oder andern zur Mitgliedschaft den Kommunisten von neuem eine Tür geöffnet werde.[65]

Es handelt sich für die L. P. bei diesem Abwehrkampf gegen die Kommunisten geradezu um eine Lebensfrage. Ihre politischen Gegner sind nur zu sehr geneigt, sie mit den Kommunisten in eine Front zu stellen und dadurch das Land gegen sie zu alarmieren.[66]

5. Die L.P. und die Unabhängige Arbeiterpartei

Die I. L. P. ist die eigentliche Wiege der L. P. gewesen, denn wenn auch die Fabische Gesellschaft sehr viel für das Eindringen sozialistischer Ideen in die Arbeiterbewegung geleistet hat, der lebendige Kontakt von Lehre und Praxis kam doch erst nach der Gründung der I. L. P. zustande. Die Führer der I. L. P. haben es auch erreicht, daß die Gewerkschaften für eine einheitliche politische Aktion gewonnen und so die Arbeiterpartei ermöglicht wurde. Solange die L. P. mit Rücksicht auf die ihren Rückhalt bildenden Gewerkschaften nicht offen als sozialistische Partei auftreten konnte, war die I. L. P. in ihrem Schoße das sozialistische Ferment. Ausserdem war der Zugang für Einzelmitglieder, falls diese nicht der mehr wissenschaftlich orientierten Fabischen Gesellschaft beitreten wollten, einzig und allein durch die L. P. möglich.[67] Diese beiden wesentlichen Aufgaben der I. L. P. (nach der Gründung der L. P.), nämlich als Pforte für Einzelmitglieder und als sozialistischer Sauerteig zu dienen, wurden durch

[64]) Report of the Annual Conference, 1925, S. 85.

[65]) Report of the Annual Conference 1930, S. 29.

[66]) Vergl. Parliamentary Debates, vol. 195, col. 678 ff.

[67]) New Statesman, vol. 30, S. 399.

die Entwicklung der L. P. in der Nachkriegszeit hinfällig. In ihrem ersten Parteiprogramm nennt sich die L. P. ausdrücklich eine sozialistische Partei, durch die neuen Statuten öffnet sie auch Einzelmitgliedern den direkten Zugang durch die in jedem Wahlkreis entstehenden Lokalgruppen. Zwar gehören auch jetzt noch die bedeutensten Männer der L. P. der I. L. P. an, die Zahl der Abgeordneten im Unterhaus, die Mitglieder der I. L.P. sind, ist sogar unverhältnismäßig hoch, aber die eigentliche Bedeutung der I. L. P. war dahingeschwunden und es ist verständlich, daß bald Stimmen laut wurden, die eine Verschmelzung mit der L. P. verlangten. Das Aufgehen der I. L. P. in der L. P. wurde letzten Endes immer wieder dadurch hinausgeschoben, daß der linke Flügel der L. P. stets, wenn er mit Maßnahmen der Partei unzufrieden war, eine Zuflucht fand bei der I. L. P., für die es natürlich leichter ist (ohne Gefahr einer Alternativstellung in der Regierung) eine radikalere Richtung des Sozialismus zu vertreten. Je größer aber nun diese Unzufriedenheit ist, desto weiter ist die Verschmelzung der I. L. P. mit der L. P. entfernt und desto sicherer ist ihr selbständiger Fortbestand. Besonders seit dem die I. L. P. ein Programm mit dem Titel „Sozialismus in unserer Zeit" angenommen und aus diesem Titel ein geflügeltes Wort für die Unzufriedenen L. Mitglieder geworden ist,[68] scheint eine baldige Vereinigung in weite Ferne gerückt. Denn es ist schwer für eine radikale Gruppe annehmliche Richtlinien aufzufinden, die im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeit bleiben, das aber wäre die Voraussetzung für das Aufgehen der I. L. P. Man hatte erwartet, daß der Austritt Mac Donalds aus der I. L. P. im Jahre 1929 eine weitgehende Erschütterung in derselben verursachen würde. Das ist nicht der Fall gewesen. Die radikalen Elemente in der britischen Arbeiterbewegung, die jedoch die Politik der Kommunisten ebenfalls scharf ablehnen, weil auch sie „in die demokratische Methode Vertrauen haben,"[69] finden in der I. L. P. immerhin eine Zufluchtsstätte, wo man die Verwirklichung des Sozialismus als eine Angelegenheit betrachtet, die nicht auf zu weite Sicht behandelt werden sollte. Eine geeignete Plattform für die Verkündigung dieses Glaubens

[67]a) 1936 waren von 154 L.-Abgeordneten 106 Mitglieder d. I.L.P., vergl. Report 1926.

[68]) Cole nennt in seiner Kurzen Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, die I.L.P. „eine organisierte Linker-Flügel-Opposition" innerhalb der Reihen der L.P., S. 195, 2. Bd.

[69]) Report of the Annual Conference of the I.L.P., 1929, S. 8.

erscheint das Unterhaus zu sein.[70] Solange die kämpferische Abteilung in der Bewegung nicht die Bewegung an sich zu zerreißen droht, solange die Gemüter nicht in allzu großem Kreise verwirrt werden, solange sich die Apostel darauf beschränken, als die berufenen Verfechter des Sozialismus gelten zu wollen, läßt die L. P. den Mitgliedern der I. L. P. volle Freiheit der Meinungsäußerung.[71]

Als Partei im eigentlichen Sinne hat die I. L. P. nie gelten können und kann es heute weniger als zuvor. Aber als Element für eine verschärfte Propagierung der Ueberführung der gegenwärtigen Ordnung in die der sozialistischen Zukunft durch die demokratische Methode, wird sie auch weiterhin ihre Bedeutung im politischen Leben Englands behalten.

[70]) Als in der Sessionsperiode 1931 es sich des öfteren wiederholte, daß der linke Flügel der L.P. (in der Hauptsache I.L.P.-Mitglieder) gegen die Regierung stimmte, da entschuldigte man dies damit, daß Politik der Regierung und Parteigrogramm nicht das gleiche seien. Erstere werde ausschließlich vom Kabinett bestimmt und liege deshalb mit der Politik der Partei wie sie auf den Parteitagen festgelegt werde, nicht immer auf der gleichen Linie (Manch. Guard. Weekly, vol. 24, Nr. 24, S. 466). Man distanziert sich also gewissermaßen nur von der Politik der Regierung, nicht aber von der Partei.

[71]) New Statesmann, vol. 26. S. 259: „jede Gruppe kann soviel aus der Taktik machen, in die sie glaubt, als sie will".

I. Teil: Die Entwicklung der L. P. von 1918 bis Ende 1924

1. Die neuen Statuten und das erste Parteiprogramm

Im Januar 1918 fand in Nottingham der 17. Parteitag statt. Es war der dritte seit Ausbruch des Krieges. Schon war Rußland durch den Ausbruch der Revolution aus den Reihen der kriegsführenden Staaten ausgeschieden und Wilson hatte seine Friedensabsichten der Welt kundgetan. Die L. P. hatte die Friedenswünsche der Arbeiterschaft schon früher festgelegt und mit dem englischen Kabinett deswegen verhandelt. Mit Zuversicht erwartet die L. P. das Ende des Krieges, obwohl sie nicht verkennt, „daß kein Teil der Gesellschaft unter den Nachwehen der Zerstörungswut mehr zu leiden haben wird, als die Arbeiterschaft auf der ganzen Welt. Auf sie ist die ganze Last des Konfliktes in besonderem Maße gefallen, und für Generationen wird sie für ihr industrielles und wirtschaftliches Dasein die Folgen zu spüren haben".[72] Diesem Parteitag, der sich zur Aufgabe gestellt hatte, noch im Krieg den Weg für die Friedenszeit zu suchen, wurden die neuen Parteistatuten zur Abstimmung vorgelegt. Die wichtigste Aenderung, die die Statuten enthielten, war Klausel II über die Mitgliedschaft. Bis jetzt war di L. P. (wie Henderson auf dem Parteitag ausführte, Report 1917, S. 98 ff.) im eigentlichen Sinne nicht eine nationale politische Partei gewesen, sie war vielmehr die politische Zusammenfassung von verschiedenen Körperschaften. Das Ideal wäre nun, heute von vorne anzufangen und eine politische Partei aufzubauen, die sich ganz auf die Einzelmitgliedschaft stützen würde. Aber die Zeitumstände lassen das nicht zu. (Die enge Verbundenheit mit den Gewerkschaften würde ein solches Vorhaben von Anfang an als unmöglich erscheinen lassen.) Es muß deshalb ein anderer Weg gefunden werden, damit die Partei von den 8 Millionen neuen Wählern, die in den nächsten Wahlen vorhanden sein werden, (durch das Frauenstimmrecht) profitieren könne. Den Weg hierfür bietet die besagte Klausel II, die also lautet „die L. P. soll bestehen aus den angeschlossenen Organisationen (Anmerkung: Gewerkschaften, sozialistische Gesellschaften und Genossenschaften, Trades Councils und lokale Arbeiterparteien) zusammen mit den Männern und Frauen, die als Einzelmitglied einer Ortsgruppe beigetreten sind und die Verfassung und das

[72]) Report of the Annual Conference 1917, S. 94.

Programm der L. P. unterschreiben".[73] Das Neue, das diese Klausel bringt, ist also die Möglichkeit der Einzelmitgliedschaft durch den Beitritt zu einer Ortsgruppe.

Die neuen Statuten wurden wegen Schwierigkeiten aus den Gewerkschaftsreihen auf einer besonderen Versammlung Ende Februar 1918 in London in der vorgeschlagenen Fassung angenommen. Die L. P. hatte damit aufgehört ein bloßer Verband von Körperschaften zu sein, der Weg, eine nationale Partei zu werden, stand ihr nunmehr offen.

Eine nationale Partei konnte sich nicht damit begnügen, auf den Parteitagen Einzelforderungen, die sich auf besonders dringliche Gegenwartsfragen konzentrierten, zu vertreten bezw. aufzustellen. Man muß den Interessenten der politischen Partei ein Parteiprogramm vorlegen können, das zusammenfasste, was man erstrebte und was man verwarf. Es ging nicht länger darum, den Gewerkschaften mit ihrem so gemischten Mitgliederbestande nicht vor den Kopf zu stoßen, man konnte sich frei zu einer eigenen Lehre bekennen. Ein Parteiprogramm tat not. Ein solches war bereits fertiggestellt und bedurfte nur noch der Annahme durch den Parteitag. Diese erfolgte auf dem Parteitag im Sommer 1918.[74]

„*Labour and the new social Order*", a report on reconstruction[75] „Die Arbeiterbewegung und die neue Gesellschaftsordnung, ein Beitrag zum Wiederaufbau", das ist der Titel des ersten Parteiprogramms der L. P. Es hat, wie im Bericht über den Parteitag im Juni 1918 S. 13, berichtet wird, „eine ungeheuere Aufmerksamkeit in der Presse gefunden, es wurde sofort in verschiedene Sprachen übersetzt",[76] besonders von der Front kamen von allen Seiten Nachfragen darnach.

Das Programm soll einen Einblick gewähren in das Wollen und Streben der L.P., d. h. es veranschaulicht dasselbe in offiziell festgelegter Form. Einleitend bringt es Gedanken zur Lage, die man als Schwelle zum Frieden, gern auch als Schwelle zu einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sehen möchte. Es folgen dann die schon weiter oben gezeichneten Auffassungen über „Labour"-Staat, Kultur und Wirtschaft.

[73]) Die Statuten finden sich im Anhang zu jedem Bericht über die Parteitage.

[74]) Das Programm ist schon vorher gedruckt worden und an die Oeffentlichkeit gelangt, wie aus dem Parteitagbericht Sommer 1918, S. 113 ersichtlich ist.

[75]) Die amerikanische Zeitschrift, The New Republik, brachte es im Anhang vollständig heraus, obwohl es 23 engbedruckte Quartseiten umfaßt.

[76]) Erschienen im Selbstverlag der L.P., nach Werth., Antlitz, vollständig vergriffen.

Die Konturen sind freilich nicht scharf gezeichnet, viel schmiegt sich um die Generallinien: Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit, was allen im Volke oder vielen im Volke gefallen kann. „Mehr Licht, aber auch mehr Wärme", so schließt es und die Menschen von 1918, hinter sich eine Weltkatastrophe, deren Ursache Kälte und Dunkel gewesen waren, sind gewillt an diese Verheißung zu glauben. Wenn man heute dieses Programm durchliest, das anfangs 1918 veröffentlicht worden ist, dann wundert man sich wohl etwas über das wenige Brauchbare, das man darin findet. Es dünkt einem im ersten Augenblick, als habe ein in humanitären Visionen lebender Schriftsteller mit Eifer die Gelegenheit zur Formulierung seiner Ansichten benützt. Man versteht Snowden, der den I. L. P.-mitgliedern auf dem Parteitag 1928 Utopien vorwirft, obwohl diese nur aus den Parteiprogramm entnommen sind.

Wie sehr die L. P. in der Tat gezwungen gewesen ist, mit dem Antritt ihrer Alternativstellung als Regierung von den Hauptlinien des Programms abzuweichen, werden die nachfolgenden Ausführungen zu zeigen haben. Selbst die im Programm als vordringlich bezeichneten Aufgaben, wie die Nationalisierung von Grund und Boden, der Eisenbahnen und Bergwerke, mußten immer wieder in die Zukunft verschoben werden. Es ist allerdings anzuerkennen, daß dieses erste Programm der L. P. in Bezug auf die programmatischen Forderungen durch die Stützung auf festumrissene (wenn auch nicht im kleinen ausgeführte) sozialistische Ideale solange nicht altern wird, als die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung weiterbesteht. Die Frage ist nur, ob diejenigen, die es als Leitstern für ihr Leben angenommen haben, sich nicht durch den Unterschied allzusehr werden enttäuscht fühlen, der zwischen der Theorie und den praktischen Gegebenheiten des Lebens klaffen wird. Die ständige Zunahme an Mitgliedern ließ zunächst diese Befürchtung nicht als zu bedeutsam erscheinen. Es gibt zwei Wege, die die L. P. zum Ziele führen können: den des gewaltsamen Umsturzes (im Programm verworfen) und den des langsamen Aufbaus, letzterer führt durch das Parlament. Als die Labour im Jahre 1922 zur offiziellen Opposition im Unterhaus wurde, da hat man im Lande das Programm von 1918 wieder etwas genauer unter die Lupe genommen, ist aber im allgemeinen zu der Einsicht gekommen, daß es kein Unglück bedeute, wenn die L. P. ihre Position im Parlament verstärke, denn sie werde je weniger an Gewalt denken, je mehr ihr der gesetzliche Weg offenstünde. „Denn dann werden ihre Führer

ihr Vertrauen in die konstitutionelle Methode setzen".[77] Eine unwiderlegbare, doch höchst originelle Art sich mit den Gegebenheiten abzufinden.

2. Die L. P. in den Jahren bis zu ihrer Berufung als offizielle Opposition

Die allgemeinen Wahlen waren 1918 sofort nach Zustandekommen des Waffenstillstandes ausgeschrieben worden: viele der Wähler weilten noch an den Fronten, im Inlande selbst war das Ende des Krieges ein solches Ereignis, daß wenig Interesse für die Wahlen aufzubringen gewesen war, nur 59 Prozent der Wahlberechtigten machten Gebrauch von ihrem Rechte.[78] Die L. P. hatte 361 Kandidaten aufgestellt, nur 57 konnten davon ins Unterhaus einziehen, wozu noch drei Kandidaten der I. L. P. und ein Kandidat der Co-operative Party kamen, sodaß die Labour-Fraktion im ganzen 61 Sitze innehatte. Zur Dankadresse auf die Thronrede brachte die L. P. einen Aenderungsantrag ein ,daß bedauerlicherweise keine Vorschläge darin enthalten seien, wie die gegenwärtigen Ursachen der industriellen Unruhen behoben werden können, und keine Erwähnung getan wurde, bezüglich Löhne, Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, damit ein höherer Lebensstandard der Arbeiterschaft und die soziale Wohlfahrt des ganzen Volkes gesichert werde". Der Antrag wurde natürabgelehnt.

Die Partei brachte in der folgenden Session selbst mehrere Gesetzesvorschläge ein, so ein Gesetz zur Vorbeugung gegen die Arbeitslosigkeit, ein Gesetz für die Gleichstellung der Frauen im Wahlrecht, ein Gesetz über die Ausdehnung der Befugnisse der lokalen Behörden. Bei der zahlenmäßigen Schwäche der Fraktion konnten die Entwürfe auf wenig Glück rechnen, da die starke Regierungsgruppe (535 Mitglieder der Coalition) natürlich wenig Neigung hatte, L. Vorschlägen durchzuhelfen. Faßt alle Gesetzesentwürfe einschließlich eines solchen über ein großzügiges Bauprogramm wurden in den folgenden Sitzungsperioden immer wieder eingebracht, wenn auch mit keinem besseren Erfolg.

[77]) The Fortnightly Review, vol. 112, S. 986. Eine Art Kommentar zu dem Parteiprogramm, in klarer deutlicher Fassung, stellt Snowdens kleines Werk „Labour and the new world, Ldn. 1921, dar.

[78]) Report of the Annual Conference 1919, S. 28. Es waren gesamt 21370316 Personen stimmberechtigt, davon haben nur 10808003 gewählt; 2244945 haben davon für Labour gestimmt. Ebda. S. 30.

In der Session 1919/20 brachte die Partei einen Antrag ein, der auf die Notwendigkeit hinwies, den Friedensvertrag mit Deutschland einer Revision zu unterziehen, damit Deutschland so, zum Nutzen von Europa, Gelegenheit gegeben werde, zu einer wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung zukommen. Auch würde auf diese Weise ein Geist der Versöhnung geweckt werden, durch den die Bande des Friedens gefestigt würden und eine Atmosphäre entstehen könnte, durch die der Völkerbund zu einer machtvollen Wirklichkeit gelangen würde.[79] Auch dieser Antrag blieb unbeachtet, trotzdem nahm die Partei auf ihrem Parteitag im gleichen Jahre eine Resolution an, worin die Friedensverträge nicht als aufbauend,sondern als zerstörend bezeichnet werden und eine sofortige Revision derselben unter Zugrundelegung der Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand geschlossen worden ist, gefordert wird. Bald zeigte sich auch für England wie richtig die Auffassung der L.P.über die verherrende Wirkung der Friedensverträge war. Im März 1920 brach ein nationaler Bergarbeiterstrei kaus, dem eine ganze Welle längerer und kürzerer Arbeitseinstellungen folgte.[80] Der nach dem Kriege eingesetzte Wirtschaftsaufschwung nahm rasch wieder ab, ab Ende 1920 zeigten die Arbeitslosenziffern einen raschen Anstieg (die Arbeitslosen der Gewerkschaften betrugen beispielsweise 1919 und 1920 je 2,4 Proz., 1921 aber 15,3 Proz.).[81]

Am erbittersten war der Kampf, der die Kohlenindustrie umtobte. Der Bericht einer 1919 eingesetzten Kommission (Sankeykommission) schlug die Ueberführung der Bergwerke in den öffentlichen Besitz vor, die Bergwerkbesitzer sträubten sich dagegen, die Regierung hatte keine Lust einzugreifen. Es wurde vielmehr 1920 ein Gesetz zur militärischen Niederhaltung von Streiks angenommen. Mit dem Abflauen der wirtschaftlichen Besserung mußten sich die Bergarbeiter nicht nur den Verlust der verkürzten Arbeitszeit sondern auch beträchtliche Lohnsenkungen gefallen lassen. Ein geplanter gemeinsamer Feldzug gegen eine Aussperrung, die die Bergwerksbesitzer über die Arbeiterschaft im Frühjahr 1921 verhängt hatten, mißlang, der sogenannte schwarze Freitag (15.4.21) an dem der Arbeiterdreibund (Berg-, Transportarbeiter und Eisenbahner) von dem Plan eines gemeinsamen Gegenzuges abgingen, wurde für die englische Arbeiterbewegung von verhäng-

[79]) Report of the Annual Conference 1920, S.50.

[80]) Book of the Labour Party, 1.Bd. S.242.

[81]) Beer, Das England der Gegenwart, S.40.

nisvoller Bedeutung. Während die Gewerkschaften 1920 8,5 Millionen Mitglieder hatten, waren es 1921 nur noch 6,5 Millionen und 1922 fiel die Mitgliedschaft weiter auf 5,5 Millionen, um 1923 schließlich nur noch 5 Millionen auszumachen. Es ist klar, daß dieser starke Rückgang an Mitgliedern bei den Gewerkschaften nicht ohne weitgehende Wirkung für die L.P. war, besonders auch in finanzieller Hinsicht, was für den ohnehin schwachen Parteifonds in anbetracht der nahenden allgemeinen Wahlen, keine Kleinigkeit war.[82] Die Arbeiterabgeordneten taten ihr Möglichstes um den Arbeitern zu helfen, hatten jedoch wenig Erfolg dabei.

Im November 1922 wurden neue Wahlen ausgeschrieben, die konservative-liberale Koalition hatte ein Ende gefunden. Die L. P. erhielt bei den Wahlen 4.236.733 Stimmen und zog 142 Mann stark ins Unterhaus ein. Als zweitstärkste Partei kam ihr die Führung der Opposition zu. Freilich, infolge einer überwältigenden Mehrheit, über die die Konservative Partei verfüge, konnte sich die L. P. keinen Hoffnungen auf große Erfolge hingeben. Die erste Sitzungsperiode dauerte nur drei Wochen. Die L. P. benützte diese Zeit um ihre Ansicht bezüglich der Neuorganisierung der Kohlenindustrie zum Ausdruck zu bringen, außerdem nahm sie Gelegenheit den außenpolitischen Kurs, den die Regierung eingeschlagen hatte, schwer zu kritisieren.[83] Das Hauptproblem, das seine Schatten über die nächste Sitzungsperiode warf, gehörte ebenfalls der Außenpolitik an, es betraf die französische Ruhrinvasion. Es spricht außerordentlich für das feine Gefühl, das die L. P. stets bei aller nationalen Einstellung für wichtige Vorgänge in der außenpolitischen Sphäre hatte, daß die L. Fraktion unermüdlich für eine Beilegung des Ruhrkonfliktes mit aller Bestimmtheit eingetreten ist. Bereits am 26. Februar 1923 brachte sie einen Antrag im Unterhaus ein, daß an das französische und belgische Parlament eine Einladung ergehen soll, damit eine Untersuchungskommission eingesetzt werde, die zusammen mit einer englischen Kommission sofort das Problem der Sicherheit und der Reparationen unter dem Gesichtspunkt des Ruhreinfalls untersuchen soll. Die Regierung verhielt sich aber ablehnend. Es wurde deshalb eine Konferenz der Arbeiter- und sozialistischen Parteien Frankreichs, Belgiens und Italiens einberufen (die am 20. März 1923 in Paris stattfand). Auf dieser Tagung

[82]) Vergl. hierzu Beer, Das England der Gegenwart, S. 76/77 und Cole, Organised Labour, S. 9 u. 46.

[83]) Book of the L.P., 1. Bd., S. 248.

wurden die politischen Forderungen, die das Problem des europäischen Friedens durch Landaneignung oder Schaffung von Pufferstaaten aufs neue gefährden, verworfen. Eine Abordnung der Konferenz wurde bestimmt um mit der S.P.D. in Unterhandlungen zu treten. Nachdem dies geschehen war, wurde die Beratung in Paris fortgesetzt. Am 28. März machte die L. Fraktion im Unterhaus erneut eine Anfrage über die Stellung der Regierung in diesem Problem und drängte zur Darlegung derselben. Die Britische Regierung entschließt sich daraufhin endlich zu einer Note, die die Hoffnung ausspricht, daß Deutschland solche Vorschläge unterbreiten wird, (Frankreich und Belgien hatten inzwischen bereits ablehnend auf deutsche Vorschläge geantwortet) die annehmbar sind. Die L. P. hatte noch vor der Regierungsnote eine eigene Resolution veröffentlicht, worin zum Ausdruck gebracht war, daß die deutsche Souveränität über Land und Volk unangetastet bleiben müsse, daß die ganzen deutschen Zahlungsverpflichtungen sofort eindeutig festgesetzt werden müssen und daß man Deutschland den Zutritt zum Völkerbund gestatten solle. Außerdem vertrat die Partei die Ansicht, daß die britischen Besatzungstruppen zurückzurufen seien. Die L. P. schickte selbst eine Kommission nach dem Ruhrgebiet, damit diese auf Grund eigener Anschauung berichten könne.[84]

Am 20. März brachte die Fraktion einen Antrag im Unterhaus ein gegen das kapitalistische System, „das versagt habe, die nationalen Hilfsquellen und produktiven Kräfte angemessen zu benützen und zu organisieren und für den notwendigen Lebensstandard einer großen Zahl von Volksgenossen zu sorgen. Weil (die Partei) glaubt, daß dies seine Ursache besonders im Privateigentum und der privaten Kontrolle über die Produktionsmittel und die Verteilung habe, möge das Haus erklären, daß die gesetzgebende Gewalt ihre Aufmerksamkeit auf die graduelle Ersetzung des kapitalistischen Systems durch eine industrielle und soziale Ordnung richten wird, die sich auf das öffentliche Eigentum und die demokratische Kontrolle der Produktion und Verteilung stützen". Der Antrag löste eine interessante Debatte aus. Ein gleicher Antrag wurde im Sommer nochmals wiederholt. Wenn diesen Anträgen auch weiter keine Bedeutung zugesprochen werden kann, so müssen sie doch als Tatsache beachtet werden dafür, daß die L. P. ihren

[84]) New Statesman vol. 21, S. 33 spricht sehr anerkennend über den Bericht der Kommission.

Sozialismus nicht nur in Agitationsreden zu vertreten wagte, sondern auch im Parlament.[85]

Im übrigen war die Partei eifrig daran, die parlamentarische Gesetzesarbeit den Interessen der Arbeiterschaft nach Möglichkeit anzupassen, so daß in der Presse die Meinung vertreten wurde, daß „das Kabinett nun bedenklich nahe daran sei, die Zügel der Regierung der Opposition überhaupt zu überlassen".[86] (Die Sympathie für Baldwin hatte im Lande überdies stark abgenommen, weil die Regierung im Hinblick auf die französische Ruhrbesetzung keine eigene Politik zu haben schien oder nur eine so schwache, daß die Franzosen sie einfach ignorierten.)[86a]

3. Von der Opposition zur Regierung

Ueberraschend wurden im Herbst 1923 allgemeine Wahlen ausgeschrieben, die Konservative Partei wollte von der Wählerschaft des Landes die Ermächtigung zu einem System von Schutzzöllen erhalten, das zur Linderung der Arbeitslosigkeit dienen sollte. Die Antwort, die die Konservativen durch die Wahl erhielten, war aber negativ. Die Labour Party gewann 4.348,349 Stimmen und 191 Sitze im Unterhause; die Konservativen hatten 258 Sitze, die Liberalen 158 Sitze erlangt, es war deshalb für ein Zollprogramm (dem die Liberalen niemals zugestimmt hätten), keine absolute Mehrheit vorhanden, die Konservativen konnten, nachdem der Appell an das Volk nicht in ihrem Sinne beantwortet worden war, auf eine Weiterführung der Regierung nicht mehr rechnen: Die L. P. stand an zweiter Stelle an Abgeordneten, sie brachte deshalb zur Dankadresse für die Thronrede nachstehenden Aenderungsantrag ein: „Es ist aber unsere Pflicht, Ew. Majestät respektvoll darauf aufmerksam zu machen, daß die augenblicklichen Berater Ew. Majestät, nicht das Vertrauen dieses Hauses haben." Damit waren die Würfel gefallen. Die L. P. hatte den Schritt gewagt, der sie unmittelbar zur Regierung führen mußte, denn die liberale Stützung war gewiß. Der Antrag der L. P. wurde nach einer dreitägigen Debatte mit 72 Stimmen Mehrheit (328 Abgeordnete hatte dafür, 256 dagegen gestimmt) angenommen. Baldwin erklärte am 22. Januar 1924 den Rücktritt des konservativen Kabinetts und das Parlament wurde auf den 12. Februar vertagt.

[85]) Report of the annual conferenze 1923, 113

[86]) New Statesman vol. 21, S. 34;

[86a]) Round Table, vol. 14, S. 114.

Nun war die Entscheidung darüber gefallen, was alle politisch interessierten Gemüter in England seit den Wahlenbewegt hatte: wird die L. P. es wagen? Man wußte es, daß, wenn die L. P. die Frage an das Parlament richten würde, Labour oder Konservative?, für diesmal die Antwort zu Gunsten von Labour erfolgen würde. Die Konservativen hatten die Wahlen um der Zollfrage willen heraufbeschworen, es konnte deshalb kein Zweifel bestehen, daß die Liberalen lieber einer Labour-Regierung ihre Stützung geben würden, als einer konservativen. Außerdem „die Programmdifferenzen zwischen Labour und den Liberalen sind nicht der Rede wert. Viele Liberale stehen der Nationalisierung von Eisenbahnen und Bergwerksrechten sympathisch gegenüber".[87] Mac Donald hatte bei einer Siegesfeier nach der Wahl ohnehin keine Zweifel belassen darüber, „daß er die gebotene Opportunität so weise nützen werde, wie man dies nur von einem erfahrenen Politiker erwarten könne....[88] Der Schwierigkeiten, die eine Minderheitsregierung erwarten, war Mac Donald sich wohl bewußt, er hatte das bereits in der Begründung zu dem verhängnisvollen Aenderungsantrag zum Ausdruck gebracht mit den Worten, „so wie die Dinge liegen, kann keine Partei die Verantwortung für die englische Nation übernehmen, ohne das Gefühl, daß sie es besser unterlassen würde. Der Zustand in Europa, die Lage im Innern sind so schlecht, daß nur pures Unverständnis dazu verlocken könnte, dafür die Verantwortung zu übernehmen, dennoch muß jemand für die Nation die Regierung weiterführen."[89]

Der König beauftragte Mac Donald mit der Bildung eines neuen Kabinetts, dieses war in wenigen Stunden zusammengestellt. Ueber die Qualität des ersten Arbeiterkabinetts urteilte New Statesman (vol. 22, S. 592) nach einigen Monaten Erprobung im Parlament „ob einzeln oder gesamt betrachtet, Mac Donalds Regierung ist die fähigste, die wir seit zehn Jahren gehabt haben. Ja, man kann sagen, vor vierzig oder fünfzig Jahre, wenn man von dem bedeutenden Kabinett von 1908—1915 absieht."

[87]) vergl. New Statesman, vol. 22, S. 385; Asquith, der Führer der Liberalen, hatte im Unterhaus gelegentlich des Labour Mißtrauensantrags sofort alle Zweifel über die Haltung seiner Partei zerstieben lassen, indem er sagte „ich sage es sofort, daß ich gesinnt bin für den Aenderungsantrag zu stimmen und ich gebe auch meinen Freunden den Rat dies zu tun. Der Aenderungsantrag ist ein klarer, deutlicher und unwiderlegbarer Mißtrauensantrag gegen die gegenwärtige Regierung. (Pal. Debates, vol. 169, col. 201)

[88]) New Statesman, voll. 22, S. 385;

[89]) Parliamentary Debates. vol. 169, col. 99

Man hätte sich immerhin fragen können, gab es denn zwischen einer Labour-Regierung in einer so großen Minderheit und einer Konservativen nicht auch einen anderen Ausweg? Wenn die L. P. sich mit den Liberalen für eine Koalition geeinigt hätte, so hätte däs (191 Labour und 157 Liberale) immerhin eine für alle wichtigen Fälle genügende Mehrheit ergeben. Doch die L. P. hatte sich von jeher gegen eine Koalition ausgesprochen und war auch nun eher bereit die Unsicherheit einer schwachen Regierung zu riskieren, als mit einer andern Partei eine Bindung einzugehen. „Es ist entschieden besser für das politische Leben in unserm Lande und auch für den Respekt, den wir von unsern Kollegen, die anderer Meinung sind als wir, zu gewinnen hoffen, daß wir unsere Ansicht als eine unabhängige politische Partei zum Ausdruck bringen, daß wir diese Ansichten vor dem Unterhaus vertreten und es dann die Verantwortung übernehmen lassen dadurch, daß es zustimmt oder sich dagegen erklärt oder Aenderungen vorschlägt", so Mac Donald im Unterhause.[90]

4. Die erste Arbeiterregierung in Großbritannien

Wir haben die Regierung nicht übernommen, um bald möglichst wieder gestürzt zu werden, sondern um zu arbeiten", so entgegnete Mac Donald einmal den häufigen Obstruktionsversuchen der Konservativen. [91] Freilich war die Regierung gezwungen immer Rücksicht auf ihre Position als Minderheit zu nehmen, doch Mac Donald hatte sehr bald nach der Regierungsübernahme erklärt, daß er in „einer geringfügigen Sache" nicht an eine Demission denken werde. Eine solche könne nur dann in Frage kommen, wenn es sich für die Regierung um eine Niederlage in einer prinzipiellen Frage oder um einen Mißtrauensantrag durch einen der Führer der beiden andern Parteien handeln würde.[92]

A. Regierungsarbeit

Auswärtiges

Die L. P. hatte nun Gelegenheit nicht bloß zu betonen, was sie wollte, sondern zu zeigen, was sie konnte. Der Ausblick war nicht gerade günstig. Bei der großen Abhängigkeit vom guten Willen zumindest der Liberalen, war vorauszusehen gewe-

[90]) Parlamentary Debates, vol. 169, col. 773

[91]) Hessel Tiltman, Labour's man o. d., S. 309 (Zitat)

[92]) Labour Magazine, vol. II, Nr. 11, S. 514

sen, daß die Labour-Regierung die besten Erfolge in der Außenpolitik erzielen werde, denn, wenn auch oft uneinig über das, was im eigenen Lande geschehen soll, lassen sich die Meinungen leichter auf eine Linie bringen, wenn es sich um außenpolitische Angelegenheiten handelt.[93] Die Lage war schwierig genug und forderte ein rasches Eingreifen: Das Ruhrgebiet war immer noch besetzt, das Verhältnis zu Rußland ungeklärt, der englische Außenhandel lag darnieder.

Der Weg zum Dawesplan. Mac Donald griff die vor ihm liegenden Probleme da an, wo sie ihm am dringlichsten erschienen. Bereits am 25. Februar 1924 setzte er sich mit der französischen Regierung wegen der Beilegung des Ruhrkonfliktes in Verbindung.[94] Es blieb vorderhand bei einem tastenden Fühlen, bis die Wahlen in Frankreich im Frühjahr auch dort eine Schwänkung nach links offenbar machten. Der Dawesplan wurde Wirklichkeit. Die Ruhrbesetzung sollte, so wurde zwischen der britischen und französischen Regierung vereinbart, da den Bestimmungen des Vertrages von Versailles zuwiderlaufend, sofort aufgehoben werden.[95] Die übrigen Besatzungstruppen aber müßten nach Annahme des Dawesplanes ebenfalls zurückgezogen werden. Besonders bestanden die englischen Mitglieder des Daweskommitees darauf, daß die deutsche Regierung volle Souveränität auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete über das ganze Reich, also auch die besetzten Gebiete haben müsse.[96] Man mag den Dawesplan beurteilen wie man will, auf jeden Fall ist sein hauptsächlich unter britischer Initiative stehendes Zustandekommen ein Beweis für den Willen der Labourregierung, den verhängnisvollen Ruhreinbruch rückgängig zu machen und Deutschland innerhalb der Nachkriegsbelastungen überhaupt eine Lebensmöglichkeit zu belassen, und einer weiteren Zerklüftung des Friedenswillens in Europa vorzubeugen.[97]

[93]) Round Table, vol. 14, S. 444

[94]) Wie England die Lage auf den Kontinent beurteilte, zeigt nachstehendes Zitat: „Das Volk dieses Landes sieht mit Beängstigung, daß Frankreich im Ernst vorzuhaben scheint, Deutschland zugrundezurichten und den Kontinent zu beherrschen ohne auf unsere berechtigten Interessen und die künftigen Folgen für die Lage Europas Rücksicht zu nehmen". (Hessel Tiltman. Labour man of destinv. S. 174)

[95]) vergl. Labourmagazine, vol. II, Nr. 8, S. 347 ff. und vol. III, Nr. 1, S. 20

[96]) vergl. Round Table, vol. XIV, S. 452

[97]) vergl. Daily News vom 18. 8. 24, wo in hohen Tönen der außenpolitische Erfolg gepriesen wird.

Die Beziehungen zu Rußland. — Ein anderes schwieriges außenpolitisches Problem bedeutete für die Labourregierung der Versuch mit Rußland auf eine Verhandlungsbasis zu kommen. Nach Austausch von gegenseitigen Vertretern folgte alsbald der Beginn der Verhandlungen, ein Handelsabkommen zwischen Großbritannien und Rußland zu erzielen sowie die Liquidierung der britischen Vorkriegsguthaben in Rußland zu erreichen. Rußland setzte dem die Bedingung einer staatlichen Garantieübernahme für eine in Großbritannien aufzulegende russische Anleihe entgegen. Es handelte sich also ausschließlich um die Lösung wirtschaftlicher Fragen zwischen den beiden Staaten.[98] Die Verhandlungen gingen nur stockend voran, besonders mißhagte Rußland die von Seiten Großbritanniens gestellte Forderung, jede kommunistische Propaganda in Großbritannien fernerhin zu unterlassen. Schließlich kam es im Sommer 1924 wirklich zur Vertragsunterzeichnung, im Herbste sollte die Ratifizierung durch das Parlament erfolgen. Aber an dem Rußlandvertrag ging die erste Labourregierung zugrunde.[99]

Als drittes außenpolitisches Problem stand bereits zur Zeit der ersten Arbeiterregierung in England die Frage einer Abrüstungsangleichung im Vordergrund. Zunächst wurden im eigenen Etat Abstriche an den Rüstungsausgaben gemacht, der bereits von der Vorregierung weit geförderte Plan eines Flottenstützpunktes in Singapore wurde fallen gelassen.[100] Leider war es der Labourregierung aber nicht möglich in der kurzen Zeit, die ihr zugemessen gewesen ist, auch nach außen ihren so oft im Unterhaus und im Völkerbund betonten Willen nach Völkerversöhnung und -verständigung konkreten Ausdruck zu geben. Zu leugnen ist jedenfalls nicht, daß der Gedanke der Friedensförderung bei der ersten britischen Arbeiterregierung unentwegte Verfechter gefunden hat.[101]

Innere Politik

In der inneren Politik hängen die Erfolge einer Regierung gewöhnlich weniger vom persönlichen Geschick der Kabinetts-

[98]) vergl. Parl. Dev. vol. 169, col. 872 und Round Table, vol. XIV, S. 445 und 685 wo angebliche politische Hintergründe verneint werden.

[99]) Im September war Mac Donald noch im Völkerbund wärmestens für die Zulassung Rußlands eingetreten, denn der Völkerbund „dürfe nicht länger ein Siegeskollegium bleiben, dessen Veranstaltungen beizuwohnen anderen Staaten gestattet sei", New Statesman, vol. 23, S. 909

[100]) Japan begrüßte diesen Entschluß der L.-Regierung besonders warm, vergl. Newe Statesman, vol. 24, S. 345

[101]) Joseph Clayton, The Rise and Decline of Socialism. in Great Britain Ldn. 1926, S. 226 ff.

mitglieder ab, denn in der inneren Politik spielen soviele andere Faktoren eine entscheidende Rolle, durch die das beste Können lahmgesetzt werden kann. Es muß hier vor allem die Regierung ein williges Parlament haben, da das Hereinspielen von Parteivorteilen und Parteiprestigefragen nur hindernd im Wege steht.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. — Ein schweres Gewölk verdunkelte bei Antritt der Regierung durch die L. P. schon seit einigen Jahren den Himmel der inneren Politik Großbritanniens: die Arbeitslosigkeit. Die L. P. hatte als Oppositionspartei gerade auf diesem Gebiet die Tätigkeit früherer Regierungen getadelt und kritisiert, wird sie es nun besser machen als ihre Vorgänger in der Regierung? Ein Blick auf die Statistik der Arbeitslosigkeit müßte diese Frage negativ beantworten. Die Arbeitslosigkeit fiel zwar in der ersten Hälfte des Jahres 1924, so daß es schien als ginge dies über das saisonmäßige Fallen hinaus, stieg aber in der zweiten Hälfte umso stärker wieder an.[102] Zweierlei erforderte das Problem von der Regierung: 1. die Fürsorge für die Betroffenen und 2. die Bekämpfung der Erscheinung an sich.

Bald nach dem Regierungsantritt brachte das Kabinett ein Gesetz ein, durch das dem drohenden Mangel an Unterstützungsmittel zunächst abgeholfen wurde. Das Gesetz stellte so deutlich eine Maßnahme dar, die auf das Erbe der alten Regierung zurückging, daß es ohne Schwierigkeiten in zwei Tagen verabschiedet werden konnte. Es folgten bald weitere Gesetze, die eine Verbesserung in der Fürsorge zum Ziel hatten. Durch ein Gesetz, das am 24. Mai 1924 die zweite Lesung erhielt, wurde die Versicherungsbasis verbreitert[103] und eine geringe Erhöhung der Unterstützungssätze vorgenommen, die Unterstützungsdauer wurde außerdem auf 41 Wochen verlängert. Daneben enthielt es als wichtigste Aenderung die Abschaffung des sogenannten „unconvenanted Benefit" (Unterstützung ohne eigentlichen Rechtsanspruch). Diese Klausel hatte bisher eine wirkliche Härte bedeutet und ihre Abschaffung wurde als Akt der Gerechtigkeit in weiten Kreisen gewürdigt. Der Arbeitsminister hatte den Grundsatz der Gerechtigkeit bei der Einbringung des Gesetzes nicht nur betont,[104] sondern versuchte ihn

[102]) Ehmer, Dissertation phil. Bln. 1926, S. 28

[103]) Ausdehnung nach unten auf Jugendliche zwischen 14—16

[104]) „Das Gesetz soll aus dér Arbeitslosenversichernng durchaus keine Pension machen, aber auch kein Schema für systematische Verarmung; jedem Versicherten stehen die gleichen Rechte zu, jedem soll Gerechtigkeit widerfahren." Parl. Deb. vol. 178, col. 295

zu verwirklichen. Die Wirkungen des Gesetzes wurden im Oberhaus noch etwas beschränkt, aber es zeigt trotzdem den besten Willen der Arbeiterregierung, den Opfern der Arbeitslosigkeit wenigstens ein Daseinsminimum zu sichern; infolge seiner zahlenmäßigen Schwäche, auf die das Kabinett im Parlament sich stützen konnte, war es unmöglich augenblicklich weiterzugehen. „Wir haben das auf unsere Verantwortung genommen: Millionen britischer Arbeiter ziehen es vor zu hungern, ehe sie sich an die Armenpflege wenden. Schuldlos sind sie ohne Arbeit und Verdienst und haben keine andere Wahl als sich an den Armenpfleger zu wenden oder zu verhungern, das haben wir geändert", so der Arbeitsminister im Unterhaus[105]

Man muß sich einigermaßen wundern, daß die L. Regierung nicht schon damals ein großzügiges Programm von Notstandsarbeiten aufgestellt und dem Parlament zugeleitet hat. Da solche Notstandsarbeiten in England seit dem Niedergange des kurzen Wirtschaftsaufschwunges nach dem Kriege (Frühjahr 1920) als Milderung gegen die Arbeitslosigkeit angewandt worden sind, kann man nur annehmen, daß die Kürze der Regierungszeit und die Machtbeschränkung, unter der sie bestand, hindernd gewesen sind. Es wurden natürlich auch unter der Arbeiterregierung Notstandsarbeiten finanziert und ausgeführt, aber es handelt sich dabei nicht um ein eigenes Programm der L. Regierung, ein solches war allerdings für den Herbst und Winter durch den Ausbau der Kraftversorgung über das ganze Land hin vorgesehen, wie der Schatzkanzler im Unterhaus bekanntgab.[106]

Durch ein Mieterschutzgesetz hatte die Regierung versucht, die Ausquartierung von Arbeitslosen bei Rückstand mit den Mietezahlungen vor der Anrufung der öffentlichen Autorität unmöglich zu machen, doch fand das Gesetz die Zustimmung des Parlaments nicht.[107]

Eine Gesundung der Wirtschaft und damit eine wirksame Verminderung der Arbeitslosigkeit glaubte die Regierung nur dadurch erreichen zu können, daß sie die Handelsbeziehungen nach dem Kontinent und nach Uebersee auf einen Normal-Zustand zu heben suchte. Die L. Regierung nahm deshalb bald nach Regierungsantritt die Erhöhung der Garantiesumme des

[105]) Parl. Deb. vol. 170, col. 1992 u. 1993

[106]) Report of the annual conference 1924, S. 102

[107]) Parl. Deb. vol. 172, col. 106

Handelserleichterungsgesetzes[108] vor. Durch die Wiederherstellung von freundschaftlichen Beziehungen mit Frankreich und Italien (auch mit Italien war während der letzten konservativen Regierung eine Verstimmung wegen des südostafrikanischen Besitzes eingetreten), durch die Ermöglichung eines normalen Wirtschaftsganges in Deutschland und durch den Handelsvertrag mit Rußland sollten die Grundlagen für gute Handelsbeziehungen geschaffen werden. Man hat diese Bemühungen im Lande auch anerkannt.[109] Schließlich sollte auch das Wohnungsbauprogramm der L. Regierung, das von allen Seiten als das beste Werk der L. Regierung gepriesen wird, durch die Belebung des inländischen Marktes zur Minderung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Freilich, eine Partei, die ein neues Wirtschaftssystem auf ihre Fahne geschrieben hat, wird niemals befriedigt sein können von dem, das ihr als Minderheitsregierung in dem alten System zu bessern möglich war. Aber der größte Teil der L.-Mitglieder war fest überzeugt vom richtigen Wege, den die Regierung genommen habe, so daß die unzufriedenen Stimmen aus dem eigenen Lager leicht überstimmt wurden, ja überhaupt nicht zur Geltung kommen konnten.

Das Wohnungsbaugesetz. Dieses Gesetz wird gewöhnlich nach dem Gesundheitsminister im ersten L. Kabinett Weatley Act genannt. Die L. P. war durch Wahlversprechen gebunden für gesunde und erschwingliche Wohnungen Sorge zu tragen und man war einigermaßen verwundert,[110] daß einige Monate verstrichen, ohne daß etwas in dieser Angelegenheit durch die Gesetzgebung geschehen war. Der zuständige Gesundheitsminister war jedoch in dieser Zeit keineswegs untätig gewesen. Er hatte Besprechungen mit der Bauindustrie und den Baugewerkschaften abgehalten um sich zu vergewissern, daß die nötigen Arbeitskräfte und das notwendige Baumaterial beschafft werden konnte. Das Bauprogramm der L. P. sollte nicht in

[108]) Trade Facilites Act

[109]) New Statesman vol. 23, S. 212 meint gelegentlich des Mißtrauensantrages der Konservativen wegen Versagens der Regierung in der Minderung der Arbeitslosigkeit „es liegt eine Ironie in der Tatsache, daß die Konservativen zu ihrem ersten Massenangriff den Grund als Tatsache genommen haben, über den sie selbst so oft gestolpert sind."

[110]) die Opposition erkundigte sich, nicht ohne Ironie, Ende März nach dem Programm. Der Minister stellt das Erscheinen desselben für bald in Aussicht und beruhigt zugleich die Gemüter durch den Hinweis, daß es zu seinem Bedauern kein sozialistisches Programm sei. Parl. Deb. vol. 171,, col. 158 – 1469)

der Luft schweben, der Minister wollte ihm eine solide Basis mitgeben auf dem Weg durchs Parlament. Im April wurde das Baugesetz dem Unterhaus vorgelegt. Es sieht die Errichtung von 2,5 Millionen Häuser vor, die in einer Periode von 15 Jahren errichtet werden sollen. Jedes Haus erhält 40 Jahre hindurch einen Staatszuschuß von jährlich 9 Pfund (in ländlichen Distrikten 12—10). Die Häuser dürfen nicht verkauft, sondern müssen für Miete zur Verfügung stehen. Die Ausführung des Programms hängt natürlich im wesentlichen von den lokalen Behörden ab, die selbst einen Zuschuß für die gleiche Dauer in Höhe von 4—10 s. zu leisten haben.[111] Das Gesetz wurde mit wenigen Aenderungen sowohl von der Konservativen als auch den Liberalen angenommen; im Herbste sollte ihm noch eine Ergänzung folgen, durch die eine Ausbeutung des Publikums von Unternehmerseite auf Kosten der Regierung unterbunden werden sollte, doch hat das Ende der L. Regierung dies verhindert.

In der Arbeiterbewegung sah man die Verabschiedung des Gesetzes mit großer Genugtuung. Labourmagazine (vol.III, Nr.5, S. 216) schreibt: „Dieses Gesetz ist der erste Versuch den Bau von Wohnungen zu sichern, die zu solchen Preisen abgegeben werden können, daß die arbeitende Bevölkerung sie auch bezahlen kann." An anderer Stelle (Nr.7, S. 291) wird, im Rückblick auf das von der ersten L. Regierung Geleistete dieses Gesetz als ein Markstein in der Sozialpolitik Englands bezeichnet.

Andere Gesetze. Ein anderes bedeutsames Gesetz, das die L. Regierung glücklich durch das Parlament brachte, betraf die landwirtschaftlichen Minimallöhne. Zwar hat es durch die konservativen und liberalen Aenderungsanträge viel eingebüßt, darunter besonders die wichtige Maßnahme, daß die Entscheidungen der lokalen Lohnämter durch ein zentrales Lohnamt revidiert werden können. Soweit seine Befugnisse reichen, hat sich das Gesetz gut bewährt.

So hatte die L. Regierung trotz des langsamen und schwerfälligen Ganges der Gesetzgebungsmaschine doch einige große Gesetzeswerke durchgebracht. Allgemeines Interesse wendete sich besonders auch ihrer Finanzpolitik zu. Das Labour-Budget enttäuschte sowohl die eigenen Anhänger als auch die Gegner, die ersteren fanden es zu wenig sozialistisch, die andern zu weit-

[111]) vergl. A. Greenwood, the Labour Outlook, S. 66 ff. und Report of the annua conference 1924, S. 100

gehend.[112] Zustimmend nahm man im Volke die Zollermäßigungen auf Kaffe, Tee, Zucker, Kakao auf, denn das war ein kleiner Schritt zu dem von Snowden, dem Finanzsachverständigen der Partei seit langem in Aussicht gestellten „zollfreien Frühstückstisch". Im übrigen weist das Budget nur einige kleinere steuerliche Maßnahmen auf (Hinaufsetzung der Grenze des steuerfreien Einkommens, Erlaß der Gesellschaftsgewinnsteuer, wovon man Belebung des Handels erwartete und ähnliches)

Die allgemeine Vermögensabgabe. — Was man von einer Labourregierung besonders erwartet oder befürchtet hatte, war die Durchführung einer allgemeinen Vermögensabgabe. Schon während des Krieges war der Gedanke daran aufgetaucht und hatte auch in liberalen Kreisen Stützung gefunden. Seit 1918 war sie zum eisernen Bestand der L. Forderungen geworden. Auf den meisten Parteitagen kam die Rede darauf und warf auf das Zukunftsbild einen vergoldenden Strahl, denn durch diese Vermögensabgabe sollte ein beträchtlicher Teil der nationalen Schulden getilgt werden, was eine große Entlastung für die Steuerzahler des Landes bedeuten mußte. Die englische Nationalschuld ist groß, ein ungeheuerer Zinsendienst lastet auf den Staatsfinanzen. Ist es da nicht ein schöner Gedanke, daß diese Last durch eine einmalige Erhebung einer bestimmten Summe von allen größeren Vermögen (über 500 Pfund) gemindert werden soll.[113] Diejenigen, die von der Abgabe betroffen werden, leisten dabei überdies eine Art Vorauszahlung denn sie haben geminderte Steuern in den nachfolgenden Jahren zu zahlen. Der Grundsatz der Gerechtigkeit wird also nicht verletzt, die ärmeren Schichten aber haben den Vorteil, daß auch jene Steuern, durch die sie betroffen werden (in England sind die indirekten Steuern sehr hoch), eine Ermäßigung erfahren können.[113] Die Konservativen hatten das Land in der Wahlpropaganda genügend vor diesem eventuellen Schachzug einer L. Regierung gegen die Privatvermögen gewarnt. Aber die L.-regierung war noch nicht lange am Ruder, als Mac Donald

[112]) vergl. New Statsmen. vol. 23, S. 81 über die Wirkungen des Budgets auf die Liberalen „die Beziehungen zwischen beiden Parteien bewegen sich fortan zwischen Geplänkel und Flirt"; Parl. Dep. vol. 174, col. 247: Chamberlain im Unterhaus „ein sozialistischer Schatzkanzler bedeutet nicht notwendig ein sozialistisches Budget".

[113]) im Parteigrogramm von 1918 wird auf S. 20 die Forderung nach einer allgemeinen Vermögensangabe erhoben. Snowden sagte 1922 in einem Artikel „Wie wohl das Budget eines L. Schatzkanzlers aussehen würde" (Lab. Mag. vol. I, Nr. 1, S. 27) „. . . der Arbeiterschatzkanzler würde eine drastische Reduktion der Staatsschulden durch eine Vermögensabgabe vorschlagen . ."

den Schrecken bannte durch den Hinweis, daß „die Durchführung einer allgemeinen Vermögensabgabe sich in der gleichen Lage befindet, wie das Schutzzollprogramm der Konservativen. In der gegenwärtigen Zusammensetzung des Parlaments ist sie ebenso unmöglich wie letzteres. Es ist nicht möglich eine derartige Maßnahme zu verwirklichen, wenn nicht die Mehrheit des Volkes dafür ist." Notwendig wäre es wohl, daß die englische Nationalschuld wenigstens gemindert würde, damit die Nation nicht durch zu hohe Steuern an einem gleichmäßigen Wettbewerb mit den anderen Nationen auf dem Weltmarkt behindert werde. Insofern könne man die Vermögensabgabe unmöglich als eine Parteiangelegenheit bezeichnen, ja auch nicht als eine sozialistische Maßnahme, denn sie sei keines von beiden. „Aber für die Dauer des gegenwärtigen Parlaments kommt eine solche Vermögensabgabe nicht in Frage."[114] Die Zusammensetzung des Parlaments hat es also dem L. Schatzkanzler unmöglich gemacht, in seinem Budget die Vermögensabgabe vorzusehen. Der Schrecken davor ist aber dennoch nicht ganz geschwunden. Die Mäßigkeit des Schatzkanzlers sei, so konnte man hören, nur ein Weg um die Notwendigkeit zu beweisen, daß die Vermögensabgabe unvermeidlich ist.[115] In Wirklichkeit scheint sich die L. P. inzwischen aber davon überzeugt zu haben, daß die Aufrechterhaltung dieser Forderung, deren Durchführung in den Jahren sofort nach Friedensschluß durchaus gerechtfertigt gewesen wäre, (es sollten dadurch vor allem, die während des Krieges gemachten Gewinne betroffen werden) im Laufe der Jahre an Berechtigung verloren hatte. Es zeigt sich darin wieder so recht die Beweglichkeit der L. Politik, ohne ein Prinzip zu opfern (Mac Donald hatte Gelegenheit genommen die Angelegenheit als eine überparteiliche Sache zu kennzeichnen) kann sie sich den veränderten Umständen anpassen. Die Anhänger der L. P. empfanden deshalb auch die Preisgabe dieser Forderung nicht als einen Nachteil, die Diskussion darüber wurde einfach fallen gelassen.

Im Lande war die Furcht vor einer Vermögensabgabe groß genug. Dieser Vorschlag „ist der revolutionärste, der seit dem Verlangen nach einer Verfassung gemacht worden ist", so Fortnightly Review, vol. 112, S. 975, als auf dem Parteitag der L. P. 1922 die Forderung erneuert erhoben worden war. (vergl. Report of the conference 1922, S. 8 u. S. 232)

[114]) Parl. Dep. vol. 169, col. 1095

[115]) Round Table, vol. XIV, S. 441

Schluß der Regierung. Anfangs August wurde das Parlament vertagt, aber das Kabinett wollte trotz der Vertagung noch einige wesentliche Aufgaben vor der Herbstsitzung zur Erledigung bringen. Die Daweskonferenz sollte im August zum Abschluß kommen und der Plan durch die Stabilisierung der deutschen Währung seinen Endstein erhalten. Der Vertrag mit Rußland war noch nicht abgeschlossen, doch auch hier neigten sich die Verhandlungen einem guten Ende zu und Mac Donald konnte die Unterzeichnung des Vertrages vornehmen. Das Parlament trat am 30. September wieder zusammen. Am 8. Oktober stellten die Konservativen einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung wegen der von der Regierung eingestellten strafrechtlichen Verfolgung eines kommunistischen Schriftleiters (Mr. Campbell), der Ende Juli in einem Artikel für kommunistische Ideen angeblich Propaganda gemacht hatte. Im Unterhaus wurde die Einstellung der Verfolgung in Zusammenhang gebracht mit dem Russenvertrag. Dies war natürlich nur ein Vorwand. Da die Liberalen die Konservativen stützten, unterlag die Regierung mit großer Mehrheit (359 Stimmen gegen und 198 Stimmen für die Regierung).[115a] Am folgenden Tag wurde die Auflösung des Parlaments bekanntgegeben; die erste L. Regierung hatte über dem Vertrag mit Rußland ihr Ende gefunden. Ob man dies in den Reihen der L. P. sehr bedauert hat, ist fraglich. Die Regierung war derart vom guten Willen der Liberalen abhängig gewesen, daß man ständig auf einen solchen Ausgang hatte gefaßt sein müssen. Die Verfolgung einer eigenen Regierungspolitik war unter diesen Umständen auf ein sehr geringes Minimum beschränkt geblieben. Dabei hatte die Regierung noch andere Schwierigkeiten zu bestehen, deren geringste schließlich nicht der Umstand war, daß die L. Regierung sich auf keine Regierungserfahrungen aus ihren eigenen Reihen stützen konnte. Somit hatte sie nicht bloß die Kritik der ihr politisch Fernstehenden, sondern auch die aus den eigenen Reihen zu bestehen. Zum ersten Male war eine Labourregierung aus dem Gebiete, wo Forderungen und Schlagwörter dominieren, in das Gebiet möglicher Regierungsarbeit eingetreten. Gewiß waren ihre Kabinettsmitglieder nicht unfähiger als die früherer Regierungen, sie hatten vor diesen an praktischen Erfahrungen sogar manches voraus, aber diese mußten sich andererseits auch erst an die viel engeren Grenzen gewöhnen, die die Regierungsarbeit von der Tätigkeit als Agitator oder freier Organisator unterscheiden, und mit ihnen

[115a]) Parl. Deb. vol. 177, col. 694 und 699.

mußte sich ihre Gefolgschaft daran gewöhnen. Man kann sich im Rückblick auf die Regierungsarbeit der L. P. im Jahre 1924 dem Urteil eines ausländischen Beobachters anschließen, das wie folgt lautet: „Diese Regierung der Arbeiterschaft war gezwungen gewesen sich mit bescheidenen Reformen zu begnügen, die mehr oder weniger nur vorübergehender Natur sein werden; sie hatte sich zufrieden geben müssen mit Gesetzen und Maßnahmen, die ebensowohl die Zustimmung der liberalen als auch der konservativen Partei haben finden können."[116] In der auswärtigen Politik hat die L. Regierung zweifelsohne eine bedeutende Arbeit geleistet. „Mac Donald hielt die Würde des britischen Reiches aufrecht und bahnte Wege des Friedens."[117] Die L. P. hat sonach den in sie als alternative Regierungspartei gesetzten Erwartungen im allgemeinen entsprochen und auch den, „daß ihre besten Bemühungen dem Auswärtigen, der Arbeitslosigkeit und dem Wohnungsproblem gelten werden".[118]

Zweifelsohne war die L. Regierung ein Opfer der Verbündung zwischen Liberalen und Konservativen geworden. Die Liberalen hatten die Regierung in den Sattel gehoben, sie hatten durch ihre Stimmen die Macht in der Hand, die Regierung zu stürzen, wann es ihnen gefiel. Diese Zwischenstellung der Liberalen hat den Anschein anzudauern, solange es eine liberale Partei in England geben wird. Es wäre sicherlich verwegen, selbst angesichts der stetig abnehmenden Mitgliederzahl über das Schicksal dieser Partei, die über tüchtige Führer von jeher verfügt hat, eine Prognose versuchen zu wollen. Da die Liberalen aber zwischen Labour und den Konservativen immer das Zünglein an der Waage bilden werden, sollen im nachstehenden Abschnitt die Beziehungen zwischen der L. P. und der Liberalen Partei näher untersucht werden.

5. Die L. P. und ihre Beziehungen zur Liberalen Partei

Die Liberale Partei Englands hatte dis in die Jahre nach dem Kriege die einzige Alternative zu einer konservativen Regierung dargestellt und hatte dem Lande gar manche tüchtige Regierung geliefert. Für das englische politische Leben hatte sie

[116]) J de Cruyter, Mac Donald et le Labour Party, übersetzt aus dem Holländischen, Brüssel 1929, S. 244

[117]) J. Clayton, the rise and decline ... S. 227

[118]) Round Table, vol. XIV, S. 328

Fortschritt und kühne Förderung der politischen Interessen bedeutet. In den Nachkriegsjahren übernahm sie zweimal in einer konservativen-liberalen Koalition die Führung, aber schon war der Umstand nicht mehr zu verkennen: die Mitgliederzahl der L. P. stieg auf Kosten der Liberalen Partei; das neue Statut und wohl auch das erste Programm der L. P. haben den Liberalen großen Schaden zugefügt in Bezug auf den Mitgliederbestand. Viele politisch interessierte Engländer, die die Dringlichkeit von sozialen Reformen erkannt hatten, konnten bislang ihren Wünschen nur durch die Liberale Partei Ausdruck verleihen lassen, die sich ja immer für soziale Verbesserungen eingesetzt hatte,[119] nach 1918 aber konnten sie dies ebensogut als Mitglieder der L. P., und hier ein Programm für eine neue soziale Gesellschaftsordnung, das sich auf den Grundsatz der „sozialen Gerechtigkeit" stützte, zu dem ihrigen machen. Im Jahre 1922 hatten die Wahlen der L. P. die Stellung als offizielle Opposition eingebracht, die Liberalen wurden zur zweiten Opposition. Immer mehr zeigte es sich, daß die Liberale Partei es übersehen hatte, sich auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse umzustellen, ja sie hat diese Verhältnisse ganz übersehen.[120] 1924 übernahm die Liberale Partei unter Asquith's Führung die Verantwortung für das Experiment einer L. Regierung, denn, „wenn schon ein solches Experiment gewagt werden solle, dann sei jetzt die Gelegenheit dazu."[121] Wie bereits ausgeführt worden ist, hing die L.-Regierung auch die ganze Zeit ihres Bestehens von der Gnade der Liberalen ab. Nach dem Sturz der Regierung griff Mac Donald besonders Lloyd George an, da Mac Donald in dem Verhalten der Liberalen ein bereits zu Zeiten der L. Regierung entstandenes Bündnis der Liberalen mit den Konservativen vermutete. (Lloyd George war 1924 nicht der Führer der Liberalen, sondern Asquith, aber der Einfluß von Lloyd George war in der Liberalen Partei stets so groß, daß man die Polemik Mac Donalds nicht bloß auf persönliches Mißverständnis und Abneigung, die allerdings besteht oder bestand, buchen darf.)[122] „Wir sind den Liberalen

[119]) Lab. Magazine. vol. VIII, Nr. 1, S. 9 meint: „Das Charakteristische Merkmal der Liberalen Politik zu Beginn des Jahrhunderts waren ihre empirischen sozialistischen Versuche". Dieses Zitat zeigt, daß man in England sozial und sozialistisch (selbst in einem sozialistischen Parteiorgan) einfach gleichstellt, und dann stimmt der Hinweis auf die Liberale Partei, denn in der Tat sind die engl. Sozialversicherungsgesetze unter der Aegide der Liberalen entstanden.

[120]) Vergl. L.M., vol. III, Nr. 11, S. 484.

[121]) Vergl. Hessel Tiltmann a. a. O., S. 184.

[122]) Vergl. New Statesmann, vol.-24, r. S. 4 u. S. 88.

zu populär geworden", meint Mac Donald, „sie sind vom ersten Tage an uns feindlich gesinnt gewesen und als sie sahen, daß wir entgegen ihren Erwartungen gute Arbeit verrichteten, haben sie mit den Konservativen gemeinsam gegen uns konspiriert, um uns aus dem Amte zu drängen."[123] Wie weit dies zutrifft, ist schwer zu entscheiden, nach einem Ueberblick über die Regierungszeit der L. P. und dem Verhalten der Liberalen ist man jedoch geneigt, diese Worte als zu scharf zurückzuweisen. Tatsache ist allerdings, daß die Liberalen sich in dem folgenden Wahlkampf hinter dem Schild „Antisozialisten" an der Seite der Konservativen gekämpft haben.

Im Hinblick auf die Politik der Liberalen ist kaum zu bezweifeln, daß dieselben viele Punkte des Programms der L. P. sofort unterschreiben würden, obwohl die Liberalen natürlich niemals für die Einführung eines sozialistischen Systems an sich zu haben wären. Aber sozialreformerisch sind sie mit der L. P. sehr häufig den gleichen Weg gegangen.[124] In der Außenpolitik warfen die L. P. Führer den Liberalen eine in den Nachkriegsjahren zur Schau gestellte Haßgesinnung vor; die außenpolitischen Erfolge bezw. Nichterfolge der Koalitionsregierung unter liberaler Führung möchten dies wohl auch rechtfertigen. Jedenfalls war der Wahlkampf unmittelbar nach dem Waffenstillstand (November 1918) unter der Devise gekämpft worden „Deutschland soll zahlen, der Kaiser gehängt werden" und die L. Führer versäumten keine Gelegenheit dies ihren international verbundenen Anhängern in Erinnerung zu bringen. Dennoch hatte es Lloyd George nicht an Aeußerungen fehlen lassen, aus denen zu entnehmen war, daß auch den Liberalen der Vertrag von Versailles nicht das letzte Ideal bedeute. (1922 wurde ein Rundschreiben veröffentlicht, dass Lloyd George vor den Verhandlungen in Versailles unter den Ententemitgliedern hatte zirkulieren lassen, in dem ein Friedensschluß des Hasses gegen Deutschland von ihm ausdrücklich

[123]) Zit. in Hessel Tiltman, a. a. O., S. 184.
New Statesman, vol. 34, S. 492. „Es gibt soviel, was die beiden Parteien zusammen vollbringen könnten, aber die persönliche Abneigung Mac Donalds gegen Lloyd George ist das erste Hindernis hiergegen".

[124]) Maxton unterstrich dies einmal im Unterhaus (in seiner Polemik gegen die Arbeitslosenpolitik der L. Regierung am 30. Okt. 1930) mit den Worten „wenn jemand in ganz Großbritannien mit der Rede (Behandlung des Problems durch die Regierung) zufrieden sein kann, so muß es Lloyd George sein, denn ich höre Anklänge an seine Philosophie, aber mit keinem Worte solche an die meinige . . . Es (das Regierungsprogramm) versetzt mich zurück in die Aera der liberalen Partei von 1906—1912. Parl. Deb. vol. 244, col. 226 ff.

verworfen wird.[125] Heute bestehen wesentliche Meinungsverschiedenheiten in den außenpolitischen Ansichten der beiden Parteien wohl kaum und dies wird sich in absehbarer Zeit auch nicht stark ändern, besonders solange die L. P. einen freihändlerischen Standpunkt beibehält und die Liberale Partei ihre imperialistische Einstellung zugunsten der Idee eines allgemeinen Weltfriedens verschiebt.

Innenpolitisch ist die Liberale Partei im großen und ganzen vor sogenannten sozialistischen Fortschritten nicht allzu scheu, wenn es sich um Maßnahmen handelt, die einer anerkannten Notlage zu steuern haben. Die Liberalen halfen zum Beispiel dem Landnützungsgesetz (Landutilisation Bill) der L. P. im Frühjahr 1931 durch, trotzdem es ihnen offenbar war, daß das Gesetz den Vorteil für die L. P. in sich birgt, daß „diese den Anspruch erheben kann, daß dieses Gesetz einen Schritt vorwärts bedeutet auf dem langsamen aber sicheren Weg zum sozialistischen Staate.... Wir (Liberale) begrüßen das Gesetz hauptsächlich deshalb, weil es eine Maßnahme darstellt, die die Arbeitslosigkeit mindert und der Landbevölkerung zugute kommt.[126] (Das Gesetz erreichte die dritte Lesung mit 282 Ja- und 226 Neinstimmen.) Als im Frühjahr 1926 ein Gesetz über die einheitliche Elektrizitätsversorgung zur Debatte stand, wies Lloyd George die Konservativen darauf hin, daß der sozialistische Gehalt in diesem Gesetz doch keineswegs gefährlich sei. New Statesman (vol. 26, S. 755) knüpft daran die Betrachtung, daß Lloyd George anscheinend seine Abneigung vor der Nationalisierung seit 1919 merklich verloren habe.

Obwohl die erste L. Regierung durchaus von der Gunst der Liberalen ihre Lebenstage bezog, so haben viele L. Abgeordnete nach wie vor kein Hehl daraus gemacht, daß sie in den Liberalen nichts als Feinde sehen, die Debatten im Unterhaus lassen das mehr als einmal erkennen.[127] Es zeigte sich dadurch so recht, daß alle Vorausdeutungen, die bereits vor den Wahlen 1922 über eine Labour-Liberale Koalition laut geworden waren und die unmittelbar vor den Wahlen 1923 wieder da und dort spuckten, einen wichtigen Faktor übersehen hatten: die persönliche Abneigung, die in großem Maße besonders im Labour-Lager vorhanden ist, sodaß schwerlich eine ersprießliche Zu-

[125]) The Fortnightly Review, vol. 112, S. 784.

[126]) Parl. Deb. vol. 248, col. 345.

[127]) New Statesman, vol 33, S. 260. „Die L. Abgeordneten waren zu sehr daran gewöhnt, die Liberalen in einem herausfordernden Ton als Kapitalisten zu bezeichnen".

sammenarbeit möglich gewesen wäre. Snowden hat überdies darauf hingewiesen, daß auch aus taktischen Gründen eine solche Koalition nicht ratsam sei, denn es würden dadurch natürlich nur die Konservativen gewinnen; wohl aber hält er unoffizielle Zusammenarbeit zwischen Labour und Liberale für sehr gut denkbar, und zwar in fast allen praktischen gesetzlichen Maßnahmen, die die nächsten Jahre erfordern werden.[128] In der zweiten Labourregierung wurde dieser Vorschlag ziemlich realisiert und Lloyd George rechtfertigte dies vor der Jahresversammlung der National Federation, die nach größerer Unabhängigkeit rief, damit, daß es sich zumeist um Maßnahmen gehandelt habe, die von der Liberalen Partei ausgegangen seien, von einer Abhängigkeit könne deshalb keine Rede sein.[129]

Die Lage, in die sich die Liberale Partei in den Jahren seit 1922 infolge ihres Stimmenverlustes versetzt sah, zwang sie gewissermaßen zu einem Ausgleichsversuch zwischen Labour und sich selbst, wollte sie sich nicht in eine bloße Polemikstellung im Unterhaus drängen lassen und damit auf positive verantwortungsvolle Mitarbeit im Parlament überhaupt verzichten. Dazu war aber ihr Wählerkreis und auch ihr Einfluß im Lande noch viel zu mächtig.[130] Jedenfalls haben die Liberalen in ihren Programmforderungen mehr Gemeinsames mit der L. P. als mit den Konservativen, ein unparteiischer Betrachter kann es deshalb nicht ohne weiteres als gegeben hinnehmen, daß Asquith mit seinem "Experiment" einer L. Regierung dabei nur an ein möglichst rasches Fehlgehen desselben gedacht habe. Dagegen würde schon die Wahldevise der Konservativen "Schutzzoll", durch die den Liberalen die Entscheidung sozusagen in die Hand gedrückt wurde, sprechen. Das Land hatte seine Zustimmung zu einem Schutzzollprogramm nicht erteilt, es konnte nun jedenfalls mit einer Partei, deren Regierung in einem Punkte unterlegen war, der für die Liberalen unter allen Umständen unannehmbar war, kaum für andere dringliche Probleme eine gedeihliche Zusammenarbeit als ziemlich gewiß erwartet werden. Das hätte eine Neuorientierung der Konservativen in vielen Punkten verlangt, und die war weniger leicht zu erhoffen, als einem fortschrittlichen Programm mit einer L. Regierung durch das Parlament helfen zu können. Die Liberalen haben also von zwei Wegen nur den gewählt, der ihnen für ihre eigenen Zwecke als geeigneter erschienen war.

[128]) New Statesman, vol. 27, S. 221.

[129]) Manch. Guard. Weekly, Nr. 21, vol. 24, S. 401.

[130]) In den Wahlen 1929 erhielt die Liberale Partei von gesamt abgegebenen 22639117 Stimmen immer noch 5300947 — Labour Year-Book 1930, S. 235.

Daß die Liberalen vor dem Russenvertrag in seiner ganzen Ausdehnung im Herbst 1924 so sehr zurückgeschreckt sind, kann schließlich nicht so stark wundernehmen, dies zeigt vielmehr das Vorwiegen eines geschäftstüchtigen Elements in der Partei. Rußland sollte einen sehr hohen Kredit von der Regierung garantiert bekommen, hielt es aber selbst wenig genau mit der Erfüllung der übernommenen moralischen Verpflichtungen (wie es der Campbell Vorfall gezeigt hatte); die britischen Guthaben, die durch den Vertrag gedeckt werden sollten, wären vorderhand nur mit britischem Gelde zurückbezahlt worden.(Die Liberalen hatten auch nicht direkt dem konservativen Mißtrauensantrag zugestimmt, sondern einen Aenderungsantrag dazu eingebracht, wonach in der Campbell-Angelegenheit eine Untersuchungskommission eingesetzt werden sollte, bei der Annahme des liberalen Aenderungsantrages auf Grund der Vereinigung von Liberalen und Konservativen unterlag die Regierung. Mac Donald hatte allerdings schon vorher betont, daß er auch diesem Aederungsantrag Mißtrauen gegen sich ausgesprochen sehe und die Annahme desselben die entsprechenden Folgen haben werde.)[131] Freilich liegt die Annahme sehr nahe, daß die Verquickung der Campbell-Angelegenheit mit dem Russenvertrag absichtlich erfolgt war, weil die Liberalen nicht gewillt waren für die Ratifizierung zu stimmen.

In der zweiten L. Regierung zeigten sich die Liberalen an der Gesetzesarbeit sehr interessiert und sie haben, ohne ihre Prinzipien zu opfern, der Regierung manche wichtige Maßnahme durchs Parlament steuern helfen.[132] Als die Arbeitslosigkeit im Sommer 1930 sich unlösbarer zeigte als je, da arbeiteten die Liberalen ein eigenes Programm zur Bekämpfung aus, das im Februar 1931 aber von der Regierung abgelehnt wurde.[133] Eine L. P. in Opposition hätte es wahrscheinlich befürwortet, aber eine L. Regierung im Amte konnte es nicht annehmen, ohne ih-

[131]) Parl. Deb. vol. 177, col. 630.

[132]) Auf das pessimistische Bild, daß der Schatzkanzler anfangs Februar vom Status des Staatshaushaltes entworfen hatten, antworteten die Konservativen mit einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung, weil sie der Zunahme in den öffentlichen Ausgaben (Arbeitslosenunterstützung) nicht zu steuern gewußt habe. Die Liberalen hingegen schlugen die Einsetzung einer Kommission vor, die den Kanzler zu beraten habe, „über mögliche und berechtigte Kürzungen der öffentlichen Ausgaben". Die Liberalen denken dabei vor allem an eine Kürzung der Rüstungsausgaben, wie aus der Debatte hervorgeht. Der liberale Antrag wurde mit 468 gegen 21 Stimmen (letztere aus der L. Clydegruppe) angenommen; (ein schönes Bild nationaler Eintracht, sobald die Schwierigkeiten, die die Nation im ganzen bedrohen, dies nötig machen).

[133]) Bereits im Januar durch Lloyd George vertreten.

ren Anhängern gewaltsam vor den Kopf zu stoßen. Als Grund für die Ablehnung nannte die Regierung hauptsächlich die dadurch in den nationalen Ausgaben bedingte bedeutende Mehrausgabe. Der Plan hätte jährlich ca. 650 Millionen gekostet, während die Arbeitslosenunterstützung ca. 115 Millionen jährlich kostet. Die Arbeiten, die durch das Programm der Liberalen ausgeführt worden wären, dienen zudem meist nicht vordringlichen nationalen Problemen. Solange die Arbeitslosigkeit als ein internationales Uebel betrachtet werden muß, glaubte die Regierung die Verantwortung für die durch den Plan verursachten Belastung der nationalen Finanzen nicht auf sich nehmen zu können. Der Sekretär des Schatzamtes konnte sich dabei nicht enthalten, auf den Widerspruch hinzuweisen, der zwischen diesem phantastischem Programm und dem steten Mahnen zur Sparsamkeit von Seiten der Liberalen bestehe.[134] Die Liberalen ließen sich jedoch durch diese Enttäuschung nicht an der weiteren Mitarbeit hindern. Zwar kam es bei den einzelnen Beratungen öfters bis zum äußersten, aber im letzten Augenblick lenkten die Liberalen immer wieder ein.[135]

Man hat einmal behauptet, daß es sich heute darum handle, eine wirtschaftlich orientierte Gesellschaft aufzubauen und dies sei die Aufgabe der L. P. Früher habe die Politik im Vordergrunde gestanden, da sei die Liberale Partei zur Führung berufen gewesen. Aber wurde der Vertreter dieser Meinung nicht aufmerksam darauf, daß ihn der Wechsel von den Liberalen zur Labourfront nichts von seinen Prinzipien gekostet hat? Er sagt selbst, alles habe er mitnehmen können, den Glauben an die Demokratie, die Vorliebe für persönliche Unabhängigkeit, die Achtung vor der Freiheit der Nation, weil dies alles auch einen Teil des Glaubens der L. P. ausmache.[136] Dann war der Uebertritt nicht viel mehr als ein Namenswechsel und dies scheint, wenn auch ein früher Richtungsweiser zu sein, hin zu dem Ziel, wo Liberale und Labour bewußt einen einheitlichen Block in der englischen Politik bilden werden. Doch wird hierfür die Liberale Partei erst noch länger ihre Chancen bei der Wählerschaft und die L. P. wahrscheinlich ihre eigene Festigkeit prüfen wollen.[137]

Fast immer wird, wenn die Frage eines Zusammengehens der beiden Parteien untersucht wird, ein großer Nachdruck

[134]) Parl. Deb. vol. 248, col. 1285.

[135]) Vergl. Parl. Deb. vol. 235, col. 2518 ff. u. Round Table, vol. XX, S. 574.

[136]) H. Langshaw, Socialism: and the historic function of Liberalism, Ldn. 1925, VII u. VIII.

[137]) New Statesman, vol. XIX, S. 376.

darauf verlegt, daß die Liberalen sich eben nicht für den Sozialismus entschließen werden können. Aber ist die Liberale Partei nicht immer dabei gewesen, wenn es galt das Bessere an die Stelle des Guten zu setzen? Sie wird als besser das erkennen, was der Fortschritt der Zeit zu fordern scheint und schon sind Stimmen in England laut geworden, die die Liberalen sozialistischer als die L. P. genannt haben.[138] Es kommt ja nicht darauf an, daß Maßnahmen die in die Richtung des Sozialismus deuten, als solche bezeichnet werden.[139] Gewiß gehen die Forderungen der beiden Parteien nach den Endzielen auseinander, aber wenn es nicht um letzte Ziele geht, sondern um praktische Maßnahmen, die sofort verwirklicht werden sollen, dann ist zwischen Labour und den Liberalen der Unterschied so ziemlich verwischt, man kann höchstens aus den Vorschlägen der letzteren bisweilen eine längere politische Praxis herauslesen.

[138]) Round Table, vol. XIX, S. 591.

[139]) New Statesmann, vol. 32, S. 782 weist darauf hin, daß die Vorschläge, die Lloyd George zur Behebung der Arbeitslosigkeit vor den Wahlen 1929 macht, sich in nichts von denen der L.P. unterscheiden, vor denen er das Land warnt.

III. Teil: Von den Novemberwahlen 1924 bis zu den Maiwahlen 1929

1. Die L. P. wiederum als offizielle Opposition

Die Wahlen im November 1924 waren durch einen äußerst heftigen Kampf eingeleitet worden .Die L. P. war keineswegs ausreichend dafür gerüstet. Ihre Führer waren durch die Aufregungen der Regierungsgeschäfte zu stark in Anspruch genommen, die Parteikasse durch die große Arbeitslosigkeit geschwächt. Zudem war die Stimmung gedrückt: auf dem Parteitag im Oktober 1924 hatte man zwar von der geplanten umfangreichen Kritik an der L. Regierung ziemlich Abstand genommen, aber der Mangel fehlender Einsicht für das Mögliche, der sich in den eigenen Reihen gezeigt hatte, mußte lähmend wirken. Die Liberalen hatten sich mit den Konservativen zusammengetan im Kampf gegen den „Sozialismus".

Von den gesamtabgegebenen 16.120.735 Stimmen erhielt die L. P. 5.487.620 und gewann damit 151 Sitze im Unterhaus. (Die Konservativen hatten die überwältigende Mehrheit von 402 Sitzen errungen.)[140] Naturgemäß stellten die Konservativen mit ihrer soliden Mehrheit die Regierung. Bereits in der Thronrede gab die neue Regierung bekannt, daß sie den mit Rußland abgeschlossenen Vertrag nicht aufrecht erhalten könne, doch sei sie gesinnt die normalen Beziehungen mit diesem Land nicht zu unterbrechen .Auch die anderen Labour-Gesetze würden alsbald von einer Abänderung bedroht. Die Proteste und Anträge der L. Party mußten sich darauf beschränken, von der Existenz einer Arbeitervertretung Zeugnis zu geben, mehr vermochte die Opposition nicht. Aus den vielen Oppositionsanträgen sei des gegenwärtigen Interesses halber der herausgegriffen, der sich gegen die Einführung des Goldstandardes im Jahre 1925 wendet.[141]

In der Partei selbst herrschte bisweilen eine ziemliche Unzufriedenheit darüber, daß die Debatten so wenig hervorbringen konnten. Man mußte zusehen, wie die Regierung die Lebensmöglichkeit der arbeitenden Klassen mehr und mehr gefährdete, ohne ein Mittel zur wirksamen Abwehr zur Hand zu haben. Kein Wunder, daß es da der linke Flügel der L. P. wieder einmal versuchte, eine Kampftruppe aus den Wählern des Lan-

[140]) Labour Year-Book 1925, S. 189.

[141]) Der Goldstandard war in England nach dem Kriege noch nicht wieder eingeführt.

des zusammenzubringen. Er tat dies durch die entsprechende Note, die er in die Debatten im Unterhaus brachte. Die Fraktion wandte sich kaum dagegen, sie ließ jedem die Freiheit, seine Taktik besonders ins Licht zu stellen. Inzwischen zeigten jedoch die Nachwahlen im Lande bereits einen Meinungsumschwung zu ungunsten der Konservativen.[142] Auch die Mitgliederzahl der L. P. erfuhr eine beachtenswerte Zunahme, die Ortsgruppen nahmen ebenfalls ständig zu an Ausdehnung und Zahl.[143] Die Partei betrieb ferner einen regelrechten Propagandafeldzug unter dem Motto „Jeder Arbeiter ein Labourmitglied".[144] Nicht wenig trug schließlich auch die Haltung der Regierung im Kohlenstreik zur Stärkung der L.P. bei.[145] Auch die innere Einheit der Partei gewann durch den Streik; der Unterschied zwischen denjenigen, denen ein revolutionierendes Vorgehen bislang besser geschienen hatte, und den friedsamen mit einer stufenweisen Entwicklung Zufriedenen,hatte sich durch den Ausgang des Kampfes ziemlich ausgeglichen. Der linke Flügel zeigt nun ebenfalls eine starke Abwehrfront gegen die kommunistische Annäherung.[146] Ein weiterer Umstand, der zur Einigkeit und Besonnenheit mahnte, waren die herannahenden allgemeinen Wahlen.

Noch bleiben zwei der wichtigsten Ereignisse aus der Oppositionszeit der L. P. in den Jahren 1924 bis 29 zu besprechen: der General- und Kohlenstreik im Jahre 1926 und das neue Gewerkschaftsgesetz aus dem Jahre 1927, beiden soll nachstehend je ein eigener Abschnitt gewidmet werden.

Der General- und Kohlenstreik im Jahre 1926. Ein Kohlenstreik stand bereits im Jahre 1925 drohend vor der Türe. Er wurde durch die Gewährung eines Regierungszuschusses, mittels dessen die Löhne auf der alten Höhe gehalten werden konnten, bis eine zur Untersuchung der Lage der Kohlenindustrie eingesetzte Kommission Bericht erstattet habe, verschoben.[147] Mit dem ersten Mai sollte der Zuschuß der Regierung aufhören, es mußten bis dorthin neue Tarifverträge festgesetzt werden, von beiden Seiten, der Arbeitgeber und der Ar-

[142]) Labour Magazine, vol. VII, Nr. 1, S. 21 ff. u. Nr. 12, S. 552.

[143]) Ebda. vol. V, Nr. 6, S. 266.

[144]) Report of the Ann. Conf. 1927, S. 33.

[145]) New Statesman, vol. 27, S. 219 sagt darüber „die Ereignisse der vergangenen Wochen haben zweifelsohne die politische Macht der L.P. verstärkt".

[146]) Vergl. Round Table. vol. 17, S. 772.

[147]) Die Kommission wurde im Sept. 1925 eingesetzt und legte am 10. März 1926 ihren Bericht vor. Vorsitzender derselben war der liberale Abgeordnete Herbert Samuel, vergl. Labour Year-Book, 1926, S. 95.

beitnehmer, wartete man gespannt auf den Ausgang der Verhandlungen. Diese schlugen fehl. Am dritten Mai 1926 um Mitternacht begann der Generalstreik in England, an dem über 1,5 Millionen Arbeiter beteiligt waren.[148] (Hauptsächlich waren es die Arbeiter der Transportgewerbe, der Schwerindustrien und der Druckereien.) Acht Tage dauerte der Generalstreik an, dann beschloß der Generalrat einen erneuten Versuch zur Beilegung des Bergarbeiterkonfliktes zu unternehmen. Nun zeigten sich die Bergarbeiter aber wenig zum Nachgeben geneigt, der Generalrat mußte sich fernerhin darauf beschränken, den streikenden Bergarbeitern finanzielle Hilfe zuteil werden zu lassen.[149] Erst im Oktober wurde der Streik distriktsweise beigelegt durch Wiederaufnahme der Arbeit. Es kam nur zu distriktsweisen Lohnabkommen und Wellen gewerkschaftsfeindlicher Bestrebungen gingen als einziger, freilich negativer Erfolg über das Land hin, die schließlich in dem Gewerkschaftsgesetz von 1927 zusammenfloßen.

Die L. P. hatte offiziell mit dem Streik nichts zu tun. Aber wegen der engen Verwobenheit von industrieller und politischer Arbeiterbewegung mußte dieses die Partei schwer schädigende Ereignis hier angeführt werden. Die Partei hatte sich überdies von Anfang an für die Beilegung des Konfliktes bemüht und griff schließlich die Regierung im Dezember 1926 im Unterhaus heftig an, weil die von der zur Untersuchung der Mißstände eingesetzte Kommission als Uebelstände dargelegten Verhältnisse keine Aenderung erfahren hatten. — Es geschah auch weiterhin nichts um die offen zutage liegenden Schäden zu beheben, eine neuerliche Krisis in der Kohlenindustrie im Sommer 1931 wurde vermieden durch Einführung eines Gesetzes über den 7½ Stundentag im Bergbau durch die zweite Labourregierung.[150]

[148]) Labour Magazine, vol. V, Nr. 4, S. 164. „Der große Streik hatte durchaus eine altruistische Basis. Diejenigen, die daran teilnahmen, hatten selbst nichts zu gewinnen und auch nichts zu verlieren. Sie nahmen aber ein Risiko auf sich um der andern willen, man hatte den Lebensstandard von fast 1,2 Millionen Bergarbeitern bedroht."

[149]) Zur finanziellen Unterstützung nahmen der englische Gewerkschaftskongreß eine internationale Anleihe von 380000 $ auf, außerdem wurden durch freiwillige Spenden 9375000 $ gesammelt, auch die russischen Gewerkschaften spendeten reichlich, vergl. Labour and Internationalism von L. L. Lorwin, S. 334.

[150]) Round Table, vol. XVI, S. 792 ff. u. Manch. Guard. Weekly, vol. 25, Nr. 2 S. 21.

Das Gewerkschaftsgesetz von 1927. — Dieses Gesetz brachte die für die L. P. so bedeutsame „contracting-in"-Klausel auf die eingangs schon eingegangen worden ist.[151]

Da die Arbeiterbewegung nicht in der Lage war, ihrem Rechte im Parlament zum Durchbruch zu helfen, so organisierte sie einen Kampf dagegen in der Oeffentlichkeit. (Der Generalrat der Gewerkschaften, die Exekutive der L. P., die parlamentarische Exekutive und die Co-operative Party taten sich zusammen, um das Volk in Versammlungen und durch Flugblätter über die Ungerechtigkeit, die durch dieses Gesetz der arbeitenden Bevölkerung zugefügt wurde, aufzuklären).[152]

Bei der Abstimmung im Unterhaus enthielten sich die meisten Liberalen der Stimme, nur 7 stimmten für, 20 Liberale und 1 Konservativer gegen das Gesetz. Durch das sogenannte Guillotine-Verfahren — abgekürzter Geschäftsgang — waren die Debatten sehr beschnitten worden, das Gesetz erhielt bereits am 23. Juni die dritte Lesung. Im Oberhaus wurde das Gesetz fast unverändert angenommen, die Labouranhänger unter den Oberhausmitgliedern kämpften zwar energisch gegen die Annahme, konnten aber, da in großer Minderheit, nichts ausrichten.[152a]

Das Gesetz wurde von der Arbeiterschaft mit großer Bitterkeit aufgenommen. „Besonnener Arbeiterverstand weiß nicht, soll er darüber zürnen oder lachen." ....Der gesetzliche Schaden, den das Gesetz anrichten wird, wird ja nicht so groß sein, weil es zu unklar gefaßt ist, sodaß die Anwendung schwierig sein wird, der moralische Effekt aber wird unberechenbar groß sein.... Es ist eine Erklärung zum Klassenkampf, wie sie in diesem Lande von einer verantwortungsvollen Stelle seit Menschengedenken nicht mehr ausgegangen ist. Es kündigt einen Krieg an zwischen denen, die haben, und denen, die nicht haben, bis aufs Messer".[152b] Die Gewerkschaften der Transportarbeiter und die Eisenbahnergewerkschaft legten einen eigenen Protest ein gegen das Gesetz.[153] Im großen und ganzen aber haben sich die Gewerkschaften ziemlich willig gefügt. Dies

[151]) „Contracting-in", der Arbeiter muß eine besondere schriftliche Erklärung abgeben, daß er als Zugehöriger einer Gewerkschaft auch der L. P. angehören will.

[152]) Report of the Ann. Conf. 1927, S. 27.

[152a]) Ebda. S. 88. New Statesman, vol. 29, S. 66: die Co-operative Bewegung stellte ihren reichen Fonds zur Bekämpfung zur Verfügung.

[152b]) New Statesman, vol. 28, S. 786 u. 788.

[153]) Vergl. New Statesman, vol. 29, S. 434 u. 466.

war einerseits auf die harte Lehre aus dem Vorjahre zurückzuführen, andererseits darauf, „daß die Engländer nicht geneigt sind, sich über einen theoretischen Einbruch in ihre Rechte allzu sehr aufzuregen", wie Round Table (vol. 17, S. 123) wohl nicht unrichtig bemerkt.

In der Thronrede der L. Regierung im Sommer 1929 wurde angekündigt, daß das „Ungünstige, das Baldwin geschaffen hat" wieder abgeschafft werden soll. Dies bezog sich hauptsächlich auf den Achtstundentag in den Bergwerken und das Gewerkschaftsgesetz von 1927. Während für die erste Maßnahme ein Erfolg erreicht werden konnte, war er für die zweite versagt, wie in dem Abschnitt über die zweite Regierungsperiode der L.P. zu ersehen sein wird.

2. Die Parteitage von 1925—1928 und das neue Parteiprogramm

a. Die Parteitage von 1925—1928

Will man das Leben einer politischen Partei in allen Phasen, in denen es sich abspielt, in der Nähe betrachten, dann muß man auf die Parteitage gehen. Die Vorschläge, die Kritiken, die vorgelegten und angenommenen Resolutionen sind gleichsam zur Ruhe gekommene Abschnitte aus dem Kaleidoskop, das das Parteileben über das ganze Land hin, über die vielen verschiedenen Schichten seiner Anhänger, die Wünsche und die Nöten der Mitglieder, den mannigfachen Widerständen des parlamentarischen Lebens, das Jahr über darstellt. Auf dem Parteitag wird gewöhnlich wieder der Weg gefunden zu einigender Mitte, auf der eine Zusammenarbeit erst möglich wird; die Wünsche finden neben einiger Hoffnung auf ihre Erfüllung, zugleich einen angemessenen Rahmen für ihre Größe; die Kritiker werden ernüchtert, die Hoffnungslosen ermutigt.

Vor allem aber ist es die Pflicht des Parteitages von Zeit zu Zeit darüber zu entscheiden, welche Vorschläge, die in einem Hauptprogramm nicht bereits besonders behandelt worden sind, für eine Reform auf gesetzlichem finanziellem und administrativem Gebiete die Stützung der Partei finden und bei gegebener Gelegenheit von der Nationalen Exekutive und der Fraktion im Unterhaus (zu den Sitzungen der letzteren werden auch die Mitglieder des Oberhauses eingeladen) vertreten werden sollen.

Die große Zahl der auf einem Parteitag anwesenden Delegierten lassen es erklärlich erscheinen, daß die Entscheidungen oft schwierig sind, dennoch gilt wie Lansbury als Vorsitzender der Tagung 1928 ausführte, daß der Parteitag, was auch immer für Fehler auf einem solchen vorkommen mögen, für die Bewegung selbst einen typischen und repräsentativen Charakter habe und daß er deshalb von großer Bedeutung ist.[154]

Während der Jahre 1925/28 war die L. P., einesteils wegen des zahlenmäßigen Uebergewichts der Konservativen, im Unterhaus in eine bedeutungslose Stellung zurückgedrängt worden, andererseits hatte die Partei im Lande durch die industrielle Erschütterung der ganzen Arbeiterbewegung, wenn nicht an Boden, so doch an Sympathien im allgemeinen verloren. Besonders der schlechte Ausgang des Kohlenstreiks (beziehungsweise das Versanden des Streiks ohne eigentlichen Ausgang)[155] hatte ungünstig auf die öffentliche Meinung gewirkt. War der Streik und die dadurch verursachte schwere Schädigung des nationalen Lebens überhaupt notwendig gewesen, wenn die Arbeiter sich schließlich doch nicht bloß solchen Bedingungen unterwarfen, wie sie im Frühjahr vorgeschlagen worden waren, sondern oft noch ungünstigeren, so fragten sich viele, die den Kampf nur als Zuschauer erlebt hatten. Andernteils war durch den Generalstreik eine gewisse Angst vor dem „roten Schrekken" zurückgekehrt. „Labour steht zwischen zwei Marksteinen in seiner Geschichte. Hinter ihm liegt das nie zu vergessende Fiasko des Generalstreiks, vor ihm nahende allgemeine Wahlen".[156] Da habe es vor allem die Aufgabe, „die Wählerschaft von der Solidität und Moderation seiner Grundsätze zu überzeugen."[156a] Aus diesem doppelten Grunde kommt den Parteitagen in dieser Zeit eine besondere Bedeutung zu.

Ein dreifaches spiegelt sich in den Berichten über die Parteitage wider: das Bemühen nach Festigkeit der eigenen Bewegung, der Kampf um die Wählerschaft, besonders in den ländlichen Distrikten, die Abwehr gegen die arbeiterfeindliche Gesetzgebung im Parlament.

Der Parteitag 1925 zu Liverpool war eine Jubiläumstagung.

[154]) Report of the annual conference, 1928, S. 150.

[155]) Round Table, vol. 17, S. 129 u. S. 332. „Der Kohlenstreik endete ohne eigentliches Abkommen, er kam zum Stillstand durch eine vernichtende Niederlage".

[156]) Round Table, vol. 18, S. 127.

[156a]) Ebda.

Mit Befriedigung konnte die Partei auf die Arbeit einer Vierteljahrhunderts zurückschauen. „Die erzielten Erfolge haben die Hoffnungen und Ideale der Wegbereiter und Gründer mehr als gerechtfertigt".[157]

Unter den wichtigsten der zahlreichen Entschließungen, die auf diesem Parteitag angenommen worden sind, ist die zu nennen, die sich mit dem Gedanken der Nationalisierung von Grund und Boden befaßt. „Die richtige Lösung des Bodenproblems bleibt eine der Hauptbestrebungen der L. P.; der Boden des Landes muß Eigentum des Volkes werden, der Weg zum öffentlichen Eigentum an Grund und Boden wird am besten über eine Grundwertsteuer führen."[158]

Im Lande wartete man gespannt auf den Verlauf dieser Tagung. Die Erwartungen wurden jedoch im allgemeinen enttäuscht, denn man hatte Spaltungen erhofft und schroffen Aufklang vermeintlich bestehender Dissonanzen. Nichts davon brachte der Verlauf: das Kaleidoskop war zur Ruhe gekommen, sodaß der Vorsitzende in seiner Schlußrede sagen konnte: „Die Konferenz hat jene enttäuscht, die ein Fiasco erhofft hatten. Eine große Anahl von Leuten haben erwartet, daß die Tagung eine Unzahl von Unstimmigkeiten hervorkehren werde, Tatsache aber ist, daß die Bewegung gefestigter als sonst daraus hervorgegangen ist, hat sie doch die ganze Schwere der Opposition erkannt, die gegen sie besteht."[159]

Der Parteitag 1926, der in Margate stattfand, stand unter dem Zeichen des Kohlenstreiks. Der Vorsitzende wies deshalb schon in seiner Einleitungsrede darauf hin, daß die Nationalisierung der Gruben im Programm der L. P. an erster Stelle stehe. Eine Resolution, die den gleichen Gegenstand betraf, wurde mit großer Mehrheit angenommen.[160] Natürlich wurde auf dem Parteitag der langen Leiden, der durch den Streik betroffenen Bergarbeiter Anerkennung gezollt, es wurden auch auf der Tagung noch Spenden für den Hilfsfonds gezeichnet. Aber, so führte der Vorsitzende in seiner Rede aus, die Politik der L. P. ist nicht eine Politik des Kampfes. Zwar verwirft sie keineswegs einen Streik, wo er sich als notwendig erweist, aber „laßt uns den industriellen Frieden durch versöhnliche Methoden suchen". Allen denen, die bereits jetzt wieder zu rufen anheben „bereitet euch für den nächsten Generalstreik",

[157]) Report of the annual conference, 1925, S. 352.

[158]) Report of the annual conference, 1925, S. 224 u. S. 271.

[159]) Report of the annual conference, 1925, S. 304.

[160]) Report of the annual conference, 1926, S. 201.

denen möchte ich antworten, lest die Bedingungen nach unter denen im Mai nach dem Generalstreik die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Der Sozialismus wird nicht erreicht werden durch die Verelendung der Massen; in einer Gesellschaft, die so fundiert ist, wie die unsrige, kann der Kapitalismus nicht einfach abgeschafft oder überwunden werden, er muß ersetzt werden."[161]

Unter den Resolutionen, die außerdem tief in das öffentliche Leben eingreifen wollen, ist die zu nennen, die auf die Nationalisierung von Grund und Boden drängt. Gleichzeitig wurde auf diesem Parteitag die neue Agrarpolitik der Labour Party gutgeheißen. Neu insofern, als es sich um die erste durchgehende Zusammenfassung der von der Partei in Bezug auf die Landwirtschaft und den Grundbesitz vertretenen Prinzipien handelt, während die Hauptbestandteile bereits im ersten Parteiprogramm inbegriffen waren und diese auch in den Wahlmanifesten jeweils wieder zum Ausdruck gebracht worden waren. Diese Zusammenfassung der Agrarpolitik der Partei befaßt sich besonders mit der technischen Seite der Nationalisierung von Grund und Boden, sowie mit der Möglichkeit der Verwaltung des zum öffentlichen Eigentum gewordenen Landes, ein Kapitel, das trotz seiner großen Bedeutung vorher nie klar gestellt worden war.[162]

Ueber den Parteitag in Blackpool 1927 fällt der dunkle Schatten der gewerkschaftsfeindlichen Gesetzgebung. Die Tagung lehnt in einer Resolution das Gesetz ab, da es „gegen die fundamentalsten Prinzipien der Gewerkschaften gerichtet ist, nämlich deren gesetzliches Recht über ihre Zusammensetzung, die individuelle und kollektive Freiheit des Handelns und die Verwaltung ihrer Mittel". Die Tagung nahm Kenntnis von der Entschlossenheit der Bewegung „mit jedem gesetzlich erlaubten Mittel die Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte und der gewerkschaftlichen Freiheit verfolgen zu wollen und erklärt, daß das Gesetz den industriellen Frieden erschweren wird, die Eintracht in den Industrien durch dasselbe gestört und in fast allen Zweigen unter den Beteiligten Bitterkeit, Mißtrauen und Feindschaft geweckt wird." Die Konferenz „verpflichtete sich und die ganze Bewegung zur weitgehendsten Unterstützung, um den Widerruf eines Gesetzes zu erreichen, das die schlimmste Form von Klassenjustiz in der modernen Zeit darstellt."[163]

[161]) Ebda., S. 169/170.

[162]) Das Manifest ist im Anhang zum Parteitagbericht 1926 S. 337 ff. abgedruckt.

[163]) Report of the annual conference, 1927, S. 332.

Ferner befaßte sich dieser Parteitag mit der durch den Abbruch der Beziehungen zu Rußland geschaffenen Lage.[164] Die Konferenz forderte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses damit die Angelegenheit einen gerechten Ausgang finden könne und wieder normale politische und kommerzielle Beziehungen mit Rußland ermöglicht würden.[165]

Schließlich nahm die Konferenz eine Entschließung an, wodurch die Parteiexekutive beauftragt wurde, die Politik der Partei in einem Programm neu zusammenzufassen und sie der Nation für die nächsten allgemeinen Wahlen zur Beurteilung vorzulegen.[166]

Der 28. Parteitag der L. P. 1928 fand in Birningham statt. Den größten Teil der Tagung nahm die Besprechung des neuen Programms in Anspruch (die Konferenz dauerte 5 Tage, davon waren 3 ausschließlich der Programmbesprechung gewidmet.) Der radikale Flügel der Partei (unter Maxtons Führung) griff das neue Programm an, weil es eigentlich kein Programm sei, sondern nur Thesen enthalte, die in jedem nachfolgenden Programm Verwendung finden können.[167] Die Kritik wurde zurückgewiesen durch den Hinweis, daß eine zukünftige L. Regierung nicht von vorneherein definitiv gebunden werden könne, was sie aber haben müsse, sei eine Basis, ein Programm über die Dinge, die sie zu verwirklichen versuchen soll, wobei die augenblicklichen Umstände über Zeit und Art der Durchführung entscheiden werden müssen.[168]

Von Anfang bis Ende zog sich durch die Debatten dieser Tagung ein kleines Unbehagen hin, das erst mit der Schlußrede, die dem Abgeordneten Maxton übertragen war, aus der Welt geschafft wurde. Immer wieder hatten besorgte Stimmen die Partei zur Einigkeit aufgefordert und zur einmütigen Verfolgung der gemeinsamen Ideale zu begeistern gesucht. Der Grund hierfür ist in einer sich besonders in der letzten Sitzungsperiode geltend machenden Kampfstellung Maxtons gegen die Fraktion der L. P., wie auch gegen die Parteileitung selbst zu suchen. In

[164]) Der Abbruch der Beziehungen erfolgte durch den sogenannten „Arcos-Sturm", vergl. Round Table, vol. 17, S. 774 und New Statesman, vol. 29, S. 201.

[165]) Report 1927, S. 334.

[166]) Vergl. New Statesman, vol. 29, S. 801, der den Bericht über die Tagung mit der Bemerkung schließt „die Labour Bewegung hat sich industriell und politisch in einer Situation der Erwartung zurecht gefunden".

[167]) Report 1928, S. 200.

[168]) Report 1928, S. 203.

einem unter dem Namen Maxton-Cook Manifest[169] bekanntgewordenem Schriftchen waren die Grundsätze einer radikaleren Politik zusammengefaßt und die Notwendigkeit und Berechtigung der Unzufriedenheit mit der eignen Partei vor das Publikum gebracht und dieses so auf den Zwiespalt in der Labourbewegung aufmerksam gemacht worden. Ein weiterer Grund zur Unzufriedenheit schien den Radikalen auch das Paktieren der Gewerkschaften mit den Kapitalisten, wie sie es hinter den Konferenzen witterten, zu denen der Industrielle Mond in der Hoffnung die Gewerkschaftsführer eingeladen hatte, daß es möglich sein möchte, die Schwierigkeiten, die sich auf der Linie der Arbeitsverträge immer wieder neu stauten, auf ein Minimum durch gemeinsame Besprechungen zu beschränken oder eine Lösung für sie zu finden.[170]

Der Parteitag 1928 ist eine Art Schlußglied: die Linie, die ihn mit den beiden vorangegangenen Parteitagen verbindet, hat eine Verstärkung erfahren, von dem auf dem Parteitag 1925 noch lebendigen Kampfgeist trägt sie aber keine Spuren mehr an sich, gewiß, sie weicht nicht ab vom Bekenntnis zum Sozialismus, aber es ist nun durchaus ein Sozialismus der friedlichen Eroberung, und dies trotz des zum Streite aufreizenden Gewerkschaftsgesetzes. Es stehen eben dahinter die Erfahrungen aus dem Jahre 1926 und man muß es der englischen Arbeiterbewegung von einem unparteiischen, nur unter dem Gesichtswinkel des vernunftmäßigen Urteils gestellten Standpunkt aus, zum Guten anrechnen, daß eine Notzeit, wie sie das Jahr 1926 und die nachfolgenden für sie bedeutet haben, sie zur Mäßigung der Taktik bestimmen konnte. Der Parteitag 1928 hat der L. P. in Großbritannien (durch die Niederlage, die der linke Flügel auf ihm erlitten hat) in weiten Kreisen der Wählerschaft Vertrauen erobert.[171]

b) das neue Parteiprogramm

Man war sich innerhalb der Partei vorerst nicht klar darüber, welche Ausmaße dem neuen Programm beigegeben werden sollten. Sollte es sich um ein Wahlprogramm allein handeln, das die nächste L. Regierung zur Ausführung verpflichtete oder um ein allgemeines Programm, das die L. Politik überhaupt festzulegen hatte, sodaß die L. Regierung die Punk-

[169]) Vergl. New Statesman, vol. 31, S. 157.

[170]) Vergl. New Statesman, vol. 30, S. 157.

[171]) Vergl. Round Table, vol. 19, S. 148 u. vol. 19, S. 591, wo festgestellt wird, daß „die sozialistische Partei gegen rechts gerückt ist".

te, die sie für die Durchführung reif hielt, sich nach freier Wahl aussuchen konnte? Die Mehrheit der Partei entschied in der Auslegung nach der zweiten Annahme. So wurde denn von der Exekutive das zweite Parteiprogramm unter dem Titel „Labour and the Nation“[172] (die Arbeiterschaft und die Nation) in der ursprünglichen, dem Parteitag vorgelegenen Fassung der Oeffentlichkeit übergeben. Das Programm ist fast nochmals so umfangreich als sein Vorgänger von 1918; es umfaßt 46 Seiten ausführenden Text, 3½ Seiten summarisches Aktionsprogramm und einen Anhang von 4 Seiten über die Bank- und Kreditpolitik der Partei. (Im ganzen also incl. der Titelblätter 53 Druckseiten; zum Vergleich sei angeführt daß beispielsweise das Heidelberger Programm der SPD nur 2 Seiten Text und 4 Seiten Aktionsprogramm umfaßt.)

Was bringt nun dieses neue Programm der L. P. Neues? Es wird zuerst mit den Gegenständen, deren Verwirklichung die L. P. sich zur Aufgabe gemacht hat, bekanntgemacht. Es sind Objekte des nationalen Lebens: die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Emanzipation des Volkes, für die Arbeiter die Sicherung der vollen Früchte ihres Fleißes, die Ueberführung der Produktionsmittel in öffentliches Eigentum und ein System öffentlicher Kontrolle über die Industrien; es sind ferner Objekte des britischen Reiches: die Zusammenarbeit der Labour- und sozialistischen Organisationen in den Dominions und den andern britischen Gebieten, um auch dort für die arbeitende Bevölkerung einen höheren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensstandard zu erreichen; es sind endlich Objekte des internationalen Lebens; die Zusammenarbeit mit den Arbeiter- und sozialistischen Organisationen in den andern Ländern, die Mithilfe an der Organisierung des Völkerbundes, der für Freiheit und Frieden zu sorgen hat und dem die Errichtung einer geeigneten Institution zur Beilegung internationaler Streitfälle durch Vermittlung und schiedsrichterliches Verfahren obliegt, und der schließlich für die Einführung einer internationalen Gesetzgebung auf allen dafür geeigneten Gebieten zu sorgen hat.

Die Einführung betont ausdrücklich, daß das Programm sich in erster Linie an die Arbeiter und Sozialisten wendet, auch in den folgenden Seiten wird dies nochmals wiederholt, doch erfolgt dabei eine solche Ausdehnung des Begriffes Arbeiter, daß der Mittelstand so ziemlich in seiner Gesamtheit inbegriffen ist.

[172]) Im Selbstverlag der L.P.

Das Aktionsprogramm ist eine Zusammenfassung der Punkte, die für die sofortige Ausführung reif sind und stellt somit eine Auslese aus den im allgemeinen Teil vorgeführten Aufgaben dar.[173]

Man kann das Programm betrachten von welcher Seite man will, man wird auf jeden Fall etwas darin für eine fortschrittliche Politik, auf welchem Gebiete des menschlichen Lebens auch immer man sie anzuwenden haben mag, finden können. Das Programm hat eine breite Basis sowohl zeitlich als auch räumlich dimensional.[174] Es genügt bei einer sofortigen Uebernahme der Regierung, es genügt aber auch für die Fortführung dieser Regierung durch vielleicht mehrere Generationen. (Es kommt dabei ja ganz auf die Faktoren an, die den Fortschritt hemmen oder fördern, oder auch nur zulassen werden).[175] Die theoretische Fassung des Programms ist unklar und vielfach unpräzis, aber dafür ist auch fast kein einziger praktischer Punkt aus dem nationalen und internationalen Leben vergessen. Was in dieser und jener Beziehung zu geschehen hat, das ist vertreten, wie es zu geschehen hat oder geschehen kann, das werden die Zeitumstände dann ergeben, die sich ja so oft nicht scheuen, selbst für die schönsten theoretischen Fixierungen keine Tür zur Realisierung offenzulassen.

Mac Donald sagt im Vorwort zu diesem Programm, daß es die Aufgabe der L. P. sei, „den Kapitalismus in den Sozialismus überzuführen;" diese Aufgabe mußte das Programm also vorallem beleuchten, dazu braucht es aber „die Darstellung gestaltender Ideen und eine Zusammenstellung der Einzelpunkte, und beides haben wir ausgeführt".[176] Diese Empfehlungen, die dem Programm vom Führer der Bewegung mit auf den Weg gegeben wurden, scheinen nach britischer Auffassung erreicht.[177]

[173]) Das Aktionsprogramm ist vollständig abgedruckt in Wertheimer, Antlitz, S. 68—72.

[174]) Vergl. New Statesman, vol. 33, S. 106.

[175]) Wertheimer nennt (Antlitz S. 64) als Hauptredakteur des Programms den Abgeordneten A. Greenwood.

[176]) Report 1928, S. 197.

[177]) New Statesman, vol, 31, S. 444 meint „es (das Programm) ist als Ganzes von der Idee des Sozialismus nspiriert".

IV. Teil: Die zweite Labourregierung vom Mai 1929 bis August 1931

1. Uebernahme der Regierung und vordringliche auswärtige Angelegenheiten

Im Mai 1929 riefen allgemeine Wahlen das politische Interesse der Engländer wieder einmal auf zum Entscheid. Die seit den letzten allgemeinen Wahlen stattgehabten Nach- und Munizipalwahlen ließen schon seit langem ein deutliches Nachlassen der Sympathie für die konservative Regierung zugunsten der L. P., aber auch der Liberalen erkennen. Die L. P. war bereits zum Kampfe gerüstet; mit einem neuen umfassenden Programm konnte sie vor das Volk treten, ein beträchtlicher Wahlfonds war durch die Opferbereitschaft der Anhänger angesammelt worden.

Die Wahlen fanden am 30. Mai statt. Die L. P. erhielt 8.364.883 Stimmen und gewann damit 288 Sitze im Unterhaus. (Die Konservativen hatten 261 Sitze gewonnen, die Liberalen nur 57, obwohl 5.300.947 Stimmen für sie abgegeben worden waren. Durch das Prinzip der relativen Mehrheit besteht in England oft kein richtiges Verhältnis zwischen erlangter Stimmenzahl und den damit erreichten Unterhaussitzen.)[178] Labour war somit die stärkste Partei im Unterhaus geworden, wenngleich sich ihre Hoffnung auf Erlangung einer unabhängigen Mehrheit nicht erfüllt hatte.

In der Kritik zur Thronrede nahmen die Konservativen die Gelegenheit wahr, ihre Stellung zu der neuen Regierung kundzutun „solange sich die Minister damit zufriedengeben werden, das Land zu verwalten und sie (dadurch) zu einer Stärkung des kapitalistischen Systems beitragen... besteht keinerlei Grund, warum sie nicht einige Zeit im Amte bleiben sollten, wenn sie auch eine Minderheit im Lande vertreten. In dem Augenblick jedoch, in dem sie versuchen werden, eine der fundamentalen Großsprechereien auf welche der Aufbau und die Zunahme der Partei sich stützen und die ihren Beweggrund eigentlich bilden, zu verwirklichen, von dem Augenblick an werden sie aus der Macht gedrängt werden."[179]

[178]) Die L.P. hatte bei diesen Wahlen besonders gut abgeschnitten, sie erhielt bereits auf 27 oder 28000 Stimmen einen Sitz, die Konservativen bei 33000 Stimmen, die Liberalen aber erst bei 91000 Stimmen (Parl. Deb. vol. 229, S. 155).

[179]) Parl. Deb., vol. 229, col. 126.

Auch die Liberalen und der eigene linke Flügel legten der neuen Regierung widerspruchverheißende Wiegengaben zu Füßen.[179a] So begann die zweite Labour-Regierung unter nicht weniger schwierigen Verhältnissen als 1924, denn auch die außenpolitischen Beziehungen Großbritanniens waren sehr verbesserungsbedürftig. Wieder stand im Vordergrund die Notwendigkeit einer Revision des Reparationsproblems, die Beziehungen mit Rußland waren vollständig abgebrochen, in den Vereinigten Staaten herrschte eine weitverbreitete Verstimmung gegen England infolge Fehlschlags der Flottenverhandlungen. Im Innern fand sich die Wirtschaft in einer schweren Depression, die Arbeitslosigkeit erfuhr kaum mehr die saisonbedingten Minderungen, der Unterstützungsfonds war erschöpft.[180]

a. Die Besserung der auswärtigen Beziehungen. — Bereits im August finden im Haag die Verhandlungen zwischen den Schuldnerstaaten statt. Snowden, der wiederum Labour-Finanzminister ist, holt sich dabei den Beinamen „eisener Schatzkanzler". England ist bereit einer gänzlichen Ausderweltschaffung der Reparationen zuzustimmen, aber es ist nicht gewillt zugunsten seiner eigenen Schuldner Opfer zu bringen, wo diese selbst auf ihrem Anteil den andern gegenüber bestehen. Henderson, der Labour-Außenminister, unterstützte im Haag die deutsche Forderung auf endgültige Rheinlandräumung.

Die nächste Aufgabe der Labourregierung bestand in dem Versuch die Vereinigten Staaten umzustimmen. Dies gelang Mac Donalds inzwischen international gewordener Methode der Behandlung internationaler Probleme durch persönliche Fühlungnahme. Seine Amerikareise konnte einen durchgreifenden Erfolg in dieser Hinsicht verzeichnen.[181]

Auch die Verhandlungen mit Rußland wurden alsbald nach dem Regierungsantritt wieder aufgenommen. Der englische Außenminister stellte freilich vorallem die ganz bestimmte Forderung an Rußland, daß es keinerlei bolschewistische Propaganda in England in Zukunft unternehmen, unterstützen oder auch nur dulden dürfe, auch sollte das Schuldenproblem ge-

[179a]) Vergl. Parl. Deb. vol. 229, col. 127 u. 154 u. 164.

[180]) Vergl. ebda. vol. 229, col. 1127.

[181]) Vergl. Hessel Tiltman, a. a. O., S. 235 ff.

[182]) Ueber Mac Donalds Verhandlungen in Amerika zeigte man sich in England sehr befriedigt. „Der Erfolg von Mac Donalds Besuch in Washington ist unbeschränkt gewesen. (Es ist in Worte gefaßt worden, was alle wohl unterrichteten Beobachter auf den beiden Seiten des Ozeans seit langem gedacht haben)", so New Statesman, vol. 34, S. 1.

genüber den britischen Untertanen endgültig geregelt werden. Im Interesse der englischen Wirtschaft wurde die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen jedoch nicht bis zum Abschluß eines Vertrages verschoben.[183] Rußland zeigte aber bald wieder einige Laxheit in Erfüllung der übernommenen Verpflichtung auf Unterlassung der kommunistischen Propaganda; bald nach dem Austausch der Botschafter tauchen Gerüchte auf über russische propagandistische Einflüsse in Britisch-Indien.[184] Am 5. November 1929 erteilte das Unterhaus mit 326 gegen 201 Stimmen seine Zustimmung zu den Verhandlungen mit dem russischen Geschäftsträger. Erst im April 1930 kam ein Handelsabkommen zustande, das Rußland die Meistbegünstigung zugesteht, den Handelsdelegierten wieder mit diplomatischen Vorrechten ausstattet und durch besondere Klauseln die Ausdehnung des Abkommens auf die Dominions und die englischen Kolonien vorsieht. Das Abkommen soll bis zum Abschluß eines eigentlichen Handelsvertrages in Kraft bleiben.[185]

b) Das Problem Indien und die L. P. Seit dem Jahre 1917, da das englische Versprechen von der Schaffung des Dominionsstatus für Indien dort bekannt geworden war,[186] hat sich die Erwartung darauf von Jahr zu Jahr in fieberhafter Weise gesteigert und jede Partei und jede Regierung in Großbritannien hat sich um dieses Problem bekümmern, und hat die unangenehmen Folgen eines unklaren Versprechens, dessen Durchführung zu mindest eine eingehende Prüfung und Besprechung mit den Vertretern der davon Betroffenen voraus verlangt, erleben müssen. Neue Hoffnung weckte ein Kabinett der Arbeiterpartei.

War doch auf dem Parteitag 1918 eine Resolution angenommen worden des Inhalts, daß „alle Abgeordneten im Unterhaus ihr Möglichstes tun sollten, um auf die Regierung einen Druck auszuüben, damit den Völkern in Indien, und andern britischen Gebieten ihre vollen Rechte, einschließlich der Selbstverwaltung gewährt werden".[187] Diese Stellung der L. P. Indiens gegenüber hat die britische Delegation auf dem Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongreß in Bern im Jahre 1919 aus-

[183]) Das hat Henderson den Vorwurf eingetragen, das er durch Parteidruck von seiner erst gezeigten festen Position abgerückt sei, vergl. Round Table, vol. XXX, S. 119.

[184]) Vergl. Round Table, vol. XX, S. 362.

[185]) Vergl. Labour Magazine, vol. VIII, Nr. 8, S. 362 u. vol. IX, Nr. 1, S. 25 ff.

[186]) Vgl. Labour Year-Book, 1925, S. 452

[187]) Rep. 1918, 17th. S. 138;

drücklich bekräftigt.[188] Im Jahre 1920 verpflichtete sich Großbritannien durch den Goverment of India Act Indien sobald als möglich unter die Dominions mit Selbstverwaltung einzureihen. Der Parteitag 1922 spricht der L. Fraktion den Dank des Parteitages aus dafür, daß sie dieses Gesetz gestützt habe und verlangt, dem Problem auch weiterhin volle Aufmerksamkeit zu widmen.[189] Während der ersten L. Regierung fanden wiederholt Besprechungen zwischen englischen Arbeiterführern aus der L. P. und dem Ministerium für Indien statt. Etwas Positives wurde dabei jedoch nicht erreicht. Am 21. März 1924, also knapp einen Monat nach dem ersten Regierungsantritt der L. P. erfolgte im Unterhaus eine größere Indienaussprache.

Der Unterstaatssekretär für Indien erörterte den Regierungsstandpunkt mit sehr vorsichtigen Worten „es ist meine Ueberzeugung, daß die Regierung voll Sympathie ist mit den von den Regierungen in den letzten 40 Jahren vor diesem Haus vertretenen Ideal, daß es vielleicht die Absicht dieses Landes sein wird, dem, was wir hoffen, daß es das große Dominion Indien sein wird, volle und ganze Selbstverwaltung zugestehen[191].

Die L. Regierung unterschied sich also in der Vorsicht um die Erhaltung des Reiches in nichts von einer anderen Regierung. Die Dissonanz, die zwischen Anempfehlen in der Oppositionsstellung und Anwenden in den Regierungsgeschäften besteht, und die so oft die Harmonie in der politischen Sphäre zu stören pflegt, trat scharf hervor.[192]

Im Sommer 1930 war der Bericht der Simonkommission zur Veröffentlichung gekommen.[193] Darin ist festgestellt, daß zwar die Tage der vorwiegend britischen Regierung in Indien gezählt seien, andererseits aber seien die Schwierigkeiten durch die religiösen und Rassengegensätze derart groß, daß der Uebergang zur vollen Selbstverwaltung sich in der allernächsten Zeit noch nicht werde durchführen lassen[194]

[188]) Rep. 19, S. 205;

[189]) Rep. 1922, S. 204;

[190]) Parl. Deb. vol. 170, cal. 2290.

[191]) Ebda., col. 2294.

[192]) New Statesman, vol. 28, S. 754 macht in einem andern Zusammenhang auf diese Diskrepanz zwischen Oppositionsförderung und Regierungsvornahme aufmerksam.

[193]) Die Kommission war 1927 eingesetzt worden und Mac Donald hatte indischen Arbeitervertretern schon damals erklärt, daß diese Kommission das Vertrauen der L. Party habe.

[194]) New Statesman. vol. 35, S, 293 schreibt hierüber: „Kein vernünftiger Mensch der die religiösen und rassischen Gegensätze in Britisch Indien und den Staaten unter den Prinzen studiert hat, oder die Frage der Armee, kann

Der Bericht der Kommission wurde in Indien äußerst schlecht aufgenommen, schlechter als man sowieso es erwartet hatte.[195] Im Herbst 1930 kamen die Vertreter des indischen Volkes in London zusammen um die aus dem Bericht erwarteten Früchte zu ernten. Die Hoffnung, die die Konferenzteilnehmer beseelte, kam in dem Dank eines mohamedanischen Delegierten an die Premierminister der Dominions, die an der Eröffnungsfeier teilnahmen, zum Ausdruck: „diese (Vertreter der Dominions) seien gegenwärtig, damit sie Zeugen seien bei der Geburt eines neuen Dominions Indien".[196]

So einfach und so schnell war aber das Problem nicht zu lösen. Bis Ende Januar dauerte die Konferenz und es wurde manches darauf erreicht, aber ein definitives Resultat war nicht zu erlangen gewesen. Selbst die Vermittlungskunst Mac Donalds reichte nicht aus, den religiösen Gegensatz unter den Delegierten auszugleichen, obwohl er es durch sein persönliches Dazwischentreten verhindert hat, daß die Konferenz vorzeitig abgebrochen werden mußte. Die Basis, auf der eine weitere Entwicklung der Frage möglich sein wird, kennzeichnet ein liberaler indischer Delegierter also, „es handelt sich in erster Linie nicht darum, ob England weiter in Indien regieren wird, oder ob es abdanken soll..... Wenn es aber bleibt, dann muß dies unter Bedingungen geschehen, die den Indern angenehm sind....."[197]

Der Erfolg der Konferenz war, trotzdem er nicht die Lösung des Problems „Indien" einschloß, doch über Erwarten groß. Die indischen Delegierten reisten nach Hause mit Generallinien für eine zukünftige indische Verfassung in der Tasche. Der Dominionsstatus ist zwar noch nicht erreicht, „muß aber, wenn die Dinge einigermaßen normal verlaufen, über kurz oder lang beinahe automatisch verwirklicht werden", so urteilt ein ausländischer Beobachter.[198]

Für die Inder hat die Konferenz deutlich gemacht, daß eine Aenderung ihrer innerpolitischen Lage unbedingt dem Dominionstatus vorausgehen muß. Mühsam muß Stein um Stein zusammengetragen werden, das zeigte die Konferenz deutlich, um den Bau dieses, wenn es gelingen sollte, zukunftsreichen

einen nahen bevorstehenden letzten Schritt zur Freiheit Indiens erwarten." vergl. auch Round Table, vol. XX, S. 679, 706 und 778.

[195]) Vergl. New Statesman, vol. 35, S. 353 und Round Table vol. XX, S. 802 ff.

[196]) New Statesman, vol. 36, S. 397.

[197]) New Statesman, vol. 36, S. 397.

[198]) Berliner Tagblatt, Morgenausgabe 22. Jan. 1931, Titelblatt.

Dominions aufzuführen; die L. P. hat es gewiß nicht fehlen lassen, das ihrige dazu beizutragen.

c) Die L. P. und die ägyptische Frage. Ein anderes Problem, das die englische Außenpolitik unter der Führung des L. Kabinetts gern zur Lösung gebracht hätte, betrifft Aegypten. Seit 1882 war Aegypten unter britischer militärischer Besetzung. Die nationale Welle war seit dem Kriege auch in Aegypten im Steigen begriffen und drang von Jahr zu Jahr mehr auf eine Klarstellung der ägyptischen und britischen Interessen und vorallem auf die Zurücknahme der fremden Besatzungstruppen. Schon während der ersten L. Regierung waren deshalb Verhandlungen geführt worden, die einen günstigen Ausgang versprachen, zum Schluß jedoch an der Sudanfrage gescheitert sind. Die konservative Regierung hatte dann während ihrer Amtszeit die Verhandlungen wieder aufgenommen, ein Resultat wurde jedoch nicht erzielt. Die L. Regierung trat im Sommer 1929 in den Verhandlungsgang ein und erklärte sich vor allem zu einer Zurückziehung der britischen Truppen in der Kanalzone bereit. Auch über die Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit wurde verhandelt und auch hier zeigten sich keine besonderen Schwierigkeiten. Die Frage wegen des Sudans sollte durch eine gemeinsame Verwaltung durch Großbritannien und Aegypten gelöst werden. (Eine solche hatte auch schon früher bestanden). Es war das Bestreben Hendersons als britischer Außenminister einen Frieden in Ehren zustandezubringen, daß der Sudan jedoch eventuell wieder ganz an Aegypten zurückzugeben sei, einen solchen Gedanken hat auch die L. Regierung nie erwogen. Die Verhandlungen scheiterten erneut an dieser Frage.[199] So war es der L. Regierung nicht vergönnt gewesen, dieses alte Problem einer Lösung entgegenzuführen, denn zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen kam es im Laufe der zweiten L. Regierung nicht mehr. Daran hinderten einerseits dringliche europäische Fragen, andererseits große internationale Aufgaben und nicht zuletzt die ungeklärte Lage in Aegypten selbst:

2. Die L.P. und das Britische Commonwealth of Nations

Wenn immer in der englischen Politik die Rede auf die Dominions kommt, so stellen drei Hauptproblem sich in den Vordergrund: die Bevölkerungsfrage, der zwischenstaatliche Handel und das Zollproblem. Da die Zollpolitik der L. P. in einem

[186]) Vergl. New Statesman, vol. 35, S. 38 u. 234.

eigenen Abschnitt behandelt werden wird, können sich die nachstehenden Ausführungen auf die Darlegung der Stellung der L. P. zu den ersten beiden Problemen beschränken.

a) Die Reichssiedlung. Das englische Reich ist einzigartig in seiner Struktur: 450 Millionen Menschen, das ist mehr als ein Viertel der Erdbewohner, auf einem Viertel der Erdoberfläche werden in demselben durch verfassungsrechtliche Grundsätze zu einer Einheit verbunden.[200] Im Jahre 1926 erhielten auf einer Reichskonferenz in London die Dominions die gesetzliche Sanktion für ihre bereits seit 1917 de facto bestehende Emanzipation. (Die Vertreter der Dominions hatten als selbständige Mitglieder an den Friedensverhandlungen teilgenommen und für ihre Länder jeweils die Verträge unterzeichnet: auch in den Völkerbund waren die Dominions als selbständige Mitglieder aufgenommen worden).[201] Die Resolution, die die gesetzliche Unabhängigkeit der Dominions fixiert, ist wiedergegeben in Lab. Magazine vol. IX, Nr. 8, S. 339. Unzweifelhaft kommt der L. P. ein Anteil am glücklichen Zustandekommen einer Umschiffung der drohenden Reichszersplitterung zu.[202] So großartig dieser Zusammenschluß aber auch ist, es erwachsen mancherlei Schwierigkeiten daraus, denn die Dominions haben oft Interessen, die sie unter allen Umständen wahren wollen, die aber denen des Mutterlandes entgegengesetzt sind. Dies zeigt sich besonders in der Migrationspolitik.[203]

England braucht dringend Auswanderungsland für seine überschüssige Bevölkerung. Wenn auch in den Nachkriegsjahren die Auswanderung stark zurückgegangen ist, (Schuld daran ist vor allem die schlechte Wirtschaftslage in den Einwanderungsgebieten, aber auch die zu hohen Reisekosten) so sind doch 1923 z. B. noch über eine Viertelmillion britischer Untertanen nach Uebersee gegangen, um dort einen bleibenden Aufenthalt zu nehmen. Die L. P. förderte im wesentlichen die Familienemigration, weil damit die besten Erfahrungen bis jetzt gemacht worden waren. Mehr und mehr verengte sich die Aufnahmefähigkeit der alten Einwanderungsländer, und im Jahre 1931 zeigen die Statistiken soviel wie ein vollständiges Ver-

[200]) Round Table, vol. 19, S. 229.

[201]) Labour Year-Book, 1925, S. 458.

[202]) Kanada drohte im Sommer 1924, daß es drei Wege offen habe: die diplomatische Gleichberechtigung mit England, die volle Unabhängigkeit oder den Anschluß an die U. S. A. (Beer, das England der Gegenwart, S. 31.

[203]) Vergl. Round Table, vol. XX, S. 775.

siegen der Auswanderung.[204] Schon aus diesen kurzen Angaben wird ersichtlich, daß Großbritannien im Interesse seiner Auswanderer gezwungen ist, sich um die Ausgleichung der Interessen zwischen den Dominions und dem Mutterlande zu bemühen. Die Dominions pflegen als erste Forderung gewöhnlich an das Stammland die zu stellen, daß ihren Produkten eine vorzugsweise Zollbehandlung gewährt wird.

b) Die Reichskonferenz im Herbst 1930. Um dem Problem der Förderung der Handelsbeziehungen innerhalb des britischen Reiches nahe zu kommen, wird man am besten einen Blick auf die Reichskonferenz im Herbst 1930 werfen, denn sie war vorzugsweise damit beschäftigt. Die Konferenz wurde am 1. Oktober in London eröffnet und der L. Regierung oblag es zum ersten Male, aus ihrer Partei die Regierungsvertreter zu stellen. Während die Reichskonferenz 1926 hauptsächlich die Klarstellung der verfassungsrechtlichen Lage der Dominions zur Aufgabe hatte, standen auf dieser Konferenz in erster Linie wirtschaftliche Fragen zur Diskussion. Der Vertreter Kanadas trat sehr bald mit einem Präferenzzollanerbieten hervor, da nach seinen Ansichten nur ein System von Vorzugszöllen die Handelsbeziehungen unter den Reichsgebieten beleben und erhöhen könne. (Er verschwieg dabei keineswegs das treibende Moment in seinem Anerbieten, „die Getreidespeicher Kanadas füllen sich in beängstigender Weise".) Auch Australien schloß sich dem kanadischen Vorschlag an, aber die Regierung war nicht in der Lage diesen Wünschen zu entsprechen. Man hatte sich in England zu einer Subvention der eigenen Landwirtschaft entschlossen, um zu erreichen, daß die anbaufähigen Flächen vermehrt würden, aber man konnte nicht gleicherweise auch die kanadische Landwirtschaft subventionieren, wobei noch zu berücksichtigen bleibt, daß der Vorteil, der aus den Präferenzzöllen entsteht, sehr wahrscheinlich nicht Kanada allein zugute gekommen wäre, da die Grenzen in dem Artikel Getreide zwischen Kanada und den U.S.A. nicht scharf gezogen sind, so daß man auf eine genügende Kontrolle sich nicht hätte verlassen können. Als Gegenleistung wollte Kanada den britischen Waren einen 10prozentigen Vorzug einräumen, d. h. sie sollten zu den alten Zöllen eingeführt werden. Waren aus anderen Gebieten aber nur gegen einen zehnprozentigen Aufschlag zugelassen werden; das war sehr wenig. Dabei war eine Lockerung

[204]) Vergl. New Statesman vol. II, (neue Folge) S. 26, 133 u. 134 „1931 hat sie (die Auswanderung) völlig aufgehört ... Die Auswanderung in die englisch sprechenden Gebiete hat aufgehört und zwar weil die Tore, die einst weit offenstanden, nun geschlossen und verriegelt sind."

des kanadischen Zollsystems in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, da die industriellen Gebiete zu stark im Kabinett vertreten waren. (Von 19 Ministern vertreten 15 Industriegebiete, die einen Schutz für die eigene Produktion fordern, gleichgültig welcher Herkunft die Konkurrenz ist.) Der Parteitag der L. P., der während der Reichskonferenz in Llanduno stattfand, schien den Verteidigern des Präferenzsystems vorerst etwas Mut zu machen. Mac Donald selbst legte bereits auf dem Parteitag gegenüber dem Anerbieten Kanadas eine große Zurückhaltung an den Tag und verbürgte sich vor allem dafür, daß die „eigenen Interessen vor allem ins Auge gefaßt werden" würden.[205] Auch innerhalb des Kabinetts glaubte man eine leichte Neigung für die Präferenzgewährung wahrgenommen zu haben und man schob schließlich alle Schuld an der Abweisung des kanadischen Angebotes Snowden zu. Es darf aber behauptet werden, daß das Kabinett nach Erforschung der Stimmung im Lande, nicht geneigt war, sich selbst im Augenblick, mit der Aussicht auf einen schweren Winter, durch irgend ein Zollversprechen zu behindern. Bei der Wiedereröffnung des Parlaments erklärte Mac Donald entschieden, daß eine Annahme des kanadischen Angebotes für Großbritannien unmöglich sei. (Die Regierung mußte daraufhin einen konservativen Mißtrauensantrag über sich ergehen lassen, der aber durch die Haltung der Liberalen zurückgewiesen werden konnte)[206] Die Reichskonferenz aber war auf wirtschaftlichem Gebiete, dem die Tagung zuförderst gewidmet war, fruchtlos verlaufen. Man hatte sich auf eine Anerkennung und einige Empfehlungen an das Reichshandelsamt (Empire Marketing Board) beschränken müssen.[207]

3. Die Zollpolitik der L. P. Immer mehr tritt in der Gegenwart die Bedeutsamkeit der Fragen „Zollschutz oder Freihandel" hervor". Wie stellte sich die zweite L. Regierung dazu? Die Antwort auf diese Frage kann zugleich Antwort darauf sein, was die L. P. für eine Zukunft in den nächsten zehn Jahren haben wird. In ihrem Programm von 1918 stellt die L.P. fest, „wir sind der Ansicht, daß direkte Besteuerung, sei es durch Zölle oder Abgaben streng auf Luxusartikel beschränkt werden solle und sich hauptsächlich auf solche Artikel beschränken muß, deren Konsum im nationalen Interesse einen Rück-

[205]) Report of the annual Conference 1930, S. 184.

[206]) Parl. Deb. vol. 245, col. 1539 ff.

[207]) Vergl. New Statesman, vol. 36, S. 193 und Round Table vol. 21, S. 21 ff.

gang erfahren muß."[208] Im Aktionsprogramm von 1928 heißt es „die L. P. ist für die Abschaffung der Besteuerung von lebensnotwendigen Dingen und gegen Schutzzölle". Tatsache ist auch, daß das Schutz- und Präferenzzollprogramm der Konservativen den L. P. im Jahre 1924 die Chance des Amtes verschafft hat. Dennoch wäre es voreilig, die L. P. als eine Freihandelspartei schlechthin zu bezeichnen. Neben ausgesprochenen Freihändlern, die sich um Snowden gruppieren, sind in der Partei alle Abstufungen zollpolitischer Anschauung vertreten. Viele Gewerkschaftler, deren Industrien durch die Einführung von Zöllen gewinnen können, setzen sich bereitwillig für die Einführung solcher ein. Besonders infolge der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben viele Gewerkschaftsmitglieder ihren alten Glauben an Schutzzölle wieder hervorgeholt.[209] Ziemlich einig sind die Mitglieder der L. P. in einem Punkte: keine Zölle auf Nahrungsmittel, und d. h. soviel als: keine Präferenzzölle. (Snowden hatte in seinem ersten Budget die Zölle auf einige Nahrungsmittel, wie bereits erwähnt, erniedrigt, er konnte sich aber auch bei dieser Gelegenheit nicht entschließen, den Reichsgebieten eine bevorzugte Behandlung zuzustehen).[210]

Keineswegs stellt aber der Freihandel ein eigentliches Parteiprinzip dar... „Der Freihandel löst keine sozialen Probleme", schrieb Mac Donald einmal.[211] Was die Partei will, das sind billige Lebensmittel und eine konkurrenzfähige Industrie, die möglichst vielen Arbeitern eine sichere Beschäftigung bieten kann. Dafür aber sind Nahrungszölle und Zölle auf Rohmaterialien kein günstiges Mittel. Das Verlangen der Dominions nach Präferenzzöllen entspringt meist ausschließlich egoistischen Motiven.[212] Ein stark entwickeltes Nationalgefühl läßt sie Vorteile suchen beim Mutterlande ohne diesem ein entsprechendes Aequivalent bieten zu wollen. In den letzten Jahren haben sich allerdings die schutzzöllnerischen Tendenzen in der Partei ziemlich viel Boden erobert.[213] Und wenn dagegen nichts

[208]) Report Labour and the new Social Order, S. 19.

[209]) Besonders in der Tuch-, Eisen- u- Stahlindustrie, aber auch in andern Zweigen der Textilerzeugung lt. New Statesman, vol. 32, S. 315;

[210]) Parl. Deb. vol. 174. col. 2153-2266.

[211]) Socialism and Society, S 152.

[212]) Round Table, vol. XIV, S. 248;

[213]) New Statesman, vol. 25, S. 242 „es ist auch eine andere Sektion da, nicht klein und ständig zunehmend, die sich weigert den Freihandel als eine Prinzipienfrage aufzufassen und sich nach einer Alternative umsieht."

geschah, so scheint es nicht mehr ausschließlich die Toleranz gegen rebellierende Mitglieder zu sein, die das Anwachsen der Strömung für ein Zollsystem begünstigt, wahrscheinlich steckt ein Stück Opportunitätspolitik dahinter. Mit dem Fortschreiten der Wirtschaftskrise und dem Ansteigen der Arbeitslosenziffern hat der Freihandelsblock in der Partei weiter an Anhängern verloren und man hat vermutet, daß im Oktober 1930 nur die Befürchtung vor einer Spaltung in der Partei Mac Donald abgehalten habe, einen andern Kurs einzuschlagen.[214]

Auf dem Gewerkschaftskongreß 1930 war ebenfalls die Zollfrage berührt worden, die Aussprache ergab, daß der Glaube an den Freihandel unter den Gewerkschaftsmitgliedern bereits gestorben oder nahe am Sterben war. Man redete von einem Einfuhramt, von staatlicher Kontrolle und Verteilung der Einfuhr, von der Entwicklung des Inlandmarktes und einer staatlichen Marktorganisierung, aber kein Wort vom Freihandel.[215]

Die Reichskonferenz 1930 gab den Freihändlern Gelegenheit ihre Stellung nach ihrer Festigkeit zu prüfen; aber das Angebot Kanadas war so wenig günstig, daß sie ihre Position vorerst halten konnten, allerdings nicht *mehr*. Selbst Lloyd George nahm auf einer liberalen Tagung Anlaß zu einem Vorschlag, daß man innerhalb der liberalen Partei, die Fragen, die mit dem Zollproblem zusammenhängen, einmal ordentlich prüfen solle.[216] Dies alles ließ einigermaßen auf eine definitive Aenderung der Stellung der L. Regierung zum Zollproblem gefaßt sein, aber eine solche ist dennoch nicht erfolgt.[217]

4. Die L. P. und das Problem der Arbeitslosigkeit. Zu den besonderen Schwierigkeiten, die die englische Wirtschaft und das nationale Leben in Großbritannien besonders bedrücken, zählt ein englischer Beobachter den Umstand, daß das Land in den letzten zehn Jahren dauernd etwas mehr als eine Million Arbeitslose gehabt habe.[218] Zehn Jahre, das ist eine lange Zeitdauer, es pflegen da Perioden des Aufschwunges mit solchen des Niedergangs zu wechseln, dennoch eine gerade Linie von

[214]) New Statesman, vol. 35, S. 458;

[215]) Vergl. New Statesman, vol. 35, S. 656 und 696.

[216]) Vergl. New Statesman, vol. 36, S. 69.

[217]) Es treffen die Worte auf die zweite L. Regierung zu, daß eine solche, „vielleicht unter dem Druck imperialistisch-sozialistischer und industrieschutzzöllnerischer Tendenzen zu leiden haben wird", Leubuscher, Lib. & Prot. in der engl. Wirtschaftspolitik seit d. Kriege, Jena 1927 S. 218.

[218]) Vergl. Round Table, vol. XXI, S. 487.

über eine Million unfreiwillig untätiger Hände, das ist ohne Zweifel ein Problem, das im Leben einer Arbeiterpartei eine wichtige Stelle einnehmen muß. Die Regierungszeit des ersten L. Kabinetts war zu kurz gewesen um einschneidende Maßnahmen gegen ein so großes Uebel von demselben erwarten zu können; die in der Fürsorge für die von der Not Betroffenen gemachten Verbesserungen hat die konservative Regierung alsbald wieder abgeschafft, nachstehend soll untersucht werden, was die zweite L. Regierung zur Behebung des Notstandes getan und erreicht hat.

In ihrem Wahlprogramm kündigt die L.P. ein doppeltes Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit an: Arbeitsbeschaffung, Heilungsversuch am Uebel selbst und ausreichenden Unterhalt der Arbeitslosen. Wohnungsbau und Städtesanierung, Landverbesserungen und Landnützungen, Reorganisierung des Transportwesens, Straßen- und Brückenbauten, Aufforstung, Schaffung von Kleinsiedlungsstellen, Auswanderer-Ausbildung und Unterstützung, Hebung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes, Exportkredite, alle diese Maßnahmen werden genannt im Zusammenhang mit der erhofften nationalen Entwicklung.[219]

Alsbald nach ihrem Regierungsantritt trat die Regierung mit einem großangelegten Straßenbauprogramm hervor und noch vor der Sommervertagung des Kabinetts wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Gewährung der nötigen Kredite an die lokalen Stellen vorsieht, bei denen die Ausführung der einzelnen Projekte ruht. (Es sind sowohl direkte staatliche Zuschüsse als auch staatliche Garantieübernahme für Anleihen, die zum Zwekke der Arbeitsbeschaffung gemacht werden, vorgesehen.) Ferner wurden Staatskommissionäre eingesetzt, denen die Aufgabe obliegt die überseeischen Handelsmöglichkeiten zu untersuchen und Wege für deren Auswertung anzugeben, auch das Gesetz über die Gewährung von Exportkrediten erfuhr eine Erweiterung.

Am 21. November 1929 lag dem Unterhaus ein Gesetz zur zweiten Lesung vor, das die versprochene Aenderung des Unterstützungsschemas zum Gegenstand hatte. Die wichtigste Neuerung stellt darin die Aenderung der Klausel von „der ehrlichen Arbeitssuche" dar. Nach dem Wunsche der Regierung sollte diese Klausel ganz abgeschafft werden, da dies sich aber als undurchführbar erwies, mußte man sich mit wesentlichen Milderungen derselben zufriedengeben. Die neue Klausel nimmt dem Arbeitslosen die Beweislast (für die Arbeitssuche) nicht

[219]) Report 1929, S. 304.

ganz ab, fordert jedoch die Untersuchung der verdächtigen Fälle durch unparteiische Beamte, ehe der Unterstützungsentzug verhängt werden darf.[220] Durch das neue Gesetz wurden die Unterstützungssätze etwas erhöht und das versicherungspflichtige Alter wieder auf 15 Jahre herabgesetzt. Das Gesetz hatte keinen leichten Geschäftsgang und mußte sich besonders im Oberhaus nochmals zurechtstutzen lassen. Die Lords drangen vorallem auf eine kurze Geltungsdauer des Gesetzes, durch einen Kompromiß mit dem Kabinett wurde diese auf 3 Jahre festgesetzt.[221] Die radikalen Mitglieder der L. P. zeigten sich mit diesem Gesetz sehr unbefriedigt. Es schien selbst, als ob die Clydegruppe unter der Führung des Abgeordneten Maxton eine Gefährdung des Gesetzes oder auch der Regierung wagen würde, bis nicht Snowden energisch die Aufbringung weiterer Mittel für diesen Zweck als unmöglich bezeichnete, worauf die Gewerkschaftsführer sich von der Kritik zurückzogen und Maxton mit wenigen Freunden in seinem Widerstand bedeutungslos wurde.[222]

Die Zahl der Arbeitslosen erfuhr durch das neue Gesetz zunächst eine beträchtliche Zunahme (Snowden nimmt die Zahl der dadurch neu Unterstützungsberechtigten auf 700.000 an), aber auch abgesehen von diesem Umstand ließ das Frühjahr 1930 die saisonmäßige Milderung fast ganz vermissen. Soweit eine solche sich fühlbar machen sollte, wurde sie aufgehoben durch den Uebergang zahlreicher Kurzarbeiter in die Kategorie der Vollarbeitslosen.[223] Fast jede verfügbare Zeit wurde im Unterhaus nun von den Debatten über die Arbeitslosigkeit eingenommen. (Am 16. April versuchten die Konservativen einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung, weil es ihr nicht gelungen sei, dem Uebel wirksam zu steuern, wie sie es in den Wahlversprechen zugesagt hatte, doch war der Antrag durch die liberale Stützung der Regierung ohne Erfolg). Einige Arbeiterabgeordnete[224] legten der Regierung einen Plan zur Behebung der Arbeitslosigkeit vor, der die Pensionierung der älteren Arbeiter und die Beschaffung von Mitteln für die Notstandsarbeiten durch eine große Staatsanleihe empfahl. Die Regierung

[220]) Labour Magazine, vol. VIII, Nr. 7, S. 229.

[221]) Vergl. New Statesman, vol. 33, S. 393.

[222]) Vergl. New Statesman, vol 34, S. 318 und 287.

[223]) Im Dezember 1929 hatte die Zahl der Arbeitslosen 1 344220 betragen, Ende Juli 1930 betrug sie 2011467 Labour Year-Book 1930, S. 55 und New Statesman vol. 35 S. 558:

[224]) Mosley, Lansbury und Johnston;

konnte der Annahme des Planes wegen der zu hohen Kosten, die sie bedeutet hätte, nicht nähertreten.[225] Im Mai trat Mosley aus dem Kabinett aus (er hatte darin die Stelle des Kanzlers von Lancaster eingenommen), Maxton bringt die Regierung bei der Abstimmung über den Etat des Arbeitsministeriums beinahe in Gefahr, nur die Stimmenthaltung der Liberalen ließ die Regierung eine kleine Mehrheit gewinnen.[226] Seit langem ergingen in der Presse, im Parlament, auf Versammlungen, heftige Angriffe gegen den für die Behandlung des Problems verantwortlichen Minister, den Lord Privy Seal (James Henry Thomas), sodaß Mac Donald sich gezwungen sah, einen Personalwechsel vorzunehmen; er entschloß sich die Hauptverantwortlichkeit für die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit selbst zu übernehmen. Mac Donald erläßt schließlich an die Führer der andern beiden Parteien eine Einladung des Inhalts, daß das Problem der Arbeitslosigkeit als ein überparteilicher Notstand zu betrachten sei und sie mit der Regierung gemeinsam in Beratungen die Mittel zur Abhilfe auffinden helfen möchten. Die Konservativen lehnten jedoch ab, die Liberalen hingegen nahmen die Einladung an. Es galt für das interparteiliche Komitee, das in der Folge gebildet wurde, vorallem zu untersuchen ob die Fürsorge für die aus der Bahn der Tätigkeit Gedrängten auch weiterhin zweckmäßig auf der Versicherungsbasis erfolgen sollte. Die Verhandlungen zogen sich bis in den Herbst hinein hin, ein eigentliches Resultat wurde jedoch nicht erzielt.

Auf dem Parteitag der L. P. im Oktober 1930 gab es eine gründliche Aussprache über das Problem der Arbeitslosigkeit und die Maßnahmen, die die Regierung zur Behebung desselben unternommen hatte. Der linke Flügel ließ es an heftigen Angriffen gegen die Regierung dabei nicht fehlen, doch waren diesen Anklagen durch die vorhergegangenen Aeußerungen des Premierministers bereits die Spitze abgebrochen und Mac Donald erntete für seine Schlußworte (im Anschluß an die Polemik), wie der Tagungsbericht meldet, reichen Beifall.[227] Ein Antrag, der der Regierung das Vertrauen des Parteitages über das auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit Geleistete ausspricht, wurde mit großer Mehrheit angenommen, der tadelnde Aenderungsantrag des linken Flügels war damit abgelehnt.[228] Mac Donald

[225]) Vergl. New Statesman, vol. 35, S. 139.

[226]) Ebda S. 202.

[227]) Report 1930, S. 193.

[228]) Ebda S. 200.

hatte in seiner Rede besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitslosigkeit, mit der die Regierung im Jahre 1930 zu kämpfen hatte, nicht die gleiche sei, der sie vor den Wahlen den Kampf angesagt habe. Die Weltwirtschaftslage habe sich seither stark verschlechtert und während darunter alle Länder leiden, müsse doch ein Land, das wie England stark auf die Ausfuhr seiner Erzeugung angewiesen sei, am meisten davon betroffen werden.[229] In der Presse fanden diese Ausführungen im allgemeinen die Bestätigung ihrer Richtigkeit.[230]

In der Inangriffnahme der von der Regierung vorgeschlagenen Notstandsmaßnahmen hing dieselbe stark von dem guten Willen der lokalen Behörden ab. Die lokale Behördenmaschine aber arbeitet langsam und schwerfällig.[231] Den schleppenden Gang in der Durchführung von Notstandsarbeiten sucht die Regierung im Sommer 1930 durch eine gesetzliche Maßnahme zu verbessern. Es soll künftighin nicht mehr eines eigenen Gesetzes (Private Bill) bedürfen zur Bewilligung der staatlichen Zuschüsse zu solchen Arbeiten, sondern eine aus den beiden Kammern zusammengesetzte Kommission soll die Anträge prüfen und sie der sofortigen Erledigung zuführen.[232]

Was die Regierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit der privaten Wirtschaft immer wieder anrät, das ist die Rationalisierung und zwar die Rationalisierung im einzelnen Betriebe, als auch eine solche in der Erzeugung einer ganzen Branche. Damit berührt die Regierung in der Tat eine schwere Wunde am englischen Wirtschaftskörper; nicht bloß im Ausland, wo eine unparteiische Beurteilung leichter sein mag, auch im Inland mehren sich die Stimmen einsichtsvoller Wirtschaftskenner über die schlechte Organisierung der englischen Wirtschaft im großen, wie auch im kleinen. Lancashire ist darüber fast zugrunde gegangen,[233] daß es unwirtschaftliche Betriebe weiter arbeiten ließ, der Absatzkrise jedoch durch eine unvergleichliche Arbeitszeitkürzung auf über fünf Jahre hindurch zu begegnen suchte, immer von der trügerischen und kurzsichtigen Hoffnung erfüllt, daß ein Wirtschaftsaufschwung

[229]) Ebdu S. 181/186.

[230]) In der Thronrede bei Eröffnung des Parlaments im Herbst 1930 wies die Regierung darauf hin, daß sie innerhalb des gegenwärtigen Systems nichts tun könne zur Behebung der Arbeitslosigkeit, als weitere Ausdehnung der Notstandsarbeiten zu versuchen und die sozialen Fürsorgemaßnahmen zu verstärken.

[231]) New Statesman, vol. 34, S. 287, vergl. auch Lab. Mag. vol. VII Nr. 9, S. 388.

[232]) New Statesman, vol. 35, .S 431.

[233]) 209154 Webstühle stehen still in Großbritannien, Daily Herald, vom 17. 7. 31.

die Betriebe schon wieder rentabel machen werde. Statt daß an des Uebels Wurzel, der Berücksichtigung der verlorenen Absatzgebiete, die Heilung gesucht worden wäre, eine Tatsache von vielen auf die der Volkswirtschaftler L. M.Keynes schon 1926 aufmerksam gemacht hat:[234]

Inzwischen aber mußte die Regierung Sorge tragen, daß die Arbeitslosen unterhalten werden konnten, der Versicherungsfonds mußte zahlungsfähig erhalten werden. Dies war nur möglich durch die ständige Neuaufnahme von Anleihen aus der Staatskasse. Im Februar 1931 hielt Snowden eine warnende Rede im Unterhaus über die Lage der Staatsfinanzen, diese schildert er zwar nicht hoffnungslos, aber doch sehr ernst. Die Arbeitslosenversicherung wird im Jahre 1931, bei einer Registerzahl von 2,5 Millionen Arbeitslosen (im Februar 1931 zählte man 2.624.000 Arbeitslose) ca. 100 Millionen Pfund vom Staate fordern.[235] Der Versicherungsfonds schuldete an den Staat im Februar 1931 bereits 70 Millionen Pfund, durch den ungeheueren Zinsendienst, durch den er dadurch belastet wird, wird er in seiner Substanz wieder beträchtlich gekürzt. Aber noch im gleichen Monat mußte eine neue Anleihe von 20 Millionen Pfund aufgenommen werden, um die Zahlungsfähigkeit aufrecht zuerhalten.[236]

Mac Donald nahm am 12. Februar 1931 wieder Gelegenheit (in einer Rede im Unterhaus) zu betonen, daß die Nation vorallem darauf sehen müsse, daß sie ihre natürlichen Hilfsquellen ausbaue und die Industrie durch Rationalisierung auf den heutigen Stand der Technik gehoben werde, damit sie konkurrenzfähig wird. Die Notstandsarbeiten haben immer nur einen vorübergehenden Charakter, das dürfe nicht vergessen werden.[237]

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß ein liberales Programm zur Behebung der Arbeitslosigkeit, das große, sich über zwei Jahre hinziehende Notstandsarbeiten, die einen Aufwand von 250 Millionen Pfund erfordern würden bei einer Beschäftigung von 700.000 Mann (die Mittel sollten durch eine Staatsanleihe aufgebracht werden) nicht angenommen wer-

[234]) Vergl. Lancashires Schuld und Not, Germania vom 30. 7. 1929; über zu hohe Kosten in der Industrie vergl. Round Table, vol. 21, S. 52 und über Lancashire ebda, S. 393;

[235]) Ca. 15 Millionen Staatsbeitrag zur Versicherrng, 35—40 Mill. Krisenunterstützung, 40—50 Mill. Darlehen an den Fonds.

[236]) Parl. Deb. vol. 248, col. 1554.

[237]) Ebda. vol. 248, col. 246 ff.

den konnte. Die Regierung hatte bereits Pläne für 135 Millionen Kosten angenommen und dadurch für 200.000 Arbeiter Beschäftigung geschaffen.

Da die Klagen über einen weitgehenden Mißbrauch des Unterstützungsbezuges sich mehrten, wurde im Dezember 1930 eine Kommission eingesetzt, die die Mittel ausfindig machen sollte, die Versicherung wieder solvent und sich selbsttragend zu gestalten und Mißbräuche aufdecken und Wege zur Verhütung angeben sollte.[238] Die Kommission gab nach umfangreichen Untersuchungen und nach Anhören aller zuständigen Stellen der Wirtschaft einen Interimsbericht heraus.[239] In demselben wurde zunächst festgestellt, daß die durchschnittliche Arbeitslosigkeit, wie sie dem Aufbau des Versicherungsschema zugrundeliegt, als zu niedrig angenommen worden ist. Zugleich erhält die Zusammensetzung der Unterstützungsempfänger und deren Beitragsleistungen eine interessante Beleuchtung. Als Sanierungsmaßnahmen empfiehlt der Bericht an erster Stelle die Einstellung des Borgens. Um dies zu ermöglichen, sollen die Unterstützungssätze herabgesetzt, die Versicherungsbeiträge erhöht und die Unterstützungsdauer abgekürzt werden; am besten sei eine Kombination der drei Maßnahmen. Durch die Kürzung der Unterstützungsdauer wird zwar die Krisenunterstützung, die vom Staat allein getragen wird, stärker belastet, dies würde aber einesteils durch die Kürzung der Unterstützungssätze ausgeglichen, andererseits erwartete man, daß viele Arbeitslose auf den Weiterbezug der Unterstützung sobald die Nachprüfung der Bedürftigkeit einsetzt (eine solche wird für die Krisenunterstützung allgemein empfohlen) auf die Unterstützung überhaupt verzichten werden. Die meisten Unterstützungsmißbräuche stellte die Kommission auf dem Gebiet der Saison-, Kurz-, Aushilfe- und Gelegenheitsarbeiter fest und schlägt entsprechende Gegenmaßnahmen vor, die sich im Rahmen der auch in anderen Ländern (Deutschland, Italien) getroffenen bewegen.

Das Hauptresultat des Berichtes ist die Einsetzung eines Beratungsausschusses zur Unterstützung des Arbeitsministeriums gewesen. Im übrigen aber brachte der Bericht nichts Neues. Daß man durch eine Kürzung der Unterstützungssätze (die kaum über dem Lebensnotwendigsten stehen) und eine Erhöhung der Beiträge (die Wirtschaft klagt aber bereits über zu hohe soziale Lasten) die Finanzen des Fonds verbessern kann,

[238]) Vergl. Manch. Quard. Weekly, vol. Nr. 23, v. 7. 12. 30.

[239]) First Report of the Royal Commission on Unemployment Insurance Comd. 3872 June 1931.

das hatte man wohl auch vorher gewußt. Eine eingehende Darlegung des Unterstützungsbestandes kann vielleicht als das wertvollste an dem Bericht erscheinen, doch können die mitgeteilten Ziffern nur einen relativen Wert haben, weil der Bestand der Unterstützungsempfänger sich natürlich in einer ständigen Fluktuation befindet.

Um die im Bericht aufgezeigten Mißstände möglichst zu beheben, wurde im Unterhaus alsbald ein Gesetz über die Anomalitäten eingebracht, und verabschiedet.

Der Manchester Guardian Weekly (vom 12. Juni 1931) schließt seine Betrachtung über den Bericht mit dem Satz: „es sind harte Ratschläge für eine harte Zeit, aber es gibt keinen Weg, der nicht hart ist."

Die L. Regierung hatte neben der direkten Behandlung des Problems der Arbeitslosigkeit diesem auch auf verschiedenen indirekten Wegen beizukommen gesucht, so durch das Gesetz für die Heraufsetzung des Schulalters, wodurch der Arbeitsmarkt von jugendlichen Arbeitern entlastet werden sollte; ferner durch das Gesetz über die Landnützung, das durch die erleichterte Schaffung von Kleinsiedlungsstellen geeigneten Arbeitslosen eine neue Lebensmöglichkeit eröffnen sollte. Außerdem hat sie sich die Förderung des Inlandsmarktes stets besonders angelegen sein lassen. Durch das Gesetz über den heimischen Absatz (Marketing Bill) sollte zwar einesteils besonders der Landwirschaft geholfen werden, andererseits aber wird durch die Verdrängung von ausländischen Produkten, das erwartete man sich von dem verbesserten Marktsystem, ein erhöhter Absatz der heimischen Produkte mehr Beschäftigung im Lande schaffen.[240] Auch den Feldzug gegen ausländische Waren hat die Regierung stets gestützt.[241]

Bei der Betrachtung über die englische Arbeitslosigkeit darf auch nicht übersehen werden, daß die Auswanderung, die vordem den englischen Arbeitsmarkt doch jährlich um mehrere Hunderttausend erleichtert hat, vollständig aufgehört hat, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt worden ist.

[240]) New Statesman vol. 36, S. 543 nennt das Landnützungs- und das Marktgesetz „die meist versprechenden Maßnahmen, die die Regierung bis jetzt zur Bekämpfung d. Arbeitslosigkeit getroffen hat."

[241]) Vergl. Lab. Mag. vol. VIII, Nr. 10, S. 457.

5. Die großen Gesetzeswerke der zweiten L. Regierung vor dem Parlament

Der zweiten L. Regierung ist es trotz ihrer verhältnismäßig kurzen Dauer von knapp zwei Jahren gelungen eine Reihe wichtiger und umfassender Gesetzeswerke dem Parlament zuzuleiten und die Durcharbeitung derselben zu erlangen. Sich eingehend mit diesem Teil der Regierungstätigkeit des zweiten L. Kabinetts zu befassen, würde eine eigene kleine Arbeit bedeuten, deshalb kann hier nicht mehr als ein Ueberblick über die wichtigsten (vom Standpunkt der L.P. aus) der eingebrachten legislativen Vorschläge gegeben werden.

Den wichtigsten Platz in der Gesetzesarbeit der Regierungsperiode nimmt ein Gesetz ein, das für die Kohlenindustrie einigermaßen eine Verhandlungsbasis schaffen sollte, und zugleich den Achtstundenarbeitstag wieder abschaffte. Das Gesetz kam glücklich nach langen Debatten zum Abschluß' ließ sich im Oberhaus noch einige Aenderungen gefallen, zeigte im großen und ganzen aber doch noch deutlich den Willen der Regierung auf diesem Gebiet der nationalen Industrie einen Weg zur Ordnung zu bahnen.

Ueber die Gesetze, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit dienen sollten, wurde im vorigen Abschnitt einiges gebracht. Nachstehend sollen mehrere besonders charakteristische Einzelgesetze einer näheren Untersuchung unterzogen werden.

Das Aenderungsgesetz zum Gewerkschaftsgesetz von 1927

Ein solches Gesetz hatte man von der L. Regierung als gewiß erwartet. Man war deshalb einigermaßen erstaunt gewesen im Lande, daß das erste Regierungsjahr verging, ohne daß eine solche Maßnahme vor das Palament gekommen war. Dem Gesetz aber war inzwischen in der Regierungsperiode 1929/30 durch gemeinsame Beratungen, die der Generalrat der Gewerkschaften mit dem nationalen Exekutivkomitee der Partei gehalten hatte, und an denen auch der Premierminister und andere Kabinettsmitglieder teilgenommen hatten, vorgearbeitet worden. Auf dem Parteitag 1930 wurde einstimmig eine Resulution angenommen, daß die L. Regierung gedrängt werden solle, sobald als möglich ein Gesetz für den Widerruf des Gewerkschaftsgesetzes von 1927 einzubringen. Sicherlich ist es darauf zurückzuführen, daß die Regierung keineswegs Macht genug hatte über die Zeit im Parlament nach ihrem Belieben zu verfügen, wenn das Gesetz im 2. Regierungsjahr erst am 22. Ja-

nuar zur zweiten Lesung dem Unterhaus vorlag.[242] Das Gesetz erreichte schließlich in der zweiten Lesung eine Mehrheit von 27 Stimmen. In der Folge aber wurde es im Komitee von den Liberalen derart bekämpft, die seine Wirksamkeit soweit beschränkt sehen wollten, daß es in dieser Gestalt überhaupt illusorisch geworden wäre, daß die Regierung auf eine Weiterbehandlung verzichtete und das Gesetz zurückzog.[243] Sicherlich wollte sich die Regierung die Gelegenheit für eine Wiederholung des Versuchs nicht verbauen lassen und entschloß sich nach einer Beratung mit dem Generalrat der Gewerkschaften zur Zurücknahme.[244] Die Gewerkschaften hatten sich ohnedies mit dem Gesetz in seiner jetzigen Gestalt wenig zufrieden gezeigt. Der Gewerkschaftsführer James Sexton schrieb dazu im Daily Herald (11. Febr. 31, S. 3):

„die Gewerkschaften wollten vor allem die volle Wiederherstellung ihres Rechtszustandes vor 1927, und das verspricht das Gesetz nicht."

Das neue Wahlgesetz. Es war vielfach die Ansicht vertreten worden, daß dieses Gesetz und das im vorigen Abschnitt behandelte eine Art Tauschobjekt zwischen der L. Regierung und der Liberalen Partei darstellen würde. Nachdem die Liberalen aber durch ihr Verhalten das Gewerkschaftsgesetz zu Fall gebracht hatten, wandte sich das Interesse im Lande mit Spannung dem Schicksal dieser Vorlage zu, denn daß es weder die L. P. noch die Konservative Partei zu ihrem Vorteil auslegten, darüber war man sich allgemein einig. Gewinnen konnte dadurch nur die kleinste Partei und das war die Liberale. Die Regierung wollte dennoch keinen Zweifel daran lassen, daß sie dieses Gesetz aus eigenen Motiven fördere. Man darf auch an-

[242]) Erreicht wurde die zweite Lesung erst am 28. Januar. Interessant ist die Rede, die Churchill über die Bedeutung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben bei dieser Gelegenheit machte. „Die Gewerkschaften", so führt er unter anderm aus. „sind politische Organisationen von höchster Bedeutung geworden und haben die Basis für eine große neue politische Partei gebildet, die sich auf ihnen aufgebaut hat und die ihre eigenen Ansichten im Hinblick auf jede öffentliche Angelegenheit entwickelt. die eine eigene auswärtige und Reichspolitik sich ausgearbeitet hat und ihre Zwecke jede Art von Interesse in diesem Lande einschließt. Schließlich wird diese neue Partei, durch das Verschlingen der liberalen Partei, die einzige Alternative in der Regierung. Darin, daß die Gewerkschaft sich auf diese Weise direkt mit der Politik befassen, ist eine der charakteristischten Entwicklungen in unserm heutigen gesellschaftlichen Leben zu erblicken . . ." Die Rede schließt mit einem Appell an die Liberalen, daß sie als Minderheit das Recht der Minderheit in den Gewerkschaften verteidigen helfen soll.

[243]) Parl. Deb. vol. 247, col. 1008 ff. Parl. Deb. vol. 253, col. 96.

[244]) Lab. Mag. vol. IX, Nr. 11, S. 494 und S. 505.

[245]) Parl. Deb. vol. 249, col. 1806.

nehmen, daß die L. P. aus Gründen der Billigkeit, daß nämlich die Verteilung der Unterhaussitze der erhaltenen Stimmzahl einer Partei möglichst angepasst sein sollte, dem Gesetz loyal gegenüber gestanden habe. Das Gesetz stellte eine definitive Aufstellung von demokratischen Grundsätzen auf einer sichereren und breiteren Basis dar und zwar einesteils durch das Alternativwahlrecht, welches dazu beitragen wird, daß Abgeordnete nicht gegen den Willen der Mehrheit einen Sitz erreichen, andernteils durch die einzelnen Klauseln, die das Mehrstimmrecht abschaffen, die Einschränkung der Nützung von Kraftfahrzeugen vorschreiben und ein Maximum für die Wahlausgaben festsetzen.[246]

Im Oberhaus hatte das Gesetz ebensowenig ein gütiges Geschick, wie die anderen Maßnahmen der L. Regierung. Die Lords beschränkten das Alternativwahlrecht auf die Städte mit über 200 000 Einwohnern und strichen die Klauseln über die Benützung der Kraftfahrzeuge und das Doppelwahlrecht. Da die Regierung das Gesetz aber in einer so verstümmelten Form, die mit den Vorteilen, die es zu bringen geschaffen war, gründlich aufgeräumt hatte, nicht verabschieden wollte,[247] blieb das Gesetz bei der Vertagung des Parlaments unerledigt zurück.

Das Landsteuergesetz. Die L. P. hat von jeher den Grundsatz vertreten, daß Grund und Boden nicht Eigentum eines einzelnen sein können, sondern daß das ganze Volk ein Eigentumsrecht daran haben muß. Jeder Wertzuwachs, den der Boden erfährt durch Umstände, die von der Allgemeinheit ausgehen (Zunahme der Bevölkerung, Städtebau, Straßenbau, Transportbequemlichkeiten ect.) sollte deshalb auch für die Allgemeinheit von Nutzen sein. Snowden hatte in seinem zweiten Budget eine Klausel eingefügt, die die Besteuerung des Bodenwerts in der Höhe von einem Penny auf das Pfund des durch eine Kommission festgestellten Verkaufswertes vorsieht.[248] Eine solche Steuer war aber kein absolutes Novum für das Land: seit 40 Jahren stand sie im liberalen Programm, die L. P. hat sie seit ihrem Bestehen ebenfalls in ihr Programm aufgenommen, sechsmal hat der Vorschlag bereits unter einer konservativen Regierung eine zweite Lesung gefunden, unzählige Lo-

[246]) Parl. Deb. vol. 253, col. 43 ff. und 252, col. 2060 ff;

[247]) Daily Herald, 17. Juli 1931, S. 3.

[248]) „Das Land gehört dem Volke, die Steuer stellt eine Rente an die Allgemeinheit dar", so Round Table, vol. 21, S. 612.

kalbehörden, sehr oft rein konservativ eingestellt, haben sich mit Petitionen an das Parlament gewandt, um eine solche Steuer zu erreichen. Führende Nationalökonomen haben dem Gedanken ihre Unterstützung verliehen, Ausschüsse sind vom Parlament zur Untersuchung dieser Angelegenheit früher bereits eingesetzt worden, so daß es in der Tat scheint, daß die weite Verbreitung des Gedankens einer Bodensteuer, die politischen Schranken bereits verwischt habe. Steuerfreiheit war vorgesehen für die Mineralien und die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke, (soweit allerdings deren Wert nicht durch einen anderen Umstand über den landwirtschaftlichen Nutzungswert hinausgehoben wird, denn dann muß der Unterschied besteuert werden), ferner sind von der Steuer befreit Grundstücke mit einem Wert bis zu 120 Pfund (dadurch bleiben die kleinen Besitzungen der Arbeiter fast durchwegs steuerfrei), sowie Grundstücke im Besitze der öffentlichen Hand und gemeinnütziger Gesellschaften; später kam noch die Steuerfreiheit für Spielplätze dazu.[249]

Die Liberalen begrüßten den Vorschlag lebhaft, die Konservativen opponierten und nannten ihn ungerecht. Um die Maßnahme noch möglichst vor der Parlamentsvertagung zu verabschieden, wurde die sogenannte Guillotinemethode angewandt.[250] Einmal schien das Gesetz im Komitee fast verloren, denn es lag ein liberaler Aenderungsantrag vor, (betreffs Anwendung einer Doppelbesteuerung bei einer Vorbesteuerung durch die Einkommensteuer) welchen die Regierung unter keinen Umständen annehmen konnte, wollte sie nicht das Gesetz als solches preisgeben. Durch eine interne Fühlungnahme wurde die Klippe umschifft, (unter dem Gelächter des ganzen Hauses erklärte der Vorsitzende den Antrag als nicht zur Sache gehörig).[251]

Die Regierung hatte ohnehin eine Fülle von Aenderungen annehmen müssen. Immerhin bleibt das Gesetz ein Markstein auf dem von der L. P. unentwegt verfolgten Weg zur Ueberführung des Eigentums an Grund und Boden an die Oeffentlichkeit, das haben auch die Gegner der Maßnahme immer wieder hervorgehoben. Da die Bewertung der Grundstücke ca. 2 Jahre in Anspruch nimmt, kann das Gesetz erst 1934 in Kraft treten.

[249]) Ebda und vol. 253, col. 954.

[250]) Manch. Quard. Weekly, vol. 24, Nr. 24, S. 466.

[251]) Ebda. Nr. 25, S. 481 ff.

7. Rückblick auf die Regierungsarbeit und Ausgang des zweiten L. Kabinetts.

Bei der Vertagung des Parlaments anfangs August waren mehrere wichtige Gesetze, deren Verabschiedung die Regierung dringend gewünscht hatte und zu deren Einbringung sie durch Wahlversprechen z.T. gebunden gewesen war, wie die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundenabkommens, das neue Fabrikgesetz, das Gesetz über den staatlichen Verbraucherrat, unerledigt geblieben. Das alles hätte in der nächsten Session zur Wiederaufnahme kommen sollen. Am 6. August jedoch war der Bericht des im Mai zur Beratung der Regierung eingesetzten Wirtschaftskomitees, das Untersuchungen über die notwendigen nationalen Beschränkungen in den Ausgaben und die Art und Weise, wie solche erfolgen können, angestellt hatte, veröffentlicht worden. Die darin enthaltenen Vorschläge waren höchst drastischer Art, die eröffneten Aussichten über die Finanzlage des Landes hatten nichts mehr gemein mit den noch optimistischen Feststellungen, mit denen Snowden sein „Budget des Notstandes" (wie er selbst und die Presse nach ihm es bezeichneten) dem Parlament vorgelegt hatte. 120 Millionen Pfund Defezit im nächsten Budget müssen eingespart werden und deshalb fordert das Komitee vor allen einschneidende Aenderungen in der Praxis der Arbeitslosenversicherung. Außerdem sollen die staatlichen Gehälter gekürzt, 25 Prozent der staatlichen Zuschüsse zu den Notstandsarbeiten gestrichen und der Straßenbaufonds überhaupt abgeschafft werden. Auch die Rüstungsausgaben müssen Streichungen erfahren, sowie verschiedene soziale Hilfsmaßnahmen (Mutterfürsorge und andere). Der Eindruck, den die Vorschläge des Komitees auf weite Kreise im Lande machte, war vernichtend. Die L. Regierung stand auf einem Scheidewege, entweder mußte sie ihre bisherige Linie in der Sozialpolitik verlassen oder das Steuer über die Geschicke der Nation preisgeben, und dann würden, so befürchtete man, schonungslos die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung von harten Sparmaßnahmen betroffen und wahrscheinlich um das Land ein Damm von Schutzzöllen errichtet werden, was weiter Verteuerung der Lebensmittel und Rohmaterialien bedeuten mußte.[252]

Mac Donald beriet unverzüglich mit den Führern der Gewerkschaften und der Partei, nahm aber angesichts der großen

[225]) Manch. Quardian Weekly. vol. 25, Nr. 6, S. 104.

nationalen Bedrängnis auch mit den Führern der Oppositionsparteien Fühlung. Gegen Mitte August verdichteten sich die Gerüchte über eine nationale Regierung unter Mac Donalds Führung mit Vertretern aus allen drei Parteien. Die Not des Landes brachte zustande, was selbst Kenner Englands für unmöglich gehalten hatten.[253] Am 23. August bittet der König Baldwin und Sir Herbert Samuel zu sich, am 24. August wurde ein Kommuniqué herausgegeben über den Plan einer nationalen Regierung, das L. Kabinett tritt zurück, Mac Donald nimmt den Auftrag an, das neue nationale Kabinett zu bilden.

Die Exekutive der Partei hielt zusammen mit dem Generalrat der Gewerkschaften und dem Konsultativausschuß der Fraktion eine Beratung in der beschlossen wurde, der neuen nationalen Regierung im Parlament den äußersten Widerstand entgegenzusetzen.

Im Rückblick auf das von der zweiten L. Regierung Geleistete kann festgestellt werden, daß sie vor allem in einer unverhältnismäßig schwierigen Zeitlage zu wirken berufen war. Unter den Völkern Europas war das Vertrauen, immer noch erschüttert gewesen; die Folgen eines unseligen Friedensdiktates hatten die Weltwirtschaft in eine Zerrüttung hineingetrieben, die beispielslos dasteht; in allen Ländern tragen Millionen untätiger Hände weiter zur Verkürzung der Tätigkeit der noch Beschäftigten bei (Unterkonsumtion) die Staatsfinanzen aber werden in ihren Grundlagen erschüttert, weil die Arbeitslosen nicht dem Hungertode preisgegeben werden können. Ueberdies drangen in England schwere Reichsprobleme seit Jahren auf eine Lösung. Indien will sich nicht länger auf eine unbestimmte Zeit vertrösten lassen, bis es die versprochene Selbstbestimmung erlangt, während die Verantwortung hierfür doch einigermaßen geeignete Zustände im Innern des riesigen Gebietes fordern muß, wenn nicht leichtsinnig ein ungeheuerer Gefährdungsfaktor für den ganzen Westen der alten Welt übersehen werden will. In Aegypten drängen die Verhältnisse besonders durch das Erstarken der nationalen Partei ebenfalls zu einer Klärung der Verhältnisse und Interessen. Aber keine Partei in England wird bereit sein, die Sicherheit der Kanalzone außer-acht-zu-lassen und keine Partei mit ein wenig nationalem Empfinden wird ohne weiteres die Kulturarbeit, die England im Sudan geleistet hat, preisgeben. Die Dominions

[253]) New Statesman, vol. II (neue Folge) Nr. 25, S. 185 schreibt noch am 15 August 31 „die Idee, daß eine Regierang aus allen Parteien sich ermöglichen lassen wird, ist Utopismus.

haben zwar 1926 Autonomie erlangt, aber verfassungsrechtlich waren noch viele Fragen ungeklärt, die wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb des Reichsgebietes erheischen, beeinflußt durch die Weltwirtschaftslage, eine Regelung, erwarten eine Intensivizierung. Im Lande selbst muss der größten Not gesteuert werden, neue Anleihen müssen für die Zahlungsfähigkeit des Arbeitslosenunterstützungsfonds möglich gemacht werden. Dahinter rufen die Massen, die zum ersten Male eine L.-Regierung mit einer, wenn auch kleinen Mehrheit, dem Lande gestellt haben, nach fortschrittlichen Maßnahmen gegen die frühere „reaktionäre" Gesetzgebung, es verlangt das Volk nach seinem natürlichen Anteil an den Gütern der Nation. All diese Probleme hat diese zweite L. Regierung mit ihrer kleinen Mehrheit im Parlament, trotz wachsenden Mißtrauens der eigenen, nach stürmischeren Maßnahmen verlangenden Anhänger, zu lösen oder doch wenigstens zu behandeln versucht. Als Resultat kann festgestellt werden: die Regierung hatte auch diesmal wieder eine glückliche Hand für die Lösung auswärtiger Fragen, aus der Indienkonferenz hat sie wider alles Erwarten Erfolge herausgearbeitet, die auf dem Wege zu einem neuen selbständigen Dominion von bleibendem Werte sein werden; in der Reichskonferenz mußten die Reichsgebiete einsehen, daß das Mutterland zwar für die engste Zusammenarbeit stets bereit sein wird, daß es aber nicht geneigt ist, dies auf Kosten der eigenen Bevölkerung zu tun, daß es auch von der Gegenseite Opfer verlangt. Das Beste aber, was der fördernden Hand der L. Regierung sich besonders erfreuen durfte, das wird, so hoffte man, die Abrüstungskonferenz sein, die im Jahre 1932 stattfinden sollte. Unermüdlich hatte die L. Regierung hierfür vorgearbeitet, sei es im Völkerbundsausschuß, sei es durch Fühlungnahme mit den einzelnen Staaten; auch die von ihr vorgenommene Ratifizierung der Optionsklausel, (die im September 1929 in Genf unterzeichnet und im Januar 1930 zur Ratifikation durch das Unterhaus angenommen worden ist),[254] muß hierher gerechnet werden.

Wenn die Erfolge in der inneren Politik vielfach streng kritisiert, ja in Frage gestellt worden sind, so muß dabei beachtet werden, daß einerseits das Wahlprogramm auf das die Forderungen der L. Anhänger sich vielfach stützten, ein Programm für Jahre bedeutet, und selbst für eine volle Regierungsperiode von vier Jahren zu umfangreich gewesen wäre. Eine Partei

[254]) Vergl. Labour Year-Book 1930, S. 450 ff,

aber, die sich auf die Opportunität stützen mußte, wird natürlich immer gezwungen sein, in ihren Programmen mehr zusammenzufassen, als sie für eine gegebene Periode unbedingt braucht. Die Mehrheit der Anhänger hat der Regierung das Vertrauen bewahrt und anerkannt, daß sie mehr geleistet hat, als erwartet werden konnte.[255]

[255]) Vergl. die Rede des Delegierten des Gewerkschaftskongresses auf dem Parteitag 1930, der unter anderm sagte „ich glaube, daß ich für die Massen in den Gewerschaften sprechen kann, und ich sage, daß sie mit der L. P. übereinstimmen, wie sie es vor 12 Monaten in Brighton getan haben.

V. Rückblick und Ausblick

1. Wird die L.P. endgültig die Stellung der Liberalen Partei einnehmen können?

Die in der Ueberschrift gestellte Frage heißt soviel als, wird England wieder zum Zweiparteiensystem zurückkehren? Es ist klar, daß in einer wissenschaftlichen Arbeit kein Raum für Zukunftsdeutungen ist, deshalb wird diese Frage nur auf Grund der Eindrücke beantwortet werden können, die während der Abfassung der Arbeit aus dem benutzten Material gewonnen worden sind.

Bereits in dem Abschnitt, wo die Beziehungen zwischen der L. P. und der Liberalen Partei einer Untersuchung unterworfen worden sind, mußte mehrmals darauf aufmerksam gemacht werden, daß einer Verschmelzung zwischen den beiden Parteien wenig im Wege stehen würde. Die L. P. ist im Laufe ihrer Entwicklung immer mehr zur Erbin von Liberalem Gedankengut geworden, sie hat seit ihrem Aufstieg zur offiziellen Opposition die frühere Stellung der liberalen Partei im Parlament eingenommen, an ihrer Regierungsarbeit wurden manche ihrer Anhänger irre. Maxton fordert die Regierung am 30. Oktober 1930 im Unterhaus auf, Farbe zu bekennen.

„Wenn das Kabinett nicht dieser Ansicht ist (daß eine großzügige Sozialisierung sofort möglich sei), wenn es die sozialistischen Ansichten zugunsten der liberalen aufgegeben hat, so ist es billig, anständig und notwendig uns hier zu sagen daß dies geschehen ist."[256]

Der Ausgleich, der jedoch dann wieder von Zeit zu Zeit zwischen den beiden extremen Richtungen in der Partei stattfindet, läßt ein dauerndes, wenn auch bisweilen unsichtbares Band der Einigung, vermuten. Am 23. Februar 1931 bekennt Maxton im Unterhaus:

„Ich freue mich sagen zu können, daß die Gruppe, der ich angehöre (gemeint ist, wie aus dem Zusammenhang ersichtlich wird, die Partei) augenblicklich einen größeren Prozentsatz von Einheit aufweisen kann, als irgendeine andere Gruppe im Hause[257]."

Bald darauf erfolgt der Austritt Mosleys aus der Partei und sein Versuch eine nationale Partei der Arbeit zu gründen, aber diese kleine Absplitterung bedeutet, wie sich in der Folge zeigt, vorderhand nichts. Man sieht es auch innerhalb der Partei ein, daß man manchmal in den Bestrebungen dem Volke den roten

[256]) Parl. Deb. vol. 244, S. 229.
[257]) Ebda vol. 248, col. 1906.

Schrecken aus den Gliedern zu bringen, der ihm von den Konservativen im Verein mit den Liberalen von Zeit zu Zeit eingejagt wird, zu weit gegangen ist, und zu sehr von allen sozialistischen Bestrebungen sich entfernt hat.

Es schält sich aus allem von selbst eine Anwort auf die eingangs gestellte Frage heraus: die L. P. wird schwerlich sich zu einer liberalen Partei zurückbilden, aber sie wird die fortschrittlichen Elemente im Volke an sich ziehen durch die Vernünftigkeit ihrer, der heutigen Zeit angepassten Grundsätze und die Liberale Partei wird womöglich allmählich ganz zwischen der L. P .und der Konservativen Partei aufgeteilt werden.

2. Die L. P. eine sozialistische nationale Partei

Der Sozialismus ist es, der die Bewegung zusammenhält. So oft auch eine Spaltung drohen mag, ein Bekenntnis zu den gemeinsamen sozialistischen Idealen vereint die auseinanderstrebenden Teile wieder und macht Vergangenes vergessen. Das zeigen die Berichte über die Parteitage zur Genüge. Aber der Sozialismus der L. P. ist kein Sozialismus des Umsturzes oder plötzlicher heftiger Veränderungen, er ist ein Glaube, der geduldig in die Zukunft weist, was jedoch die kluge Nützung jeder Gelegenheit, die zu dem Ziel einen Schritt vorwärts führen kann, nicht ausschließt: Wenn die Extremisten vom Clyde nach einer Revolution verlangen, so meint das ebenfalls nichts anderes als eine unblutige, verfassungsmäßige Aenderung der Verhältnisse.[258] Außerdem klingen sofort milde Worte des alten Arbeiterführers Lansbury dazwischen.[259]

Und dieses Ideal verfolgt die L. P. durchaus auf der Linie als nationale Partei. Die Maßnahmen der L. P. Regierungen lassen den Nachdruck auf dem Worte „national" überall erkennen. Nirgends werden britische Interessen preisgegeben. Die Partei, die zwar einmal verlangt hat, daß die Botschaft, die die konservative Regierung an die an China interessierten Mächte gerichtet hat, „sie sollten den Gedanken aufgeben, daß die wirtschaftliche und politische Entwicklung in China nur durch ausländische Bevormundung erreicht werden könne," auch auf In-

[258]) Round Table, vol. XIV, S. 325.

[259]) Die Labourbewegung ist keine wilde revolutionäre Bewegung, sie ist eine Organisation von Männern und Frauen, die sich verpflichtet fühlen, den modernen Kapitalismus zu revolutionieren und ihn in Einklang zu bringen mit jenen christlichen Grundsätzen, die zwar in diesem und in den unseren christlichen Ländern verkündet aber nicht praktiziert worden sind.

dien Anwendung finden müsse'[260] konnte sich als Regierung nicht entschließen, Parteiprinzipien über das Verantwortungsgefühl des Amtes zu setzen. (Rußland gegenüber scheint 1924 eine Ausnahme gemacht zu haben, denn über den Vorgängen im August und September 1924 kann man sich schwerlich des Eindrucks erwehren, daß die Regierung unter dem Drucke der Partei gestanden habe, aber 1929 war dies anders). Auch die Verhandlungen mit Aegypten lassen erkennen, daß eine L. Regierung so wenig als eine andere zur Riskierung von britischen Interessen die Hand reichen wird. Ueberall drängt sich der alte Wahlspruch vor „England first", erst die englischen Interessen, dann Parteiprinzipien. Große Sympathie haben die englischen Arbeiter in den Notjahren des Ruhreinbruchs mit der deutschen Arbeiterschaft gezeigt und reiche Spenden sind herübergeschickt geworden, aber eine L. Regierung hat die deutsche Ausfuhrabgabe (als Teil der Reparationszahlungen) auf die deutschen Waren, die in England eingeführt werden, im August 1924 wieder auf die alte Höhe von 26 Prozent hinaufgesetzt, nachdem sie sie im Februar erst auf 5 Prozent ermäßigt gehabt hatte, aus Furcht vor der deutschen Konkurrenz.[261] Auch in der Haltung gegenüber den französischen Forderungen verhält sich die L. Regierung gleich vorsichtig.

Nur die Zeit wird ein gerechtes Urteil über diese Vorgänge erlauben, denn es darf nicht vergessen werden, daß gerade in der Politik oft persönliche Momente eine Rolle spielen können, die dann eine unauffällige Transplantation auf die ganze Bewegung nur zu leicht erfahren. Wer das Werden der L. P. studiert hat, dem wird die Verbundenheit des langjährigen erfolgreichen Führers der Partei, Mac Donald, der jetzt das nationale Kabinett führt, unvergeßlich sein und nur schwer wird er sich davon überzeugen lassen, daß dieser Führer, wenn ihm die Tage dazu noch gegeben sind, die Bewegung verlassen habe in einem Zustand der Zerrüttung, ohne daß er wiederkehrt um von neuem zu heilen und aufzubauen. Und die Vorgänge im Oktober 1931 haben dann nichts bedeutet als eine heilsame Lehre, eine Kräftigung vielleicht des spezifischen britischen Moments in der L. P.: wenn es sein muß, Augenblicksaufgaben über Prinzipien zu setzen.

[260]) Lab. Mag., vol. VI, Nr. 11, S. 496.

[261]) Beer, d. Engl. d. Gegenwart, S. 44.

Literatur-Verzeichnis

Beer Max: Der britische Sozialismus der Gegenwart, Stuttgart 1920.
Das England der Gegenwart, Bln. 1924.
Geschichte des Sozialismus in England, Stuttgart 1913.

Brauer Theodor: Der moderne deutsche Sozialismus, Freiburg 1929.

Clayton Joseph: The rise and decline of Socialism in Great Britain, 1884—1924, Ldn. 1926.

Cole G.D.H.: A short history of the British Working Class Movement, 3 Bde., Ldn. 1927.
Self-Government in Industrie, Ldn. 1917, 3. Bd. (1900—1927).
Organised Labour, Ldn. 1924.
The next ten years in British Social & Economic Policy, Ldn. 1929.

Dibelius Wilhelm: England, 2. Bd., 5. Aufl. Stuttg. 1929

Ehmer Johanna: Das Problem der Arbeitslosigkeit in England nach 1920, Diss. phil., Bln. 1926.

Greenwood Arthur: The Labour Outlook, Ldn. 1929.

Gregory J.D.: On the edge of Diplomacy, Ldn. 1928.

Gruyter J. de: Mac Donald et le Labour Party, Brüssel 1929.

Güttler Gerhard: Die englische Arbeiterpartei, Jena 1914.

Guest L. Haden: The Labour Party and the Empire, Ldn. 1926.

Herkner H.: Die Arbeiterfrage, 2 Bde, Bln. und Lpz., 7. Aufl., 1921.

Hutchinson Keith: Labour in Politics, Ldn. 1925.

Humphrey A. W.: The modern Case for Socialism, Ldn. 1928.

Hurd Archibald: State Socialism in Practice, Ldn. 1925.

Kircher Rudolf: Wie's die Engländer machen, Frankf. 1929.

Korsch K.: Marxismus und Philosophie, Lpz. 1930.

Lanshaw Harold: Socialism: and the historic funktion of Liberalism, L. 1925.

Less-Smith B.: M. A., a guide to parliamentary and official papers, Ldn. 1924.

Leubuscher Charlotte: Liberalismus und Protektionismus in der englischen Wirtschaftspolitik seit dem Kriege, Jena 1927.
Sozialismus und Sozialisierung in England, Jena 1921.

Leyden V. v.: Englische Selbstverwaltung, Bln. 1929 (Vortrag).

Loewenstein K.: Minderheitsregierung in Großbritannien, Mchn. Bln. Lp. 1925.

Lorwin Lewis L.: Labour and Internationalism, Ldn. 1929.

Mac Donald J. R.: Die auswärtige Politik der englischen Arbeiterpartei, übers. von A. Voigt, Hamburg 1924.
Ein Politiker unterwegs, übers. von H. Haßler, Luzern, 1930 (Montana-Verlag).
Socialism, Critical and Construktive, 2. Aufl., Ldn. 1924.
Socialism and Society, 5. Aufl., Ldn. 1907.
Unsere Politik, übers. von A. Vallentin, Bln. 1924.
The Socialist Movement, 4. Aufl. Ldn. 1923.
Sozialismus und Regierung, übers. von O. Petersson, Jena 1912.

Neuling Willy: Die Stellung der drei großen Dominien im britischen Reich nach dem Kriege (Sozialw. Forsch. Abt. IV, 4. Heft, Bln. 1927.

Pease: The History of the Fabian Society, Ldn. 1924.

Simkhovitch Vladimir G.: Marxismus gegen Sozialismus, übers. von Jappe, Jena 1913.
Siegfried André: L'Angleterre d'aujourd'hui, Paris 1924.
Crise britannique au XXe siècle, Paris 1931.
SombartW.: Der proletarische Sozialismus, 10. Aufl., Jena 1924, 2 Bde.
Snowden Ph.: Labour and the New World, Ldn. 1924.
Swanwick H. M.: Baumeister des Friedens, zehn Jahre Geschichte der Union für demokratische Kontrolle, übers. von S. Blach, Halberstadt, 1925.
Tiltmann Hessel H.: J.R. Mac Donald, Labour's Man of Destiny, Ldn. o. J.
Tracey H.: The Book of the Labour Party, 3 Bde., Ldn. 1925.
Wertheimer Egon: Das Antlitz der britischen Arbeiterpartei, Bln. 1929.
The Portrait of the British Labour Party, Ldn. 1929.
Parliamentary Debates, House of Commons. 5the serie, vol. 159 bis vol. 176 und vol. 229 bis vol. 253 (1923/1924 und 1929/31).
Report of the annual conference of the Labour Party.,vol. 14 bis vol. 30 (1914—1930).
Report of the annual conference of the I.L.P. 1926 und 1927.
First Report of the Royal Commission on Unemployment Insurance, Ldn. 1931.
The Labour Year-Book 1925, 1927 und 1930.

Flugblätter und Broschüren:

The Bussiness value of political action to the Co-operative Movement, by A. V. Alexander, Manch. 1925.
The Co-operative Party, Ann. Conf. 1927.
Rede des Vors. A. Barnes, Manch. 1927.
The Co-operative Party, W. H. Watkins, Manch. 1921.
The Co-operative Movement and Party Politics, e ed. Ldn. o. J.(The Nat. Union of Cons. & Unionist Associations).
The Political Aspect of Co-operations by A. Barnes, Manch. 1926.
Programme: Labour & the New Social Order, Ldn. 1918.
Labour & the Nation, Ldn. 1928.

Zeitschriften und Zeitungen:

Die Gesellschaft, Bd. 2 1925, Bd. 1 1928 und Bd. 1 1929, einzelne Nummern 1931.
The Labour Magazine, incorporating the British Trade Union Review and the Labour Party Bulletin, vol. I bis vol. X (1922—1931).
The New Statesman, vol. 19 bis vol. 36 (1922—1931).
The Round Table, vol. XII bis vol. 21 (1922—1931).
The Fortnightly Review, new series, verschiedene Nummern.
The Review of Review, einzelne Nummern.
The Spectator, einzelne Nummern.
Manchester Guardian Weekly 1930 und 1931, einzelne Nummern.
Manchester Guardian 1930 und 1931, einzelne Nummern.
Daily Herald 1930 und 1931, einzelne Nummern.
Berliner Tageblatt 1929, 1930 und 1931, einzelne Nummern.
Frankfurter Zeitung 1930 und 1931, einzelne Nummern.
ermania 1929, 1930 und 1931, einzelne Nummern.

Lebenslauf

Ich bin geboren am 31. März 1894 zu Berg a. Würmsee als Tochter eines Gütlers. Schon früh regte sich in mir ein fast unstillbarer Wissensdurst, den zu befriedigen, das Geschick keine Tür offengelassen zu haben schien. Noch 8 Geschwister wuchsen mit mir auf; kaum aus der Volksschule entlassen, mußte ich mir mein Brot selbst verdienen. Erst mit 22 Jahren konnte ich das heiß ersehnte Ziel, nämlich eine höhere Schule zu besuchen, erreichen. Ich war vorher schon einige Jahre im Ausland gewesen und hatte ganz gute Sprachkenntnisse mitgebracht. Mit Genehmigung des Bayerischen Unterrichtsministeriums trat ich in die 6. Klasse einer höheren Schule ein, absolvierte diese und besuchte anschließend einen zweijährigen Kurs zur Vorbereitung auf das Erzieherinnenexamen. Nachdem ich dieses Examen bestanden hatte, ging ich mit der kleinen Matrikel an die Universität, besuchte dort auch gleich einen Lateinkurs und begann so die Vorbereitung auf die Reifeprüfung. Trotzdem die Inflation mir ein schweres Hindernis auf dem Wege zum Hochschulstudium bedeutet hat, ich konnte in der fortschreitenden Entwertung des Geldes nicht mehr das Nötigste durch Nebenverdienst aufbringen wie bisher, erreichte ich auch dieses Ziel, freilich nicht ohne große Opfer. Das Zeugnis der Reife erwarb ich am Realgymnasium in Weinheim a. d. Bergstraße. Meine Hochschulstudien habe ich in München, Frankfurt, Heidelberg und Berlin gemacht. An der Universität Berlin bestand ich 1930 nach dem 4. Semester die Diplomprüfung für Volkswirte mit dem Prädikat „gut". Meine Lehrer, denen ich allen ein dankbares Andenken mein Leben lang bewahren werde, waren die Herren Prof. Bernhard, Bortkiewicz, Herkner, Jastrow, Sombart, Weber, Dersch, Heller, Nußbaum, Triepel und Wolff. Zu ganz besonderem Dank für außergewöhnliche Förderung bin ich dem hochverehrten Herrn Geheimrat Herkner, Herrn Professor Ludwig Bernhard und Frl. Professor Leubuscher verpflichtet. — Das Studium der Nationalökonomie hat mich sehr beglückt und bereichert. Ist der Weg auch schwer gewesen, das Ziel war alle Mühen und Opfer wert.